



25. Heft | 12. Dezember 1916

## HUGO LINDEMANN · EINIGE GEDANKEN ÜBER POLITIK UND SOZIALDEMOKRATISCHE PRAXIS



MAN ist wohl im großen und ganzen darüber einig, daß die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse während des Krieges durchaus unbefriedigend gewesen ist; der verbissenste Reaktionär wie der extremste Sozialrevolutionär sind darüber kaum anderer Ansicht als die große Masse der Bevölkerung, die ohne fest ausgeprägte politische Meinung in der Regel in Gleichgültigkeit die Dinge erwartet, die die Zukunft bringt und bringen soll. Ich brauche die Lage im Innern nicht im einzelnen zu schildern; jeder von uns empfindet sie in jedem Augenblick. Wichtiger scheint es mir die Frage aufzuwerfen, wo die Ursachen der Erscheinungen liegen, die wir in dem politischen Leben unserer Nation wahrnehmen. Man könnte versucht sein anzunehmen, die Geschichte dieser Zeit werde wieder den Satz erhärten, daß die deutsche Nation ein unpolitisches Wesen ist, unfähig »ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus jenem Zustand der Kindheit hinauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will«. Sie dazu zu erziehen bezeichnete Freiherr vom Stein als seine politische Aufgabe. Sollte es immer noch nicht gelungen sein die Nation an ein selbständiges Handeln zu gewöhnen, so daß große Interessen ihrer Entscheidung anvertraut werden könnten?

Bei der Untersuchung der Ursachen, die solche politischen Verhältnisse im Innern bewirkt haben, brauchen uns die anderen Parteien fürs erste nur wenig zu interessieren. Wichtig ist es für uns festzustellen, wo in der sozialdemokratischen Partei Fehler gemacht worden sind, sowohl in der Verkennung des Ziels wie in der Anwendung der politischen Mittel, um es zu erreichen.

Als der Krieg begann, war die sozialdemokratische Partei die stärkste im Reich und verfügte über die stärkste Fraktion im Reichstag; sie ist heute weder das erste noch verfügt sie über das zweite, nicht minder wichtige Werkzeug der Politik. Diese innere Zerrissenheit hat schon vor dem Krieg, dem Auge der Außenstehenden vielleicht nicht ganz so klar erkennbar wie den Parteimitgliedern selbst, bestanden. Sie war nicht nur eine Folge sachlicher Gegensätze (diese sind vielleicht nicht einmal so sehr groß) und der Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen sondern die Wirkung einer Geistesbildung und politischen Erziehung, die so unpolitisch wie möglich war. Man kann mit vollem Recht den Satz aussprechen, daß diese riesige Partei im tiefsten Grunde noch nicht über den Charakter der Sekte hin-

ausgekommen ist. Die ungeheuerliche Unduldsamkeit gegen unbedeutende sachliche Abweichungen von einem mit allen Kniffen der Orthodoxie und Rabulistik interpretierten Glaubenskodex, die Tendenz nach absoluter Isolierung von dem gesellschaftlichen und politischen Leben des nicht sozialdemokratischen Volkes, als ob die Berührung mit ihm den Kastenangehörigen verunreinige, die abergläubische Furcht vor politischen Kompromissen sind ebenso viele Beweise für diese Tatsache. Und dieser Sektengeist steckt ebenso tief in den Köpfen der großen Mehrzahl der Führer wie in dem Fühlen ihrer Anhänger. Zu Beginn des Krieges schien es, als ob dieser Sektengeist endgültig unter dem Eindruck dieses Kampfes um die Volksexistenz verschwunden wäre. In dem Maß wie die Gefahr vorbeizog hob er wieder, kühner und sicherer werdend, sein Haupt. Reiner und unverfälschter ist die Sektenlehre seit langem nicht mehr gepredigt worden als in den letzten Monaten von der radikalen Linken. Nur in der Sekte ist das Heil; was außer ihr steht, sei verflucht! Der Parteiführung kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie diesen Geist wieder zum Leben hat kommen lassen, der ihr jetzt das Leben so sauer macht, weil sie aus der vollständig veränderten politischen Situation nicht die taktischen Konsequenzen zog, die notwendig waren, nicht Herr über Velleitäten wurde, die ihre Wurzel in der Vergangenheit hatten.

Niemals war wohl die Zeit so günstig Politik zu treiben wie im ersten Kriegsjahr; sie war niemals so günstig für die sozialdemokratische Partei. Allerdings, wenn man Politik treiben will, muß man auch so ungefähr wissen, was das für ein Ding ist, die Politik, und darüber müssen sich nicht allein die Führer klar sein, sondern es muß auch in den Massen ihrer Anhänger, wenn schon nicht die klare wissenschaftliche Erkenntnis, so doch das konkrete Gefühl dafür vorhanden sein. Niemand wird bestreiten wollen, am allerwenigsten ein Mitglied dieser Partei, wie viel Arbeit in ihr geleistet worden ist, um den Massen Aufklärung über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und ihren politischen Ausdruck zu bringen. So ist es, und so sollte es sein: die beiden Gegenpole der Kritik und des Ideals erfüllten den Inhalt der sozialdemokratischen Propaganda. Über alles aber, was dazwischen liegt, vor allem über die Mittel, die notwendig sind, um ein Volk von dem einen zum andern Punkt zu führen, über das Wie dieses langen und schwierigen Prozesses, kurz über die praktische Politik des Tages und der unmittelbaren Zukunft hat man sich herzlich wenig den Kopf zerbrochen. Agitation und Propaganda, Organisation und Zahlungsdienst, darin erschöpfte sich die oft recht geräuschvolle Parteitätigkeit. Und wenn man einmal praktische Politik treiben mußte und zu treiben versuchte, so schwächte man ihre Wirkung durch den steten Gedanken an ihre agitatorische Wirksamkeit. Daß jede richtige Politik in sich die stärksten propagandistischen Wirkungen trägt; daß, wer richtige Politik treibt, nicht nötig hat bei einer Aktion darnach zu fragen, ob er sich in dem orthodoxen Kanon der Parteipropaganda hält, geschweige noch solche Nebensächlichkeiten wie den Parteijargon zu beachten, wollte nicht in den Kopf weder der Führer noch der Geführten.

Aller praktischen Politik Anfang ist parlamentarische Mehrheitsbildung zwecks Regierungsbildung und Übernahme politischer Verantwortung. Beide sind aber in Deutschland nicht möglich ohne die Verbindung mit anderen

politischen Parteien, da keine Partei so stark ist allein die Mehrheit zu bilden. Dieser Satz ist für den politischen Sektierer unerträglich. Auch unsere Partei, die so tief in dieser Sektiererei steckt, hat den Horror vor ihm nicht überwinden können. So erklärt sich auch ihre politische Haltung zu Beginn des Krieges, und so ist es auch gekommen, daß es in Deutschland bei den bürokratischen Ministerien im Reich und in Preußen geblieben ist, nicht einmal der Schimmer einer parlamentarischen Beeinflussung der Regierungszusammensetzung sich zeigte. Nicht der kleinste Unterstaatssekretärposten wurde einem Parlamentarier übertragen, geschweige das Amt eines Reichsstaatssekretärs oder eines preußischen Ministers. In England, Frankreich, Italien wurden Konzentrationsministerien unter Teilnahme der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien gebildet, in Deutschland blieb es bei der bloßen Beamtenregierung. Dabei lagen die Verhältnisse im ersten Jahr des Kriegs für eine Mehrheitsbildung unter hervorragender Beteiligung der Sozialdemokratie äußerst günstig. Nur mußte diese in erster Linie selbst zu einer solchen politischen Aktion entschlossen sein und ihre ganzen politischen Kräfte dahintersetzen. Selbst jetzt scheint eine solche Sprengung des Rahmens der alten Parteien abgehen könnte. Bei der Sozialdemokratie ist diese Arbeit durch die Absplitterung der Arbeitsgemeinschaft zum größten Teil bereits geleistet. Unter sachgemäßer Ausnutzung der im Volk vorhandenen Kräfte und Empfindungen sollte es nicht ganz aussichtslos erscheinen eine Koalition der vorwärtsdrängenden Kräfte zusammenzubringen, die eine Neuorientierung der innern Politik energisch in Angriff zu nehmen, den Boden für die Neuordnung der Finanzen unserer öffentlichen Körperschaften zu schaffen und die wirtschaftliche Gestaltung bei der Überleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft von Anfang an zu beeinflussen hätte. Politischer Einfluß, der sich geltend machen will, muß schon bei der Entstehung der gesetzgeberischen Maßnahmen in den vorbereitenden Stadien beginnen. Will also diese Mehrheit wirken, so muß sie sich auch nicht scheuen selber die Regierung zu bilden. Das eine ohne das andere ist zweck- und wertlos. Die Geschichte der nationalliberalen Partei in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist Mahnung und abschreckendes Beispiel genug.

Mit der Überwindung des Abscheus vor einer Koalition mit anderen politischen Parteien oder Teilen von solchen ist es indessen allein nicht getan. Noch ein alter Lieblingssatz der sozialdemokratischen Partei muß von ihr überwunden werden: die politisch schädliche Einbildung, als ob das Wesen und die Kraft einer radikalen Partei in einem Maximalprogramm bestände, dessen Maximum gar nicht groß genug sein könnte. Die sozialdemokratische Partei ist in der *glücklichen* Lage nicht nur eines sondern zwei solcher Maximalprogramme zu besitzen, von denen das eine die wirtschaftlichen Forderungen im wissenschaftlichen Gewand einer Abhandlung, das andere die politischen in der Formulierung als solche enthält. Dabei wird das politische Programm Maximalprogramm keineswegs so sehr durch den Charakter der einzelnen Forderungen als durch ihre Fülle, die alle Gebiete des staatlichen Lebens zu erschöpfen sucht. Nicht einmal Wahlpropaganda, geschweige Politik kann man mit solchen Programmen treiben. Wahlen werden niemals durch die Güte allgemeiner Maximalprogramme entschieden;

sie drehen sich mit wenigen Ausnahmen um bestimmte Maßregeln der Wirtschaftspolitik, der Steuerpolitik, der allgemeinen Politik, die zur gegebenen Zeit im Leben des Volkes wichtig oder entscheidend sind, niemals aber um einen so allgemeinen Satz wie die »Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion«. Und so kann auch Politik, vor allem aber in den Parlamenten, nur mit Minimalprogrammen getrieben werden, die aus den Verhältnissen der Gegenwart und nächsten Zukunft mit Notwendigkeit herausgewachsen sind. Der Sektierer lebt in der idealen Welt seines Tausendjährigen Reiches, der Politiker in der Gegenwart. Der eine prahlt mit den Extremen seines Maximalprogramms, der andere sieht in der Kompromißfähigkeit seines Minimalprogramms dessen größten Vorzug. Jener ist in seiner Isoliertheit glücklich, dieser sieht gerade in der Zusammenfassung aller Kräfte, auch der verschiedenster Herkunft, zur Erreichung eines gewollten Zieles, das er sich erreichbar steckt, seine Hauptaufgabe.

Indes, Mehrheitsbildung, Regierungsbildung, Minimalprogramme sind doch Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck; sie sind Mittel der Politik, als solche auch Teile der Politik, aber nicht die Politik. Der Inhalt der Politik entscheidet über ihren Erfolg. Wer richtige Politik treibt, kann sich in der Wahl seiner Mittel vergreifen; auf die Dauer aber wird sie sich doch durchsetzen, durch ihn oder andere Kräfte. Was aber ist richtige Politik, und hat die sozialdemokratische Partei sie getrieben? Die erste Frage ist dahin zu beantworten: Richtige Politik ist Produktionspolitik. Diese Antwort ist die kürzeste Formel.

Vollste und energischste Entwicklung aller Produktivkräfte der Nation ist die Voraussetzung für jeden Aufstieg der Arbeiterklasse, da ohne sie das materielle Substrat für ihre Fortentwicklung zu höherer Lebenshaltung und freieren Lebensformen undenkbar ist. Produktionspolitik ist auch Produzentenpolitik, insofern wir unter Produzenten richtig die Gesamtheit der in der Produktion tätigen Volkskreise verstehen. Die reinen Konsumenten dagegen sind, um es extrem auszudrücken, die faux frais des nationalen Lebens; sie mögen unvermeidlich sein, aber jede verständige Wirtschaft wird sie auf ein Minimum herabzudrücken suchen. Ebenso falsch ist aber die Gleichsetzung von Produktionspolitik und Unternehmerpolitik; beides kann in schärfsten Konflikt mit einander kommen. Namentlich bei Monopolen, rechtlichen und tatsächlichen, ist dieser Konflikt auf die Dauer unvermeidlich. Aber solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, so lange ist eine Produktionspolitik gegen die Unternehmerklasse unmöglich. So wäre jetzt eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die den Unternehmern in notwendigen Produktionszweigen jede Chance nähme den normalen Kapitalprofit zu erreichen, durchaus absurd und schädigte die geschützte Arbeiterschaft aufs schwerste, solange sich an der kapitalistischen Produktionsweise in diesem Gewerbe nichts ändern würde.

Hat die sozialdemokratische Partei konsequent Produktionspolitik getrieben? Zwar heißt es in dem Programm, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln mit ihrer zweckentsprechenden Anwendung und vollen Entwicklung unvereinbar geworden ist. Daraus muß man schließen,

daß durch den Sozialismus ihre volle Entwicklung erreicht werden wird. Aber obschon an verschiedenen Stellen des Programms von dem riesenhaften Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit gesprochen wird, findet sich doch nirgends der Satz ausgesprochen, daß es die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse ist dieses Wachstum der Produktivkräfte zu fördern; also nicht zuzusehen, wie der Kapitalismus diese Kräfte nach seinen Zwecken entwickelt, sondern selbst an ihrer Entwicklung mit tätig zu sein, ihre Richtung zu beeinflussen, kurz praktische Produktionspolitik in der Gegenwart, nicht erst in einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft, zu treiben. Und in den ganzen 10 Punkten der Forderungen findet sich nicht ein Satz, der auf die ganze Produktion Bezug hätte. Nur mit Rücksicht auf einen Faktor wird Produktionspolitik getrieben: Der Arbeiter ist Gegenstand der Arbeiterschutzgesetzgebung für die Sozialdemokratie. Aber diesen Schutz fordert sie viel mehr für den Arbeiter als Menschen als für den Arbeiter als Träger der Produktion. In der Praxis unserer Tätigkeit ist der Gedanke der Produktionspolitik noch viel weniger anerkannt worden. Die Erkenntnis, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängt, hat hinter dem konservativen Streben zurückstehen müssen einmal errungene Positionen einzelner Teile der Arbeiterschaft zu verteidigen. Häufig hat das Interesse der Arbeiterschaft des einzelnen Gewerbes, bisweilen sogar einer einzelnen Untergruppe, die Entwicklung von Produktionszweigen verzögert, statt daß man sie förderte und den Ausgleich für die betroffenen Arbeitergruppen auf anderm Weg suchte. Die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung in allen Ländern ist reich an solchen Vorgängen.

So hat denn auch der Arbeiter kein inneres, tieferes Verhältnis zu der Arbeit gewinnen können, die seine Lebenszeit erfüllt; er steht ihr in der Regel als etwas Gegensätzlichem gegenüber. Daß die Arbeit, die der Arbeiter leistet, nicht nur im Lohn des Unternehmers und in einem für diesen Profit erzeugenden Betrieb geschieht, sondern daß der Betrieb gleichzeitig auch ein Glied der nationalen Produktion ist, von deren Schicksal sein einzelnes Schicksal abhängt, und daß seine Arbeit ebenso gesellschaftliche Arbeit, ein Teil der nationalen Arbeitsleistung ist, dieser Erkenntnis nicht nur in der Theorie sondern in der Praxis des täglichen Lebens zur Geltung zu verhelfen, sie zu einem festen Bestandteil der Lebensauffassung des einzelnen Arbeiters zu machen ist gewiß kein leichtes Ding. Aber diese Aufgabe muß gelöst werden, im Interesse der Arbeiterklasse selbst und unseres ganzen Volkes. Bis heute haben weder Partei noch Gewerkschaften ihre Tragweite erkannt, geschweige ihre Lösung in Angriff genommen. Die sittlichen Wirkungen solcher Erkenntnis reichen weithin. Sie vermag der Arbeit einen Inhalt zu geben. Sie lehrt vor allem, daß der Kampf um den Ertrag der Arbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht auf das Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit abfärben darf. Aus der unbefriedigenden Lösung der Ertragsverteilung den Schluß zu ziehen, daß sie die Anpassung des Verhältnisses zwischen Arbeitsleistung und Lohn an sie rechtfertige, heiße die Sittlichkeit des Arbeiters in ihrem Grund gefährden.


Diese letzten Ausführungen haben uns bereits auf ein Problem geführt, das von der Partei, aber auch von den Gewerkschaften bisher nicht genügend erkannt wurde: die Frage nach dem sittlichen Aufstieg der Arbeiterklasse

im höchsten Sinn des Worts. Ihre Arbeit war ausschließlich der materiellen Hebung der Lage der Arbeiterschaft zugewandt. Mit ethischen Faktoren sich abzugeben hat der Partei bisher ferngelegen, und mit ihrer Vernachlässigung hat sie sich freiwillig einer Kraft beraubt, deren Bedeutung sie schon bei allen ihren inneren Streitigkeiten hätte innewerden können. Es genügt nicht die materielle Lage der Arbeiterklasse zu bessern. Wenn man nur dies eine leistet, der Parteiarbeit nicht gleichzeitig einen sittlichen Inhalt gibt, hat man nur die eine Hälfte der Arbeit getan. Es handelt sich nicht allein darum, daß der Arbeiter besser wohnt und isst, sich besser kleiden kann und an der höhern Zivilisation des Lebens einen vollern Anteil erhält. Das ist doch alles nur Vorarbeit. Mit der höhern Lebensführung soll nur die Vorbedingung erfüllt, die Grundlage geschaffen werden, damit es dem Arbeiter auch möglich werde an seiner sittlichen Vollendung zu arbeiten. Wenn der Sozialismus der Arbeiterklasse nur die Satttheit des Bürgertums brächte, wäre er dann wirklich aller Arbeit und Mühe wert? Marx, auf den man sich gern in tiefstem Mißverständnis seines geistigen Wesens für die Ausschaltung der ethischen Werte aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit beruft, würde eine solche *capitis diminutio* seines Lebenswerks weit von sich gewiesen haben. Es gibt nur wenige Bücher in der Weltliteratur, die so ganz von ethischem Feuer durchglüht sind, aus denen die Flammen sittlicher Begeisterung so leuchten und mächtig durchschlagen wie das Marxsche Kapital. In allen seinen Vorgängern im Sozialismus lebt das gleiche, starke sittliche Gefühl von der Würde des Menschen und der sozialen Gerechtigkeit. Und als Christus zu seinem Jünger sagte: Du bist der Fels, auf dem ich meine Kirche, das heißt die Gemeinschaft der nach Vollendung Strebenden, gründen werde, da wollte er auf ihm eine Kirche bauen, aber nicht ein Speisehaus.

Hat die Partei es verstanden, hat sie es überhaupt unternommen ihre Glieder mit der sittlichen Begeisterung und Energie zu erfüllen, die sie allein über die Kleinlichkeiten des Tages und des Persönlichen hinauszuhoben vermag? Wer wäre so kühn diese Frage mit Ja zu beantworten?

XX

## FRANZ FEUERSTEIN · DIE WIRTSCHAFTLICHE VERBINDUNG VON STADT UND LAND IM DIENST DES VOLKES

 ZWEI schwere Kriegsjahre haben den Beweis erbracht, daß die aus dem Augenblicksbedürfnis, aus dem Zwang der Not geborenen Organisationen für die Volksernährung ihre Probe im allgemeinen schlecht bestanden haben. Mit Ausnahme der Brot- und Mehlerversorgung, die gut funktioniert, herrscht auf allen Gebieten der organisierten Volksernährung ein unbefriedigender Zustand, der nur zum Teil aus dem Mangel an Waren zu erklären ist. Verspätete oder verfehlte Organisationen, Mangel an Initiative und zum Teil auch an gutem Willen, dazu die bürokratische Schablone haben das *staatssozialistische Exempel* der organisierten Volksernährung derart bloßgestellt, daß die Gegner unserer sozialistischen Wirtschaftsauffassung schon heute das Material sammeln, um für die künftigen politischen Kämpfe ein Zerrbild des Sozialismus zurecht-

zumachen. Wie dem aber auch sei, fest steht die Tatsache, daß die kriegswirtschaftliche Organisation des Wirtschaftslebens ihren Befähigungsnachweis nach volkswirtschaftlichen Begriffen nicht erbracht hat, ebenso aber auch die andere, daß die Organisation des Wirtschaftslebens im Frieden eine Forderung der Volkswirtschaft der Zukunft ist, die sich mit der Staatsnotwendigkeit der Landesverteidigung im gegebenen Fall deckt.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die allmählich auftauchenden Bestrebungen für eine engere Verbindung zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der Landwirtschaft und denen der Verbraucher, den Konsumvereinen, von weittragender Bedeutung. In den Fachorganen des Zentralverbands deutscher Konsumvereine kommt die Frage häufiger als früher zur Besprechung, und im württembergischen Landtag hat sie bereits eine parlamentarische Vorbehandlung gefunden. Sie im Fluß zu halten und schließlich zu durchgreifender praktischer Lösung zu bringen kann nicht nur Aufgabe der beteiligten genossenschaftlichen Wirtschaftsverbände der Verbraucher auf der einen und der landwirtschaftlichen Erzeuger auf der andern Seite sein. es ist auch politische Aufgabe der Sozialdemokratie die natürlichen Sozialisierungstendenzen im Wirtschaftsleben, die in erster Linie in allen Arten von Genossenschaften verkörpert sind, zu unterstützen.

Was die ökonomische und technische Seite der Frage anlangt, so ist zunächst die Tatsache zu verzeichnen, daß Geschäftsverbindungen zwischen Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften in kleinerem Umfang bereits bestehen. Diese Verbindungen stellen aber nur winzige Punkte im Meer des Wirtschaftslebens dar. Wichtiger ist die theoretische Feststellung, daß der direkte Geschäftsverkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher eine Vereinfachung des Warenaustausches bedeutet, wenn er auf organisatorischer Grundlage ruht. Denn schließlich kann der direkte Verkehr zwischen einzelnen, wie er vor Entwicklung des Handels stattfand, auch unwirtschaftliche Kräftezersplitterung darstellen. Nur bedeutet Vereinfachung des Warenverkehrs nicht ohne weiteres auch Verbilligung. Wo eben die Nachfrage nach dem Erzeugnis das Angebot überwiegt, wird die Preisbildung sich im wesentlichen nach diesem Bedürfnisfaktor gestalten, gleichviel ob der Käufer ein Händler oder eine Verbrauchergenossenschaft ist. Erfahrungstatsachen hierfür bieten in größerem Umfang die schweizerischen Konsumvereine, die in regem Geschäftsverkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften stehen, aber von einer dadurch bewirkten Verbilligung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht viel berichten können. Dagegen ist es ganz unzweifelhaft, daß die Ausschaltung unnötiger Zwischenglieder zwar fürs erste dem landwirtschaftlichen Erzeuger mehr nützt als dem Verbraucher, da sie diesem zunächst den bisherigen Zwischenhandelsgewinn zuführt, daß sie aber im Lauf der Entwicklung auch dem Verbraucher zugute kommen muß. Je mehr sich der Güteraustausch direkt zwischen Erzeuger und Verbraucher auf genossenschaftlicher Grundlage vollzieht und der Zwischenhandel allmählich ausgeschaltet wird, desto mehr wird die natürliche Preisbildung sich herausarbeiten, bei der von Zwischenhandelsgewinn überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Dann tritt der rein volkswirtschaftliche Grundsatz in seine Rechte, nach dem die größtmögliche Wirtschaftsleistung mit dem geringstmöglichen Kräfteaufwand erzielt werden soll. Und wie durch die *Gunst* der Zeit, durch die kriegswirtschaftlichen

Erfahrungen, das Verständnis für die Bedeutung der Frage erwacht ist, so sind zugleich auch die organisatorischen Grundlagen für ihre Lösung gegeben.

Für die Herbeiführung eines engeren wirtschaftlichen Einvernehmens zwischen Stadt und Land kann man im allgemeinen auf die genossenschaftlichen Zentralorganisationen der landwirtschaftlichen Produzenten und der Konsumenten hinweisen, die bereits einen viel größeren Umfang und eine stärkere Bedeutung erlangt haben, als es in unseren politischen Kreisen bekannt ist, in denen man sich leider fast ausschließlich mit rein politischen Faktoren zu befassen bemüht — w a r. Der schwere Krieg hat auch hierin eine gründliche Umkehr gebracht, und es ist einfach ausgeschlossen, daß es nach seiner Beendigung je wieder so werden könnte wie es vorher war. Die genossenschaftlichen Wirtschaftsfragen in ihrer volks- und kriegswirtschaftlichen Auswirkung werden von der Tagesordnung des öffentlichen und politischen Lebens nicht mehr verschwinden.

So bekommen also die vorhandenen genossenschaftlichen Zentralorganisationen als Grundlage der direkten wirtschaftlichen Verbindung zwischen Stadt und Land, das heißt zwischen landwirtschaftlichem Erzeuger und Verbraucher, jetzt schon bedeutenden volkswirtschaftlichen Wert. Von 35 901 eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich gehören 28 752 zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften; den höchsten Anteil darunter haben die Spar- und Darlehnskassenvereine, 17 825 an der Zahl. Handelt es sich nun auch bei dem anzustrebenden direkten Geschäftsverkehr zwischen Landwirtschaft und städtischer Bevölkerung in erster Linie um die ländlichen Absatzgenossenschaften, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Darlehnskassenvereine das finanzielle Rückgrat der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung bilden. Ihr Geldumsatz ist von 8 841 000 Mark im Jahr 1881 auf rund  $1\frac{1}{2}$  Milliarden im Jahr 1914 gestiegen, der Warenumsatz der Mitglieder betrug 1914 rund 55 Millionen Mark. Ein zentrales Finanzinstitut stellt die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse für Deutschland als Geldausgleichsstelle der ländlichen Genossenschaftsorganisationen dar. Die 4636 angeschlossenen Vereine haben auf 15 000 Aktien 15 Millionen Mark Betriebskapital eingezahlt, der reine Kassenumsatz belief sich im Jahr 1914 auf  $3\frac{2}{5}$  Milliarden Mark. Den Warenverkehr vermitteln 5 Warenabteilungen der Filialen der Zentraldarlehnskasse und 7 selbständige Landes- und Provinzialinstitute, die im Jahr 1915 einen Gesamtumsatz von  $297\frac{1}{4}$  Millionen Mark verzeichneten. Die 1082 Vertriebsgenossenschaften der Landwirtschaft bestehen in Milchverwertungs-, Winzer-, Brauerei-, Kartoffeltrocknungs-, Kornhaus-, Viehverwertungs-, Dresch-, Elektrizitäts-, Zucht- und Weidegenossenschaften, die auf ihrem jeweiligen Gebiet eine umfangreiche Tätigkeit entfalten. Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung ist fast restlos in 2 großen Zentralorganisationen: dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und dem Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland, zusammengefaßt, die 620 000 Einzelmitglieder vereinigt haben.

Auf der Seite der ländlichen Kontrahenten erscheinen demnach die finanziellen und organisatorischen Vorbedingungen für die Lösung des großen volkswirtschaftlichen Problems gegeben, wobei allerdings nicht außer acht zu lassen ist, daß die Erzeugungs- und Absatzgenossenschaften als die eigentlichen Träger des Warenverkehrs angesehen werden müssen. Das nämliche



kann auch von den Genossenschaftsorganisationen der Verbraucher gesagt werden, die als Konsumvereine in 3 Zentralverbänden mit rund 2500 Genossenschaften zusammengefaßt sind. Als stärkster dieser Verbände ist der Hamburger Zentralverband deutscher Konsumvereine mit etwa 1500 Genossenschaften bekannt; der zweite ist der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. In dem aber die Konsumvereine nur den kleinern Teil neben den mittelständischen Kreditorganisationen bilden, während die dritte Zentralorganisation, der Reichsverband deutscher Konsumvereine, wiederum reine Verbraucherorganisationen zusammenschließt (dieser Verband wurde erst wenige Jahre vor Ausbruch des Krieges von Zersplitterungspolitikern des Zentrums gegründet, er bedeutet auch lediglich eine Zersplitterung der Kräfte die vielleicht unter der Einwirkung der Kriegserfahrungen aufhören dürfte). Insgesamt zählt die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung nahezu 3 Millionen Familien als Mitglieder, die mit einer durchschnittlichen Kopffzahl von  $4\frac{1}{2}$  pro Familie  $13\frac{1}{2}$  Millionen Seelen, also ein Fünftel der gesamten deutschen Bevölkerung, repräsentieren. Zieht man die landwirtschaftliche Bevölkerung (die ein Drittel der Gesamtkopffzahl des deutschen Volkes ausmacht) ab, so erhöht sich der Anteil der genossenschaftlich organisierten Verbraucher auf ein Drittel desjenigen Teils der deutschen Bevölkerung, der für die Organisation zunächst in Frage kommt. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine bildet mit seinen bald 2 Millionen genossenschaftlich organisierten Verbrauchern den Kern der Gegenseite zu den landwirtschaftlichen Kontrahenten; denn er umfaßt nicht nur zwei Drittel der gesamten deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, sondern es sind bei ihm auch die geschäftsorganisatorischen Grundlagen für den direkten wechselseitigen Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher vorhanden. Die dem Zentralverband angegliederte Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bietet als Waren- und Finanzzentrale des deutschen Konsumvereinswesens jede Möglichkeit einer großzügigen Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Stadt und Land. Die Einkaufsvereinigungen der Konsumvereine als organisatorische Zwischen- oder Bindeglieder zwischen der Geschäftszentrale und den in sich selbständigen Konsumvereinen würden die gegebenen Vermittlungsstellen für den bezirkswisen Warenverkehr abgeben, während die einzelnen Konsumvereine selbst wieder im direkten Verkehr die unmittelbaren täglichen Warenbedürfnisse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen befriedigen könnten.

Dabei ist ins Auge zu fassen, daß der Geschäftsverkehr zwischen den beiden großen Gruppen der Volkswirtschaft nicht in einseitiger Weise darauf beschränkt bleiben würde, daß die Verbraucherorganisationen lediglich die vertraglichen Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse wären; aus der Natur einer solchen großzügigen Geschäfts- oder, besser gesagt: Wirtschaftsverbinding würde sich vielmehr im Lauf der Entwicklung ganz von selbst ergeben, daß die Landwirtschaft auch ihrerseits Abnehmer im genossenschaftlichen Warenverkehr der Verbraucher wäre. Stellt man sich vor, daß jetzt schon die Kaufkraft der 3 Millionen organisierter Verbraucher für die Bedürfnisse des Haushalts und des täglichen Lebens, mit 1000 Mark pro Jahr und Familie gerechnet, 3 Milliarden jährlichen Warenverkehrswertes erfassen kann, und nimmt man den Gegenseitigkeitsverkehr der Landwirtschaft

in kolonialen und gewerblichen Erzeugnissen als Ergebnis der Wirtschafts-  
verbindung zwischen Stadt und Land hinzu, so ergibt sich eine wirtschaft-  
liche Perspektive, deren Verwirklichung in unserm Programm der Soziali-  
sierung des Wirtschaftslebens ihren Ausdruck findet. Die Finanzkräfte der  
angeführten genossenschaftlichen Zentralorganisationen beider Wirtschafts-  
gruppen sind außerdem heute schon stark genug, um Produktionszentren für  
die Massenartikel des täglichen Gebrauchs in rascherem Tempo zu schaffen  
als es heute der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine möglich  
ist. Immerhin besitzt diese heute schon eine Anzahl von Großbetrieben in  
einzelnen Teilen Deutschlands, zu denen zum Beispiel sofort nach Beendi-  
gung des Krieges große Mühlenbetriebe am Rhein und der Elbe kommen  
sollen. Die Wechselwirkung des organisierten Geschäftsverkehrs zwischen  
landwirtschaftlichen Erzeugern und städtischen Verbrauchern läßt sich am  
besten aus den Möglichkeiten auf diesem Teilgebiet der Getreideerzeugung  
und -verarbeitung bis zur Fertigstellung und Verteilung des Fabrikats (Brot  
und Teigwaren aller Art) auf genossenschaftlichem Weg unter Ausschluß  
unnötiger Zwischenglieder beurteilen.

Aus diesen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten des genossenschaftlichen  
Warenverkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern, Möglichkeiten, die  
die Erfahrungstatsachen der deutschen Kriegswirtschaft und die nachkom-  
mende Zeit schwerer wirtschaftlicher Nöte zu Notwendigkeiten machen  
dürften, ergeben sich Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Ver-  
hältnisses zwischen Stadt und Land überhaupt. Die Konzentration des  
Wirtschaftslebens der breiten Massen der Bevölkerung in Stadt und Land  
setzt die Konzentration der Genossenschaftsbewegung für bestimmte Ziele  
voraus, die man nur erreichen kann, wenn man von vornherein weiß, da ß  
und wie man sie erreichen will. Daß die Erreichung dieses Zieles einer  
direkten, großzügigen und umfassenden Wirtschaftsverbindung zwischen ge-  
nossenschaftlich organisierten Erzeugern und Verbrauchern politische und  
sittliche Folgen haben muß, die der kulturellen Verfassung des g a n z e n  
Volkes zugute kommen würden, kann Anhängern einer ökonomischen Ge-  
schichtsauffassung am allerwenigsten verborgen bleiben. Schon der Weg  
zum Ziel würde das zeigen.

XX  
**EDMUND FISCHER · DIE ARMENFÜRSORGE**  
**NACH DEM KRIEG**



**V**OR dem Krieg schon war die Armenpflege reformbedürftig ge-  
worden. Sie wird nach Friedensschluß sofort neu geregelt werden  
müssen, wenn sie den Anforderungen gerecht werden soll, die an  
sie herantreten werden. Diese Neugestaltung wird wie jede andere  
soziale Reform an das Vorhandene, Gewordene anknüpfen müssen.  
Aber eben deshalb wird sie auch nichts anderes sein dürfen als eine Zu-  
sammenfassung aller staatlichen, kommunalen und freiorganisierten Armen-  
fürsorgeeinrichtungen in eine einzige Organisation auf öffentlichrechtlicher  
Grundlage und deren planmäßiger Ausbau nach einheitlichen Grundsätzen.  
Der Verwaltungsdirektor Dr. Blaum aus Straßburg im Elsaß hat seinem Re-  
ferat auf der Kriegstagung des Deutschen Vereins für Armenpflege und  
Wohltätigkeit am 16. September 1916 in Leipzig eine Reihe von Leitsätzen

zugrunde gelegt, durch deren Befolgung meines Erachtens ein wesentlicher Fortschritt nicht erzielt werden würde. Danach sollen, wie bisher, die Armenlasten von den Armenverbänden des Aufenthaltsorts für alle Inländer getragen werden, während der Staat für die Ausländer aufkommen müsse. Die Entscheidung über die Unterstützungen soll durch ehrenamtliche Ausschüsse erfolgen, die unmittelbare Armenpflege aber durch Berufsarmenpfleger oder -pflegerinnen ausgeübt werden. Ehrenamtliche Pfleger und Pflegerinnen sollen nur herangezogen werden, wenn ein sittlich-erzieherischer Einfluß auf den Unterstützten ausgeübt werden soll oder kann. Dagegen habe die Leitung der Gemeindefürsorge in weitgehendem Maß unter ehrenamtlicher Mitarbeit zu erfolgen. Für die Leitung des gesamten Armenwesens im Deutschen Reich soll ein Reichsarmenrat und ein Reichsarmenamt errichtet werden. Der Reichsarmenrat soll die allgemeinen Grundsätze der öffentlichen Armenpflege aufstellen und ihre Durchführung überwachen, während das Reichsarmenamt die oberste Spruchbehörde darstellt. Die Errichtung eines Reichsarmenrats und eines Reichsarmenamts würde zwar einen großen Schritt vorwärts bedeuten, hat aber gerade eine Neuorganisation des gesamten Armenwesens zur Voraussetzung.

Die Armenpflege hat bisher darunter am meisten gelitten, daß die Gemeinden die Kosten zu tragen haben. In den Industriestädten, wo der Gemeindezuschlag zur Staatssteuer schon vor dem Krieg 250 % und mehr betrug, wurden fast alle Einnahmen der Gemeinde für die Schule und die Armenfürsorge gebraucht, und trotzdem konnte in der Armenversorgung nicht über die Mindestleistung hinausgegangen werden. Wo die Mittel vorhanden waren, fehlte es vielfach an dem sozialen Empfinden und dem nötigen Verständnis zur Ausgestaltung des Armenwesens. Nur in einer Anzahl reicher sogenannter Konsumtionsstädte war die Armenpflege relativ gut ausgebaut, in befriedigender Weise aber nirgends. Die Furcht vor dem Zuzug von Armen hielt auch die reichsten Städte davon ab ihre Leistungen wesentlich über das Allgemeinniveau zu erhöhen. Eine Vereinheitlichung der Armenfürsorge unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, mit der auch eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Mittel verknüpft sein mußte, ist deshalb das erste, was zu geschehen hat.

Diese Vereinheitlichung kann aber nicht einfach durch Übernahme der Armenlasten auf den Staat herbeigeführt werden, wie sie auch von sozialdemokratischer Seite verlangt wird. Wer die Mittel aufbringen soll, muß auch über ihre Verwendung entscheiden können. Die Verstaatlichung der Armenlasten könnte deshalb nichts anderes sein als die Verstaatlichung der Armenfürsorge überhaupt. Kein anderes Gebiet ist aber so ungeeignet für die staatliche Zentralisierung und Verwaltung wie das Armenwesen, das keine Schematisierung und Mechanisierung verträgt. In England ist die Armenfürsorge staatlich organisiert, aber eben deshalb auch dabei stehen geblieben die Armen in Armen- oder Arbeitshäusern unterzubringen. Nach dem Krieg wird zudem der Staat so mit Lasten überbürdet sein, daß er die Armenlasten gar nicht mehr wird übernehmen können. Den Gemeinden kann es auch nicht überlassen bleiben die Kosten aufzubringen; denn der lange Krieg hat auch die Gemeinden finanziell heruntergebracht. Daher ist eine neue Organisation für die Versorgung der Armen notwendig. Sie braucht aber auch nicht erst künstlich geschaffen zu werden, sie ist bereits seit ein-

gen Jahren im Entstehen; eine gesetzliche Regelung könnte ihre Entwicklung beschleunigen und zum Abschluß bringen.

Armut ist ein relativer Begriff, und das *Armsein* im Sinn der modernen Armenfürsorge läßt sich nicht so einfach nach bestimmten Grundsätzen feststellen wie Krankheit oder Invalidität. Die Armenunterstützung kann deshalb auch nicht in der Weise gesetzlich geregelt werden wie die Unterstützung der Kranken, Invaliden und Alten, sie erfordert eine weitgehende Individualisierung. Der Stand der Armenfürsorge richtet sich aus diesen Gründen auch weniger nach der Beschaffenheit der jeweiligen Gesetzgebung als vielmehr nach dem Geist, von dem die Menschen beseelt sind. Im Mittelalter entsprang die Armenfürsorge der christlichen Nächstenliebe, heute gestaltet sie das soziale Empfinden. Das letzte und höchste Ziel der Armenfürsorge bleibt selbstverständlich die Überwindung der *Armut*, das ist die Einbeziehung jedweder Hilfsbedürftigkeit in die soziale Versicherung. Zu einem großen Teil ist dieses Ziel auch schon erreicht, wenn auch noch nicht in vollkommener Weise. Die sozialen Versicherungseinrichtungen geben den Kranken, Invaliden, Altersschwachen einen gesetzlichen Anspruch auf eine Rente. Auch besteht bereits eine Witwen- und Waisenversicherung, und die Arbeitslosenversicherung ist im Entstehen. Theoretisch werden mit diesen Einrichtungen alle Fälle erfaßt, die eine Hilfsbedürftigkeit herbeizuführen vermögen. In der Praxis ist das aber noch bei weitem nicht der Fall, und es wird eine geraume Zeit vergehen, bevor es möglich sein wird. Der Rechtsanspruch auf eine gesetzlich fixierte und zum Leben ausreichende Unterstützung in allen Fällen der Unterstützungsbedürftigkeit ließe sich nur durchführen, wenn alle Teile der Bevölkerung, also auch die Besitzenden, in die soziale Versicherung einbezogen würden, so daß auch diejenigen Personen eine Rente erhielten, die einst wohlhabend waren und im Alter verarmten, und wenn ferner die Anwartschaft auf die Rente nicht unbedingt von einer gewissen Beitragsleistung, einer Wartezeit abhängig gemacht würde, so daß auch alle von Kindheit an Armen, die nie oder nur zeitweise in der Lage waren ihre Beiträge zu entrichten, in den Genuß der Rente kämen. Indes, auch bei einem derartigen Ausbau der Versicherungseinrichtungen blieben noch große Lücken bestehen. Es braucht nur an die Trinker, Arbeitsscheuen, an die große Schar der geistig Minderwertigen erinnert zu werden, die weder krank (das heißt nicht als solche erkannt) sind noch arbeitslos noch invalid oder altersschwach und dennoch der Fürsorge zur Last fallen. Armut im Sinn der Armenfürsorge ist aber auch vielfach ohne Krankheit, Invalidität, Alter, Arbeitsscheu oder Trunksucht vorhanden, einfach infolge des wirtschaftlichen Niveaus der Gesellschaft, im einzelnen Fall infolge geringen Verdienstes, großer Familie usw. Die moderne Armenfürsorge besteht endlich nicht mehr lediglich in der Unterstützung der Hilfsbedürftigen, sondern auch und ganz besonders in vorbeugenden Maßnahmen, um das *Armwerden* zu verhindern.

Mit einer speziellen Armenfürsorge neben der sozialen Versicherung ist also noch auf lange Zeit hinaus zu rechnen. Obwohl ein immer größerer Personenkreis in die soziale Versicherung einbezogen und diese fortgesetzt ausgebaut wurde, und obwohl der allgemeine Wohlstand sich vergrößert hat, sind die Aufgaben der Armenfürsorge bisher ständig gewachsen und damit auch die Ausgaben. Das geschah nicht infolge einer zunehmenden Verelen-

derung sondern dank der Ausbreitung des sozialen Geistes und der Erkenntnis, daß die Armenfürsorge zu den wirksamsten Mitteln gehört Verbrechen zu verhindern und der Ausbreitung verheerender Krankheiten entgegenzuwirken, also dem Schutz der Gesellschaft und des einzelnen dient. Nach dem Krieg werden zweifellos die Anforderungen an die Armenfürsorge unvergleichlich größer sein als bisher. Die Wunden, die der Krieg dem Wirtschaftsleben geschlagen hat, werden nicht so bald geheilt sein, auch die Teuerung wird noch lange anhalten, und ganz unübersehbar sind die gesundheitlichen Folgen des Krieges, die schädlichen Wirkungen auf Körper und Geist, die möglicherweise die Leistungsfähigkeit von Millionen Erwerbstätiger vermindern. Die Renten der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen der gefallenen Krieger werden wohl auch nicht wesentlich erhöht werden können, so daß in vielen Fällen die Armenfürsorge ergänzend wird eingreifen müssen. Diese Möglichkeit wird ja auch bereits in kommunalen Zeitschriften erörtert, und die Gemeindeverwaltungen werden aufgefordert sich darauf vorzubereiten.

Eine umfassende Armenstatistik besitzt Deutschland noch nicht, so daß sich kein vollständiges Bild des deutschen Armenwesens zeichnen läßt. Die Armenpflegekinder in Deutschland wurden vor dem Krieg auf ungefähr eine halbe Million geschätzt. Eine Ende des vorigen Jahrhunderts vorgenommene Erhebung ermittelte im Großherzogtum Baden 13 975 Armenpflegekinder, das sind 20,4 ‰ der unter 14 Jahre alten Bevölkerung oder 6,5 ‰ der Gesamtbevölkerung. Auf die etwa 70 Millionen Einwohner Deutschlands berechnet würden sich danach 485 000 Armenpflegekinder ergeben. In Berlin wurden bei einer Zählung 11 903 Armenpflegekinder festgestellt, das sind 25,6 ‰ der unter 14 Jahre alten Bevölkerung. Immer größere Mittel erfordert die Fürsorgeerziehung. Die Zahl der Fürsorgezöglinge Sachsens betrug 1909 1315, 1913 aber schon 5964, 1914 6613 und 1915 7190. Vom 1. Oktober 1909 bis zum 31. Dezember 1914 mußten in Sachsen für die Fürsorgeerziehung über 5¼ Millionen Mark aufgewendet werden, bis Ende 1915 mindestens 7 Millionen. Dabei ist die Armenfürsorge für die Kinder und Jugendlichen noch sehr mangelhaft und bildet nur einen kleinen Teil des gesamten Armenwesens. Neben den Kindern und Jugendlichen bedürfen der Fürsorge gebrechliche Leute und Arbeitslose, Witwen und Kranke, Irrsinnige und Blinde, Trinker und *Arbeitscheue*, aber auch Familien mit vielen Kindern. Die Prophylaxe muß sich aber auf die gesamte besitzlose Bevölkerung erstrecken, die Fürsorge für die Säuglinge und Mütter, die Kleinkinder und Schulkinder, die Jugend- und Tuberkulosefürsorge, die Wohnungsfürsorge und die Arbeitsvermittlung umfassen. Ihr Gebiet ist unbegrenzt, und sie eröffnet fortgesetzt neue Tätigkeitsfelder.

Die kommunale Armenfürsorge zeigte sich allen diesen Aufgaben nicht gewachsen. Die meisten Neuerungen gingen von freien Organisationen aus, wie die Fürsorge für die Krüppelkinder und die Säuglinge, die Kleinkinder und Unehelichen, die Mutter- und Wohnungsfürsorge, die Speisung der Volksschulkinder und die Ferienkolonien, die Fürsorge für die Jugendlichen und die Wanderarmen. Auch die Fürsorgestellen für Trinker und Tuberkulosekranke sind keine kommunalen Einrichtungen. Aber diese eine *freiwillige Liebestätigkeit* ausübenden Organisationen arbeiten im wesentlichen in Verbindung mit den Gemeinden und den kommunalen Verbänden, zum

Teil direkt im Dienst der Gemeindeverwaltung oder unter deren Oberleitung. Eine Verbindung zwischen staatlicher, kommunaler und freiorganisierter Armenfürsorge hat sich in ihren ersten Anfängen bereits herausgebildet, die Richtlinien der Entwicklung zeigend. Während die ganz auf freiwilliger Liebestätigkeit beruhende Armenfürsorge des Mittelalters sich nie über eine sehr tief gezogene Grenze erheben konnte und nach Auflösung der feudalen Gebundenheit völlig versagen mußte, bleibt die ihr folgende polizeiliche Armenpflege in der bürokratisch-schematischen Schablone stecken. In der Armenfürsorge bildet sich also, wie auf allen Gebieten, die moderne Selbstverwaltung heraus, die eine Verbindung, richtiger: ein Ineinanderfließen, staatlich-kommunaler Macht mit selbstschöpferischer Tätigkeit der Organisationen des Volkes darstellt. Die sozialen Versicherungseinrichtungen sind solche Selbstverwaltungskörperschaften. Eine Selbstverwaltung der Armenfürsorge durch die Armen kann es natürlich nicht geben. Aber das moderne Fürsorgewesen ist auch keine polizeiliche Armenpflege mehr (es soll das wenigstens nicht mehr sein), sondern eine unter dem Einfluß des sozialen Geistes stets wachsende solidarische Betätigung, an der alle Teile der Bevölkerung teilnehmen sollen und die allen zugute kommt oder doch unter Umständen zugute kommen kann. Deshalb ist auch das ganze Volk zur Mitwirkung berufen. Heute sucht man zwar noch einen Unterschied zwischen den Fürsorgeeinrichtungen und der Armenpflege im engern Sinn zu machen. Aber diese Trennung wird immer unmöglicher und ist auch sinn- und zwecklos. In der Regel buchen die Gemeindeverwaltungen auch alle Ausgaben für die Säuglingsfürsorge, Stillprämien, Schulkinderspeisungen, Tuberkulosefürsorgestellen usw. unter die Armenausgaben, obwohl die geleisteten Unterstützungen nicht den Charakter einer Armenunterstützung haben, deren Empfänger auch keine Armen im Sinn der Armenpflege sind. Richtiger und zeitgemäßer wäre es die Armenpflege im Fürsorgewesen aufgehen zu lassen, selbst nicht mehr von einer Armenfürsorge sondern nur von der Fürsorge zu reden, um damit von ihr auch den Schein einer Entehrung zu nehmen. Die Beseitigung der rechtlichen Entehrung, die heute noch mit der Armenunterstützung verknüpft ist, wird von allen verlangt, die im Armen- oder Fürsorgewesen tätig sind.

Die Gestalt, die der Selbstverwaltungskörper annehmen müßte, der mit der Fürsorge betraut ist, hat sich bereits im kleinen herausgebildet. Die Tuberkulosefürsorgestellen werden von Vertretern des Staates, der Gemeinden, der Krankenkassen, Versicherungsanstalten und privaten Vereinen verwaltet, und diese Körperschaften kommen auch gemeinsam für die Kosten auf. Auch an dem sich über das ganze Reich erstreckenden Fürsorgeverband müßten Staat, Gemeinden, Krankenkassen, Versicherungsanstalten und die freien Fürsorgeorganisationen beteiligt sein. Die Heranziehung der Kranken- und Invalidenversicherung zur Armenfürsorge rechtfertigt sich schon dadurch, daß die Grenze zwischen Armsein, Kranksein und Invalidsein sehr verwischt ist. Sehr viele *Arme*, die die Armenpflege zu versorgen hat, können auch zu den Kranken oder Invaliden gerechnet werden. Kürzlich hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß ein Säufer ein Kranker sei und die Krankenkasse zum Zweck seiner Heilung die Krankenrente bezahlen müsse. Die Invalidenversicherung hat bereits seit einigen Jahren die Trinkerheilung in ihre vorbeugenden Maßnahmen aufgenommen. Und alle

Maßnahmen der *vorbeugenden Armenfürsorge* kommen ebenso den Krankenkassen und Versicherungsanstalten zugute wie den Armenkassen. Durch ein Zusammenwirken dieser Körperschaften in einem großen Verband ließen sich auch die Mittel beschaffen, mit denen man Hervorragendes leisten könnte, und durch die Unterverbände, die sich über einen Regierungsbezirk, einen größeren oder kleinern Kreis, zu erstrecken hätten, könnte auch eine gleichmäßige Verteilung der Mittel bewirkt werden. Auch der größte Teil der Stiftungen ließe sich in diese Verwaltung einbeziehen. Viele erfahrene, geschulte Kräfte würden gewonnen werden, die sicher dazu beitragen würden die Armenfürsorge mit einem hohen sozialen Geist zu durchtränken. Nicht ein Reichsarmenrat und ein Reichsarmenamtsamt, sondern ein Reichsfürsorgerat und ein Reichsfürsorgeamt müßten die obersten Behörden dieses Fürsorgeverbands bilden.

Auf dieser Grundlage ließen sich auch allgemein die Forderungen verwirklichen, die auf der Kriegstagung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit erhoben wurden: daß die Leitung der Armenpflege unter ehrenamtlicher Mitarbeit, die Entscheidung über die Unterstützungen durch ehrenamtliche Ausschüsse erfolgen soll, die unmittelbare Armenpflege aber durch Berufsarmenpfleger oder -pflegerinnen ausgeübt werden müsse. Solange die Armenpflege den Gemeindeverwaltungen überlassen ist, werden und können die kleinen Gemeinden keine berufsmäßigen Armenpfleger anstellen, und alles bleibt beim alten. Der über das ganze Reich sich erstreckende Fürsorgeverband aber kann berufsmäßige Armenpfleger oder -pflegerinnen für bestimmte Bezirke bestellen, die für mehrere Dörfer wirken. Die großen Versorgungsanstalten, die heute nur große leistungsfähige Städte oder Bezirke für *ihre* Armen errichten, können auch den Vororten und armen Landgemeinden dienstbar gemacht werden. Und auch diese Konzentrierung wird die Leistungsfähigkeit der Fürsorge erhöhen, ohne daß man dafür größere Mittel aufwenden muß. In der Kriegsfürsorge sind so viele Kräfte für die Fürsorgetätigkeit geschult worden, die sozialen Kurse bilden so viele Pfleger und Pflegerinnen für eine berufsmäßige soziale Tätigkeit heran, daß die Personenfrage keine großen Schwierigkeiten mehr bereiten wird.

Die Verhältnisse drängen zu dieser *Neuorientierung* in der Armenfürsorge. Die Entwicklung bewegt sich auch nach dieser Richtung hin. Jedenfalls muß die Reformbewegung diesen Weg einschlagen.

XX

## ADOLF BEHNE · ÜBER KUNSTKRITIK

**Z**UM eisernen Bestand unseres modernen Zeitungswesens gehört die kritische Berichterstattung über Werke der Kunst, und es ist fraglos, daß sie einem lebhaften Interesse der Öffentlichkeit begegnet. Der Besuch einer Theatervorstellung, eines Konzerts oder einer Ausstellung hängt bei einer großen Anzahl von Menschen nicht zuletzt davon ab, wie der Referent der Tageszeitung geurteilt hat. Publikum und Kritik stehen freundschaftlich bei einander. Nicht so Künstlerschaft und Kritik. Bei einer Rundfrage unter den Künstlern würden sich gewiß nicht wenige für eine völlige Abschaffung der Kritik entscheiden. Zum Beweis mögen einige Stellen aus Tagebüchern und Briefen

von Künstlern folgen (die ich absichtlich nicht unter den schroffen Kampfnaturen ausgewählt habe). »Ob über meine Sachen geschrieben wird oder nicht, ist mir am Ende ganz Wurst« (Schwind). »In gewissen Fällen ist es geradezu eine Ehre von der Kritik verrissen zu werden« (Etex). »Die Schriftsteller hindern mich in meiner Arbeit mehr als sie mir helfen« (Hunt). »Günstige Kritiken beweisen nichts gegen den Wert eines Kunstwerkes« (Cobmann). Auf seiten der schaffenden Künstler ist also eine starke Abneigung gegen die Kritiker zu konstatieren. Der Künstler sieht im Kritiker zumeist einen Menschen, der, ohne selbst etwas Nennenswertes dabei zu leisten, durch Urteilen und Schreiben über die Leistungen anderer seinen Lebensunterhalt verdient, ja so etwas wie einen Parasiten.

Es entsteht die Frage: Hat die Kritik eine innere Daseinsberechtigung oder nicht? Von vornherein liegt es auf der Hand, daß eine so allgemein verbreitete, tief eingewurzelte Institution wie die Kritik nicht einfach als Mißbrauch angesehen werden kann. Eine solche Institution entwickelt sich nicht, wenn nicht gewisse innere Nötigungen vorliegen. Welches sind diese Nötigungen?

Es ist die moderne Wirtschaftsordnung, die dadurch, daß sie den Produzenten gegenüber früheren Zeiten so weit vom Konsumenten trennte, den Stand des Kritikers gezeitigt hat. In früheren Jahrhunderten waren die Beziehungen des Publikums zur Künstlerschaft die engen Beziehungen von Auftraggeber und Auftragsempfänger. Es bestand ein persönlicher Konnex zwischen Käufer und Künstler, schon ehe das Werk entstand. Und dieses wurde für einen bestimmten Platz, zu einem bestimmten Zweck geschaffen. Maße, Thema, Preis wurden vorher vereinbart. Deshalb gab es auch keine Ausstellungen. Der Käufer brauchte nicht an tausend Bildern vorbeizuirren, um etwas halbwegs Passendes durch einen Zufall zu finden, der Künstler brauchte nicht so und so viele Bilder auf gut Glück auszustellen, bis er einen Käufer fand, der gerade etwas derartiges suchte. Es war also beim Abschluß eines Geschäfts für einen Dritten gar kein Platz, und am wenigsten für einen öffentlichen Kritiker, da das fertige Bild sofort an Ort und Stelle kam: auf den Altar der Familienkapelle, in ein Rathauszimmer oder wofür sonst es von Anfang an bestimmt war. Aber auch bei der Wahl des ausführenden Künstlers war die Person eines Kritikers für den Auftraggeber völlig überflüssig. Denn die Künstler waren in Zünfte zusammengeschlossen, und es waren Vorkehrungen getroffen, daß niemand Meister wurde, der nicht seine Befähigung in allen einschlägigen Dingen nachgewiesen hätte. Der Auftraggeber konnte also sicher sein, daß sein Auftrag in berufene Hände kam. Welchem der stadtansässigen Meister er den Auftrag geben wollte, das blieb seinem persönlichen Belieben überlassen, soweit nicht etwa die Natur des Auftrags auch darüber bestimmte.

Dieses nahe und, wie die vergangenen großen Jahrhunderte lehren, für die Kunst nichts weniger als hemmende Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten ist nun mit der modernen Wirtschaftsordnung und mit der Gewerbefreiheit, die auch in die Kunst einzog, von Grund auf verändert worden. Der Künstler ist heute frei. Keine Zunft macht ihm Vorschriften oder überwacht seine Produktion. Die Tatsache, daß sich jemand als Kunstmaler bezeichnet (wie heute der Ausdruck so schön lautet), gestattet keinen Schluß darauf, wie weit er sein Handwerk versteht und beherrscht. Es kommt dar-



auf an in freier Konkurrenz mit den anderen gut abzuschneiden. Und da jeder einzelne dieses Verlangen haben muß, so ist die Ausstellung in irgendeiner Form die naturnotwendige Folge: von der Atelierausstellung bis zur allgemeinen juryfreien Kunstschau. Und diese Ausstellungen sind für die Künstler notwendig, nicht nur um im freien Wettbewerb ihre Kräfte zu messen, sondern auch um Föhlung mit den Käufern zu gewinnen. Die Ausstellung ist also die notwendige Folge der neuen wirtschaftlichen Situation. Die notwendige Folge der Ausstellung wiederum ist die Kritik. Um diese Zusammenhänge zu erklären, muß ein wenig weiter ausgeholt werden.

Der Bürger und Patrizier des 14. und 15. Jahrhunderts verstand im Grunde genommen nicht mehr von der Kunst als die heutigen Menschen im Durchschnitt auch. Aber im Unterschied vom heutigen Publikum war er der Kunst durch gewisse sachliche Beziehungen verbunden. Diese sachlichen Beziehungen zum mindesten waren ein Gebiet, auf dem er ein Urteil hatte. Ob ein Bild, das er in Auftrag gegeben hatte, den geforderten Bedingungen der Größe, der Porträtähnlichkeit in den Stifterfiguren, der Haltbarkeit usw. entsprach, darüber hatte er durchaus ein Urteil, und damit hatte er dem Bild gegenüber stets einen festen Grund und Boden. Auch Werken gegenüber, die nicht seinem eigenen Auftrag die Entstehung verdankten, verließ ihn dieser Maßstab nicht. Er wußte, welchem Umstand die Stiftung dieses oder jenes Bildes entsprungen war, und konnte damit sagen, ob das Thema, die Heiligen, die Szenen der Predella usw., gut und bezeichnend ausgewählt war. Kurz, da ein jedes Bild zu einem Allgemeinen, zu einem Fest, zu einer Legende, zu einem großen Unglück (Überschwemmung, Krankheiten usw.) in einer festen Beziehung stand, so waren stets Anhaltspunkte gegeben, bei denen eine sachliche oder inhaltliche Kritik einsetzen konnte. Es war ein Stück Boden da, der dem Künstler und dem Publikum in gleicher Weise zugänglich war. Mochte er außerhalb des eigentlich Künstlerischen liegen, jedenfalls gab er dem Publikum das Gefühl etwas Festes und Sicheres unter den Füßen zu haben.

Dieser feste Grund und Boden fehlt heute. Wie sehr, das zeigt lehrreich genug die lebhafte Anteilnahme, die stets in Ausstellungen diejenigen Bilder finden, die noch am ehesten eine sachliche Diskussion des Publikums ermöglichen: Porträts bekannter Personen, Darstellungen miterlebter oder häufig überlieferter Vorgänge, Schlachtengemälde usw. Solche Themen aber (und das ist wichtig) sind heute zu Ausnahmen geworden. Und damit ist gerade jenes Terrain, auf dem Künstler und Publikum sich begegnen konnten, fortgefallen. Die Wahl des Themas liegt heute beim Künstler. Er malt und meißelt und zeichnet seine persönlichen Ideen, seine freiesten Phantasieen, und die Welt seiner Themen hat nur noch selten und indirekt Beziehungen zur Allgemeinheit. Kaum noch ein Bild findet das Publikum, vor dem es seine Kenntnisse zu einer sachlichen Kritik verwenden könnte. Damit ist ihm das Gefühl der Sicherheit verloren gegangen. Und das erst recht in den Dingen der Qualität. Früher konnten sich Besteller und Betrachter darauf verlassen, daß das Meisterdiplom des Betreffenden für die Güte der Arbeit garantiere. Heute fällt auch das fort. Gleichwie der Künstler heute ohne Vorschriften und Normen schafft, muß das Publikum ohne äußere Handhaben urteilen. Der Künstler gilt nur, wenn er etwas kann, und wenn er sich durchsetzt; der Betrachter kommt nur zu einem Urteil, wenn er selbst

etwas versteht. Dem einen wie dem andern nimmt keine Zunft mehr die Arbeit und den Kampf ab.

Zwischen der Künstlerschaft und den übrigen Menschen liegt also heute eine Kluft. Der Künstler, der sein Werk vor dem Publikum, auf dessen Kaufkraft er angewiesen ist, ausstellt, findet hier nicht das Urteil, das er innerlich akzeptieren könnte. Die meisten Urteile werden dazu doch zu obenhin abgegeben. Auf der andern Seite findet das Publikum die meisten (und oft gerade die wertvollsten) Werke unverständlich, allzu persönlich, und es er mangelt nach eigenem Eingeständnis allzusehr der Einsicht in das Wesen einer künstlerischen Leistung. Die neutrale Zone aber, wo beide sich in allgemein bekannten Themen und Stoffen begegneten, ist in Fortfall gekommen, und eine Gewähr schließlich für die Güte der Leistung gibt kein Titel und kein Diplom mehr ab. Liegen sich aber an irgendeinem Punkt zwei Interessensphären, die in letzter Linie doch auf einander angewiesen sind, wie Künstlerschaft und Publikum, unvermittelt, unüberbrückt gegenüber, so wird sich stets und mit notwendiger Konsequenz ein Vermittlerstand herausbilden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Existenz einer beruflichen Kunstkritik zu verstehen.

Sie ist zunächst eine Notwendigkeit für die Öffentlichkeit, soweit sich diese ernsthaft um ein innerliches Verstehen der Kunst bemüht. Jenen sichern Boden, der verloren gegangen ist, soll die Kritik dem Publikum gleichsam neu geben. Sie soll die Kluft überbrücken, das Kunstwerk näherbringen, sie soll aufmerksam machen, das Gute und Mustergültige den Sinnen einprägen helfen, soll das Wesentliche klarstellen. Die Existenz einer Kunstkritik liegt aber auch im Interesse der Künstlerschaft. Feuerbachs Behauptung »Das echte Kunstwerk bedarf keiner Vermittlung« wird durch die tägliche Erfahrung widerlegt. Das unechte Kunstwerk bedarf selten einer Vermittlung, das echte stets. Wenn Feuerbach fortfährt »Es spricht oder schweigt, je nach der Natur des Beschauers«, so würde die Konsequenz eine fast völlige Vereinsamung der Kunst sein.

XX  
**MAX QUARCK · GESUNDHEITLICHE WIRKUNGEN  
 DER FRAUENBERUFSARBEIT**



**M**ABEN die Kriegserfahrungen die wirtschaftliche, organisatorische und technische Bewährung der Frauenberufsarbeit im wesentlichen außer Zweifel gestellt<sup>1)</sup>, so steht es mit der Beurteilung des Einflusses, den die gesteigerte und vermehrte Frauenarbeit auf die gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse in der Frauenwelt ausübt, ganz anders. Hier überwiegen bei weitem die ungünstigen Urteile, zumal sie fast ausschließlich von Männern herrühren, die zwar geübte Beobachter im Arbeitsbetrieb sind, aber auch stark unter der Einwirkung der Konkurrenzbesorgnis stehen.

Aus der Porzellanindustrie wird in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 5. Juli 1916 berichtet, daß man schwere Gefahren für die Lungen der Frauen durch den starken Arbeitsstaub befürchtet, und ernste Erkrankungen

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Ausdehnung und Bewährung der Frauenberufsarbeit*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag 1209 ff.

durch die erhitzende Ofenarbeit und die Bleivergiftung bei Glaser- und Malerarbeiten für wahrscheinlich hält.

Von der Buchbinderei meint Emil Kloth in der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 27. September 1916:

»Es gibt auch hier eine ganze Reihe von Arbeiten, die körperlich anstrengend und dem weiblichen Organismus nicht zuträglich sind, wie neben dem Handhaben der Handpressen das Leimen großer Bücherstöße, bei großen Büchern das Beschneiden, Rundmachen, Glätten der Schnitte, das Fertigmachen und schwere Drucke an der Vergolderpresse.«

Freilich grenzt diese wohl etwas überängstliche Schilderung beinahe an die Behauptung, daß jede gewerbliche Arbeit ermüdend und gesundheitsschädlich ist (auch für den Mann).

Aus der oberschlesischen Hüttenindustrie wird der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 10. Mai 1916 von schwerer Nachtarbeit und im besondern aus den Kokereien berichtet:

»Die sich entwickelnden Dämpfe sind den Lungen äußerst schädlich. Die hier tätigen Frauen sehen deshalb auch hohlwangig aus. Ihr Blick ist trübe und apathisch.

Sicherlich lassen sich aus den schweren Industrien die Belege für gesundheitliche Schädigungen der Arbeiterinnen beliebig häufen; sie müßten nur von hygienisch sachkundiger Seite noch genauer nachgeprüft werden. Vor allem wäre der gesundheitsschädigende Charakter einer normalen Arbeitsverrichtung an sich, gleichmäßig für Mann oder Frau, von der schädigenden Wirkung zu unterscheiden, die jede Arbeit ausübt, wenn sie im Übermaß, während der Nacht oder in Überstunden, geleistet wird. Ferner ist zu untersuchen, welche Arbeiten nachgewiesenermaßen speziell für den weiblichen Organismus schädlich sind, während sie der männliche ohne Schaden erträgt. Die beiden ärztlichen Urteile von Dr. Freudenthal und Dr. Zadek (Berlin), die der Petition der sozialdemokratischen Frauen an den Reichstag vom 24. März dieses Jahres beigefügt sind, beschäftigen sich leider nur mit der unregelmäßigen und übermäßigen Arbeit. Sie stellen als Wirkung der Über- und Nachtarbeit auf den Frauenorganismus eine größere Häufigkeit schwerer Fälle von Nervenschwäche und Nervenzerrüttung, von Lungenspitzenkatarrhen, Herzaffektionen, Magen- und Darmerkrankungen fest. Es wäre längst die Aufgabe der Krankenkassen gewesen ihre Krankenberichte nach dieser Seite hin speziell bearbeiten zu lassen. In der Chemnitzer Metallindustrie sollen die Arbeiterinnen mit dem Steigen des Umfangs ihrer Arbeit nicht nur allgemein größere Krankheitszahlen aufweisen sondern auch verhältnismäßig höhere (Metallarbeiterzeitung vom 13. Mai 1916). Hier müßten so einwandfreie Feststellungen vorliegen, daß ohne weiteres sachgemäß eingegriffen werden könnte. Die schon erwähnte sozialdemokratische Frauenpetition an den Reichstag verlangt nur Wiedereinführung des durch das Notgesetz vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzten Frauenschutzes der Reichsgewerbeordnung sowie den Achtstundentag für Frauen mindestens in der Schwerindustrie. Eine Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Reichstag vom 2. Juni 1916 fordert außerdem das Verbot der Frauenarbeit in den Eisen- und Zinkhütten, Walz- und Hammerwerken sowie den Ausbau der Gewerbeinspektionen zu gewerblichen Gesundheitsämtern, die die körperliche Eignung der Frauen für schon bisher von ihnen ausgeübte oder neu übernommene Gewerbe zu beurteilen hätten. Der Widerwille des organisierten Arbeiters gegen die Frauenarbeit

und ihre übertriebene Ausnutzung steigert sich meines Wissens hier zum erstenmal in diesem Krieg zu der Forderung eines förmlichen Verbots. In der Eingabe wird behauptet, daß in verschiedenen Zweigen der Metallindustrie »den Frauen zurzeit Arbeitsleistungen zugemutet werden, die weit über ihr physisches Können hinausgehen und stark gesundheitsschädlich wirken«. Das wird durch Fälle aus der Arbeitspraxis des Krieges zu belegen versucht, die (wie bei den Schleiferarbeiten) nicht ohne weiteres beweiskräftig sind und der Überprüfung durch Aussagen der beteiligten Frauen und durch sachverständige hygienische Untersuchungen bedürfen.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nahm am 13. Juni dieses Jahres in Berlin eine Resolution lediglich zum Schutz der Frauenarbeit an. Sozialdemokratische Anträge im Reichstag (vom 12. und 17. Mai 1916), im preußischen Landtag (vom 3. März 1916) sowie in der bayrischen Abgeordnetenkommission (vom 23. Juni 1916) bewegten sich in der selben Richtung, wurden aber in der Hauptsache von den bürgerlichen Mehrheiten und den Regierungen mit einer Oberflächlichkeit abgelehnt, die starkes Staunen erregen muß. Im Reichstag gelangte am Schluß der 2. Session 1914-1916 lediglich eine Resolution zur Annahme, die die verbündeten Regierungen ersuchte die Beschäftigung weiblicher Personen in der Schwereisenindustrie nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit dieser Arbeiterinnen erfüllt seien. Ferner wurden Beschlüsse gefaßt, die sich lediglich auf die Zeit nach dem Krieg beziehen (baldmöglichste Beseitigung der während des Krieges eingeführten Frauenarbeit oder deren Beschränkung auf solche Berufszweige, die der Eigenart der Frau zuträglich erscheinen) und für die Dauer des Krieges nur eine Sammlung der Erfahrungen und Berichte der Gewerbeinspektoren verlangen, wobei ganz außer acht gelassen wird, daß auch dieser Verwaltungszweig durch die Einberufungen zum Fleer stark dezimiert ist. Die Neuanstellung von etwa 15 Assistentinnen in der preußischen Gewerbeaufsicht, die die Soziale Praxis im August 1916 meldete, kann nur ein ganz schwacher Ersatz für die an den Felddienst abgegebenen Kräfte der Gewerbeinspektion sein. Ihr Ausbau durch stärkste Heranziehung von weiblichen Beamten und Arbeiterinnen müßte für alle deutschen Bundesstaaten die allernächste sozialpolitische Aufgabe auf diesem Gebiet darstellen. Einzelne militärische Behörden, wie das Bekleidungsamt des 3. Armeekorps, haben durch Verordnung an die Lieferanten bestimmt, daß »bei der Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften Überstunden unter allen Umständen zu vermeiden und, wo es einigermaßen angeht, die 8stündige Arbeitszeit bei reichlichem Verdienst, unter Umständen noch kürzere Schichten einzuführen« seien. Das klingt sehr entschieden. Indessen fehlt jede Kontrolle solcher Verordnungen; sie sind auch lokal beschränkt geblieben und erstrecken sich nur auf Arbeiten, die beim Fehlen von Rohstoffen (Textilwaren) ohnedies nur in beschränktem Umfang ausgeführt werden können. Neuestens wurde durch die Presse eine Verfügung des preußischen Kriegsministeriums bekannt, in der den Kriegsbetrieben die Vermehrung der Frauenarbeit, die Schaffung von Kinderhorten und für die hygienische Seite der Frage ein enges Zusammenwirken mit der Gewerbeinspektion empfohlen wird, die »in den Fabriken diejenigen Stellen bezeichnen solle, an denen weibliche Kräfte stehen können«. Das ist ein kleiner Anfang sachverständiger Behandlung. Aber auch er zeigt nur, wie sehr nach

einheitlichen und streng hygienischen Gesichtspunkten die ganze Materie für die verschiedenen Gewerbe noch durchzuarbeiten wäre.

Die Reichsregierung hat sowohl in der Budgetkommission des Reichstags am 8. Mai 1916 als auch in den Plenarsitzungen vom 19. Mai und 7. Juni 1916, auch nachdem der Verfasser dieses Aufsatzes einen letzten, dringenden Appell an sie zu richten versuchte, eine leider nur zu unentschiedene und zögernde Haltung eingenommen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die folgenden Sätze die Auffassung der Regierung in kürzester Formulierung wiedergeben:

»Die zur Durchführung des Arbeiterschutzes geltenden Bestimmungen sind während des Krieges auch nach Möglichkeit aufrechterhalten worden. Von der Befugnis, die dem Reichskanzler durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 erteilt worden ist, allgemeine Ausnahmen davon zuzulassen, ist keinerlei Gebrauch gemacht worden. Nur von Fall zu Fall sind einzelnen Betrieben Ausnahmen gestattet worden. Der Reichskanzler hat in einem Rundschreiben an sämtliche Bundesregierungen das dringende Ersuchen ausgesprochen, es möge sorgfältigst darauf Bedacht genommen werden die Ausnahmewilligungen auch in einzelnen Fällen nur bei allerdringendstem Bedürfnis zu erteilen. Es wird vor allem darauf gehalten, daß die Frauen in den Schwerindustriebetrieben nicht mehr als 8 Stunden beschäftigt werden, und es sind nur ganz geringe Ausnahmefälle, in denen eine längere Schichtdauer zugelassen worden ist. Auch die Überwachung der Gewerbe bezüglich der Innehaltung des Arbeiterschutzes durch die Gewerbeaufsichtsbeamten findet während des Krieges in der selben Weise wie früher statt. In letzter Zeit ist zum Beispiel in Preußen eine größere Anzahl von Assistentinnen der Gewerbeaufsicht neu eingestellt worden.«<sup>2)</sup>

Angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Wichtigkeit der Frauenberufsarbeit im Krieg, die tiefgehende Umwälzungen erfährt und verursacht, kann dieses Regierungsprogramm, das aller und jeder Deutung fähig ist und, wie wir oben sahen, örtlich höchst ungleichmäßig und unzureichend durchgeführt wird, auch keinerlei besondere Vorkehrungen gegen besonders tiefgehende Gesundheitsschädigungen kennt, nur als ganz unzureichend bezeichnet werden. Das wird auch noch nicht dadurch erklärt, daß man sich etwa von der Sorge um den Munitionsbedarf und die Aufrechterhaltung anderer industrieller Betriebe treiben ließe. Denn die amtlichen Feststellungen im Reichsarbeitsblatt selber ergeben ja, daß bis in die neueste Zeit hinein noch eine gewisse Reservearmee von Frauen vorhanden war. Es fehlt also durchaus noch nicht an Vorrat an weiblicher Ersatzarbeit. Es fehlt aber an zureichendem Verständnis für die besonderen gesellschaftlichen und gesundheitlichen Bedingungen, die für die pflegliche Anwendung beliebig erweiterter Frauenerwerbsarbeit geschaffen werden könnten und müßten, wenn man sich der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft bewußt wäre. Warum erhält der Reichstag keinen ziffermäßigen Nachweis über die Ausnahmewilligungen, die die Bundesregierungen erteilt haben? Nur aus Bayern ist amtlich bekannt geworden, daß bis zum Herbst 1914 im ganzen in 359 Betrieben Ausnahmen für 30 769 erwachsene Arbeiterinnen und Jugendliche, Ende September 1915 aber nur noch 153 Ausnahmen für rund 6600 Frauen und Jugendliche in Kraft waren. Wenn Bayern solche Nachweise zu führen vermag, warum nicht Preußen, Sachsen, Württemberg usw.? Warum wird die Behauptung nicht zahlenmäßig widerlegt, daß der angeblich in der Schwerindustrie festgelegte Achtstundentag durch zahllose Nacht- und Überstunden so gut wie aufgehoben

<sup>2)</sup> Siehe Frauennarbeit während des Krieges, im Reichsarbeitsblatt, 1916, pag. 742.

ist? Wenn der Unterstaatssekretär Richter in der Reichstagsitzung vom 19. Mai 1916 in seiner Rede deutlich erkennen ließ, daß für die Reichsregierung auch nach Friedensschluß noch nicht die Wiedereinführung, geschweige denn eine Verbesserung des Frauenschutzes ohne weiteres feststeht, so fehlt eben das Eingehen auf sozialpolitische Gesichtspunkte und Tatsachen, in deren Beobachtung private Forschung schon weiter fortgeschritten ist als die amtlichen Stellen.

Notwendig ist, daß nicht mehr die einzelnen Verwaltungsstellen des Reichs und der Bundesstaaten sowie die lokalen Gewerbeinspektionen unzusammenhängend und fast ohne jede gegenseitige Fühlung über die Bedingungen der Frauenberufsarbeit je nach dem augenblicklichen Kriegsbedürfnis befinden, sondern daß das Reich für eine großzügige und einheitliche Regelung nach sozialen und hygienischen Gesichtspunkten sorgt.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Politik / Max Schippel

England: Regie- Daß die gewaltigen mili-  
rungswechsel tärischen und wirtschaft-  
lichen Leistungen Deutsch-  
lands allmählich auf die öffentliche  
Meinung des Auslands, sei sie noch so  
harthörig und noch so irreführt, ihren  
Eindruck nicht verfehlen, zeigt England  
selber am besten. Allerdings verstärkt  
hier die klarere Erkenntnis der Tatsa-  
chen den rücksichtslosen Kriegswillen.  
Die niederschmetternden Mißerfolge auf  
dem Balkan, die anschwellenden Befür-  
chtungen wegen des Unterseekreuzer-  
kriegs, die sich steigende Verteuerung  
fast aller Massenverbrauchswaren hatten  
allgemein eine Stimmung des Unbehagens  
und Mißtrauens erzeugt, die sich  
gegen Ende November zu einer Wetter-  
wolke für die leitenden politischen Per-  
sönlichkeiten zusammenballte. Die Ab-  
wehr der feindlichen Flugzeuge wie die  
Entwicklung des heimischen Flug-  
wesens wurde als ganz ungenügend und  
planlos bezeichnet. Zum Teil in Zu-  
sammenhang damit und mit nicht miß-  
verständlichem Hinweis auf Balfour  
kehrte sich die erbitterte Kritik alsdann  
gegen die verknöcherte Admiralität, die  
sich, wie die wachsenden Verluste durch  
die Unterseeboote bewiesen, von den  
Ereignissen treiben lasse, ohne sie vor-  
zusehen und ihnen irgendwie zuvor-  
zukommen; nicht einmal die dringend  
notwendige Bewaffnung aller Handels-  
dampfer und die Ersatzbauten für die  
Lücken rückten ernstlich vom Fleck,  
weil die unermülich vorwärtstreibende

einheitliche Führung fehle. Sehr bald  
jedoch flogen die Pfeile höher hinauf.  
Das vielköpfige, und gerade wegen seiner  
Vielköpfigkeit schwerbewegliche Mi-  
nisterium Asquith bedürfe einer festern  
Leitung, mit außerordentlichen Vollmachten,  
die vollkommen von der unerträglichen  
lähmenden Abhängigkeit von 22  
mitbeschließenden Köpfen zu befreien  
bestimmt wären. Da Lloyd George, einst  
der radikale Sozial- und Steuerreformer,  
Lords- und Landlordshasser, heute der  
Vertrauensmann der Northcliffe und  
Carson, neuerdings am leidenschaftlichsten  
diese Forderung verfocht, mit unverhüllter  
Spitze gegen den Premier Asquith, so war  
die Zersetzung im Ministerium selber  
sehr bald in vollem Gang. Nach ein paar  
Verständigungsversuchen, durch die  
Asquith seine maßgebende Stellung auch  
in dem vorgeschlagenen engeren Kriegs-  
ausschuß zu sichern suchte, brach die  
unvermeidliche offene Krisis aus. Asquith  
reichte notgedrungen seine Entlassung ein,  
und Lloyd George wurde, nachdem der wie  
üblich zum König berufene Führer der  
konservativen Gegenpartei Bonar Law  
abgelehnt hatte, mit der Neubildung eines  
nationalen Ministeriums, ohne Rücksichten  
auf Parteiunterschiede, betraut. Die neue  
Regierung hat als festen Kern des größern  
Ministerrats ein leitendes Kabinett von 5  
Mitgliedern (aus der unionistischen, der  
liberalen und der Arbeiterpartei), die,  
ebenfalls mit Lloyd George an der Spitze,  
zugleich den Kriegsrat bilden. Damit ist  
das liberale Regime, das 1905 zum Sieg  
gelangte, und in dem bis

1908 Campbell-Bannerman, nach dessen Tod Asquith das Steuerruder in Händen hielt, beendet. Im Mai 1915 erfuhren es die erste große Einschränkung, als der Krieg dazu zwang die parlamentarische Parteigrundlage breiter zu wählen und zu einem Koalitionsministerium, unter Heranziehung der hervorragendsten Konservativen, überzugehen. Aber Schritt vor Schritt wich dann Asquith noch weiter vor dem Drängen der Unionisten zurück, sogar auf dem Gebiet der handelspolitischen Neuorientierung, auf dem der alte Cobdenit zuletzt die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz mit der Schärfe eines alten Kampfzöllners vertrat (siehe meinen Artikel, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 942 f.).

× **Rußland: Regie-** Als Gewinn kann die eng-  
**lungswechsel** lische Kriegspartei vor-

läufig auch den russischen Regierungswechsel buchen. In dessen Vorgeschichte trat jedoch die englische Mache so aufdringlich hervor, daß spätere Rückschläge durchaus nicht unwahrscheinlich sind, und gleich nach seinem Abschluß führte er zu einer amtlichen Festlegung des russischen Kriegsziels, die in England recht gemischte Empfindungen wachrufen wird. Die wiedereröffnete Duma ließ in ihrer ersten Sitzung am 14. November die englische Armee und den anwesenden englischen Botschafter Sir George Buchanan, den Gönner des entlassenen Sasonow, demonstrativ hochleben, ehe sie sich in ihrer Blockerklärung für den Kampf bis zum endgültigen Sieg über den preußischen Militarismus und gegen jeden Sonderfrieden aussprach. Am 24. November wurde der Ministerpräsident Stürmer durch Trepow ersetzt. Die erste Rede Trepows jedoch gab einen sehr eindeutigen Bescheid auf Fragen, die die englische Regierung noch kürzlich im Londoner Parlament wohlweislich ausweichend beantwortet hatte: »Seit mehr als 1000 Jahren strebt Rußland nach Süden, zum freien Ausgang ins offene Meer. Der Schlüssel zum Bosphorus und zu den Dardanellen, der Schild des Oleg über dem Tor von Konstantinopel: das sind die Jahrhunderte alten Träume, die dem russischen Volke zu allen Zeiten seines Bestehens vertraut waren. Die Wünsche sind seit Kriegsbeginn der Erfüllung nahe. . . Rußlands Lebensinteressen werden von unseren treuen Verbündeten gerade so gut verstanden wie von uns selbst. Des-

halb bestimmte die Vereinbarung, die wir 1915 mit Großbritannien und Frankreich geschlossen haben und der Italien beitrug, endgültig Rußlands Recht auf die Meerengen und auf Konstantinopel. In Übereinstimmung mit unseren Alliierten wird heute die Erklärung über diese Vereinbarung von dieser Tribüne aus abgegeben werden. Ich wiederhole: Die vollständige Übereinstimmung über diesen Punkt ist unter den Alliierten fest begründet.« Weiter bestehe kein Zweifel darüber, »daß Rußland, nachdem es die freie Zufahrt in das Mittelmeer souverän in Besitz genommen haben wird, der rumänischen Flagge, die nicht zum erstenmal im Kampfe neben den russischen Bannern steht, freie Schifffahrt gewähren wird«. Dieses erstmalige offene Bekenntnis, obwohl in Fühlungnahme mit Sir Buchanan erfolgt, klingt fast wie eine Mahnung an England über dem England nähergelegenen Westen den für Rußland ungleich wichtigeren Osten nicht allzusehr, wie seit der Preisgabe der Dardanellenexpedition, zu vernachlässigen. Außerdem dürfte es zu weiteren Erkundigungen anregen, welche Inselschildwachen das hochherzig-freigebügelte Albion denn vor den Meerengen als Gegenleistung in Aussicht genommen und vielleicht bereits ausdrücklich ausbedungen habe. Ob eine derart sich fortspinnende Erörterung auf die Dauer sowohl England wie Rußland genehm sein kann, ist billig zu bezweifeln. In der Entente sind eben zu viele ungleichartige Interessen künstlich zusammengeschweißt, als daß dort ein bestimmteres Eingehen auf Einzelheiten so leicht ertragen werden könnte.

× **Kriegspublikationen** Als nachdenklichste aller Kriegsschriften dieses Jahres wäre Alexander Red-

lichs hier bereits gelegentlich genannte Studie Das europäische Problem /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ hervorzuheben. Die wirtschaftliche Hegemonie Englands sei nur durch eine, weit über den mitteleuropäischen Rahmen hinaus reichende Solidarität der europäischen Staaten zu bekämpfen, vor allem auch durch das Aufheben der unfruchtbaren französisch-deutschen Spannung. Unter diesem Gesichtswinkel müsse auch davor gewarnt werden »zwischen europäischen Staaten einerseits und Rußland andererseits Konfliktstoffe bestehen zu lassen oder gar neu zu schaffen, die im Vergleich zu unseren

eigentlichen Aufgaben nebensächlich sind, ja zu diesen Aufgaben im Widerspruch stehen. Im Vergleich zu den großen Zielen ist es verfehlt eine wesentliche Grenzverschiebung zwischen dem europäischen Rußland und dem übrigen Europa als erstrebenswertes Ziel in den Vordergrund zu stellen. Wir dürfen insbesondere nicht damit rechnen, daß wir uns in den von der russischen Herrschaft zu befreienden Völkern etwa Bundesgenossen schaffen würden.« Die Hochflut der deutschen Schriften über England zeigt noch lange kein Zurückweichen. Paul Dehn und Albert Zimmermann begannen mit der Herausgabe einer ganzen Schriftenreihe England und die Völker /Hamburg, Deutsche nationale Buchhandlung/. Paul Dehn selber behandelt hier die englischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in geschichtlichem Rückblick wie in einem Ausblick auf die zu lösenden Zukunftsfragen. Er hält das heutige freundschaftliche anglo-amerikanische Verhältnis für etwas ganz Künstliches und sogar Widernatürliches; England werde nach etwaiger Überwindung des Deutschen Reiches seine ganze Aufmerksamkeit den Gefahren seitens Amerikas und seiner Flotte zuwenden. Eine Interessengemeinschaft bestehe in Wirklichkeit nicht, und nach der Niederringung Deutschlands würden die Rivalitäten und Gegensätze wieder mehr und mehr hervortreten. Vizeadmiral Hermann Kirchoff (England und Skandinavien) legt dar, wie England in den Ostseefragen stets eine Macht gegen die andere ausspielte und zuletzt durch seine rücksichtslose Handhabung des Seekriegsrechts die nordische Schifffahrt und den skandinavischen Handel schwer schädigte, soweit sie nicht englischen Interessen zu dienen bereit waren. Ähnlich schildert Professor Ed. Heyck die Beziehungen Englands zu Holland. In die gleiche Gruppe gehört eine Schrift des Prager Geschichtsprofessors Ottokar Weber Österreich und England /Warnsdorf, Strache/: Der Inselstaat habe stets nur seinen eigenen Vorteil gesucht und die Donaumonarchie immer dann im Stich gelassen, wenn dieses für seine Interessen lohnender erschien. Seinem Lieblingsgedanken folgt der immer geistvolle D. Trietsch auch in seiner neuesten Schrift Kriegsziele gegen England /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/: Durch die riesige Ausdehnung seines Kolonialbesitzes sei England im letzten Menschenalter verwundbarer geworden, vor

allem innerhalb der Zone des Islams; am Suezkanal lasse sich das britische Imperium in seinem Lebensnerv treffen. Ferner sei die frisch geschriebene Broschüre des den Lesern der Sozialistischen Monatshefte wohlbekannten Genossen Herman Kranold England unser Feind für immer? /Tübingen, Kloeres/ erwähnt. England, ein Britenspiegel /Stuttgart, Robert Lutz/ nennt Erwin Rosen eine Sammlung an sich nicht uninteressanter und oft durch ihre Urheber wichtiger Urteile. Leider unterbleiben dabei alle näheren Quellenangaben, und der bloße Vermerk Sir Edward Grey 1914, die Times 1915 oder Helmolts oder Schlossers Weltgeschichte reicht zur Nachprüfung nicht aus. Eine Schilderung der Konzentrationslager und eine Geschichte des deutschen Gefangenwesens in England von Kriegsbeginn bis Frühjahr 1916 bietet H. E. Benedix unter Heranziehung fesselnder Erlebnisse und Eindrücke (In England interniert /Gotha, Perthes/). Den Wert und die politische Wirkung des Helgolandvertrags haben die meisten Deutschen wohl erst durch den Weltkrieg richtig schätzen gelernt. Seine Vorgeschichte und seine Unentbehrlichkeit schildert mit Hilfe des besten Quellenmaterials Maximilian von Hagen in einem Heft der deutschen und österreichischen Schriftenfolge Weltkultur und Weltpolitik /München, F. Bruckmann/: Geschichte und Bedeutung des Helgolandvertrags.

Zum »Haß gegen das offizielle Rußland, gegen das Rußland des Zaren Nikolaus II.« fordert ein russischer Staatsmann im Exil auf (Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems /Wien, Anzengruberverlag/). Über die Deutschen in Rußland spricht sich auf Grund eigener Anschauungen und vieljähriger Studien Friedrich Dukmeyer aus /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/. Über Rußlands Entwicklung und die ukrainische Frage Hermann Jacobsohn /Kassel, Pillardy & Augustin/. Auch Otto Kessler hat unter dem Titel Die Ukraine Beiträge zur Geschichte, Kultur und Volkswirtschaft herausgegeben /München, J. F. Lehmann/.

Ein ungenannter Verfasser, selber Georgier, entwirft ein Bild der georgischen Leiden unter dem russischen Despotismus (Georgien und der Weltkrieg /Zürich, Orientverlag/). Die armenischen Greuel sucht C. A. Bratter auf englische und russische



Zettelungen zurückzuführen (Die armenische Frage /Berlin, Concordia/).

Das österreichisch-ungarische Rotbuch betreffend die Beziehungen zu Rumänien seit der Vorbereitung des Weltkrieges bis zur Kriegserklärung Rumäniens selber, ist durch den Manzschner Verlag in Wien auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht worden.

In Teubners Sammlung Aus Natur und Geisteswelt hat der ehemalige ottomanische Regierungsrat Paul R. Krause ein trefflich zusammenfassendes Bändchen über die Türkei veröffentlicht. In der Jäckh'schen Deutschen Orientbücherei /Weimar, Kiepenheuer/ gibt Professor Alfr. Philippson eine geographische Übersicht über das Türkische Reich, während Tekin Alp über Türkismus und Pantürkismus, das heißt über das stärkere Erwachen eines türkischen Nationalbewußtseins und über das Ideal eines Großtürkentums und der türkischen Irredenta schreibt. Auch hier wären zwei lehrreiche Schriften von Davis Trietsch anzureihen. Im Aufstieg des Islam /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ wird die Bedeutung der islamischen Welt in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht betont, und zwar speziell für Deutschland und Österreich-Ungarn. In den Juden der Türkei /Leipzig, Veit/ sieht Trietsch das beste Bindeglied zwischen den eigentlichen Mittelmächten und dem Osmanischen Reich.

Auch das amerikanische Problem reizt zu immer neuen Äußerungen. Ludwig Fulda, der mehrfach als gefeierter Gast längere Zeit in den Vereinigten Staaten weilte, sucht die überraschende Parteilichkeit Amerikas zugunsten Englands volkpsychologisch zu beleuchten und zu erklären (In Amerika und Deutschland während des Weltkrieges /Dresden, Globus/). Ein ungenannter Verfasser, der offenbar gleichfalls mit amerikanischen Verhältnissen vertraut ist, sieht die Strafe Amerikas voraus /Berlin, Bong/: eines Tages werde England die Forderung stellen die Schifffahrtssubventionen und die Vergrößerung der Flotte einzustellen und bei Ablehnung den Krieg herbeiführen. In einem der Kriegshefte aus dem Industriebezirk /Essen, Baedeker/ untersucht der bekannte Völkerrechtsdarsteller Dr. Hans Wehberg die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen an Deutschlands Gegner. Die Wandlungen der Monroedoktrin in den Auseinandersetzungen wegen der spanischen Inselwelt, wegen Panamas und Mexicos,

mit Japan und noch anderen Mächten analysiert in sehr belehrender Weise Emil Engelhardt in seiner Arbeit Die Praxis der Monroedoktrin /Dresden, Globus/.

In Hettners Kriegsschauplätzen /Leipzig, Teubner/ stellt Professor Frech (Breslau) im 5. Heft Armenien und Mesopotamien dar.

× Kurze Chronik Der deutsche Reichstag nahm am 2. Dezember den Entwurf eines Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst in 3. Lesung an: mit 235 gegen 19 Stimmen (der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft), bei 8 Stimmenthaltungen (seitens der sozialdemokratischen Fraktion). Über das Gesetz, wie es sich im Reichstag gestaltet hat, wird hier in der Rundschau Sozialpolitik (in diesem Band, pag. 1319 f.) berichtet. × Der Feldzug gegen Rumänien gipfelte am 6. Dezember in der Besetzung von Bukarest und Ploesci, den beiden großen Eisenbahnknotenpunkten des rumänischen Gebietszentrums. × Die fortschreitende Vergewaltigung Griechenlands durch die Entente führte am 1. Dezember in den Straßen von Athen zu den ersten blutigen Zusammenstößen mit griechischen Truppen, nachdem Admiral Fournet die Auslieferung der Waffen verlangt hatte, was die griechische Regierung endgültig ablehnte. Dafür hat Veniseos in den letzten Novembertagen Bulgarien und Deutschland den Krieg erklärt. Die Gesandten des Vierbunds mußten auf Aufforderung Fournets, des Befehlshabers der feindlichen Seestreitkräfte in den griechischen Gewässern, am 22. November Griechenland verlassen. Am 8. Dezember verhängten die Alliierten über Griechenland die Blockade, die sie bis zur Erhaltung von *Genugtuung* für die letzten Vorfälle aufrechterhalten wollen.

#### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Landwirtschaftliche Genossenschaften Am 26. Oktober tagte in Berlin der 31. Genossenschaftstag des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Zahlreiche Vertreter der Behörden waren anwesend; auch der Zentralverband deutscher Konsumvereine hatte zwei Vertreter entsandt: H. Kaufmann und Dr. A. Müller. In seiner Begrüßungsrede hob der Vorsitzende, Landesökonomierat Johannes

(Hannover) hervor, daß, wenn Deutschland in diesem Krieg landwirtschaftliche Leistungsfähigkeit bewiesen habe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften für sich in Anspruch nehmen dürften einen nicht geringen Teil dazu beigetragen zu haben. An den Kriegsanleihen waren die Spar- und Darlehnskassen mit mehr als 1½ Milliarden beteiligt. Den Jahresbericht für 1914-1915 gab der Anwalt Gennes (Berlin). Er betonte, daß das Gesamtbild des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens seit Ausbruch des Krieges so günstig sei wie es die größten Optimisten in den eigenen Kreisen nicht erwartet hätten, und machte über den Stand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens folgende Mitteilungen: Am 1. Juni 1916 gab es im Deutschen Reich 28 752 landwirtschaftliche Genossenschaften, die sich in 97 Zentralgenossenschaften, 17825 Spar- und Darlehnskassen, 2867 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3594 Molkereigenossenschaften und 4369 sonstige Genossenschaften gliederten. Die Spar- und Darlehnskassen befassen sich größtenteils auch mit dem gemeinsamen Warenbezug. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften trotz dem Krieg um 197 zugenommen, 18 893 Genossenschaften, die sich auf 31 Landes- und Provinzialverbände verteilen, gehören dem Reichsverband an.

Der Genossenschaftstag nahm eine Resolution an, in der es heißt: »Das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat sich in seinem derzeitigen Aufbau und seinen Einrichtungen auch im Kriege bewährt. . . Ein verständnisvolles gemeinsames Arbeiten zwischen Genossenschaften und Kommunalverbänden ist da, wo es am Platze ist, im Interesse einer gesunden Vorratswirtschaft und Sicherung der Versorgung der Bevölkerung im Krieg und in Notstandszeiten zu empfehlen. Die Reichs- und Staatsbehörden sind zu bitten die Ausbreitung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens schon jetzt während des Krieges nach jeder Richtung zu fördern.« Ferner wurde eine von Direktor Ocker (Hannover) begründete Resolution angenommen, die einen weiteren Ausbau der Viehverwertungs-genossenschaften, die sich während des Krieges so glänzend bewährt haben, fordert. Insbesondere sei eine stärkere Heranziehung dieser Genossenschaften bei der Heeresversorgung

zu erstreben. Die bestehenden Genossenschaften seien in den einzelnen Provinzen und Landesteilen zu Zentralgenossenschaften zusammenzuschließen. Endlich sei auch hier noch die für die Genossenschaftsbewegung wie für unsere Volksernährung gleich wichtige Tatsache erwähnt, daß sich eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den städtischen Konsumgenossenschaften anzubahnen beginnt (siehe darüber auch den Artikel Feuersteins, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1296 ff.).

× ×  
**Konsumenten-** Die Tätigkeit des Kriegs-  
**kammern?** ausschusses für Konsumenteninteressen hat die Frage entstehen lassen, ob nicht auch in Friedenszeiten dauernde gesetzliche Vertretungen der Verbraucherinteressen, sogenannte Konsumentenkammern, geschaffen werden sollten, die sich den bereits bestehenden Interessenvertretungen von Industrie, Handel und Gewerbe zur Seite stellen könnten. Eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstands, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbands deutscher Konsumvereine beschäftigte sich unter anderm auch damit. Everling (Hamburg) bezeichnete es als Aufgabe solcher Konsumentenkammern auch in Friedenszeiten die Preiswürdigkeit der Waren nachzuprüfen, eine richtige Deklaration der Waren durchzuführen, die Überwachung der Herstellung von Nahrungsmitteln, die Festsetzung von Verkaufszeiten, die Errichtung von Auskunftsstellen für Konsumenten usw. vorzunehmen. Er trat dafür ein, daß die Konsumentenkammern von solchen wirtschaftlichen Organisationen zu wählen seien, die sich aus Lohnempfängern zusammensetzen, die also keine direkt widerstreitenden Interessen den Konsumenten gegenüber haben. Auch die folgenden Redner beschäftigten sich besonders mit der großen Schwierigkeit, die darin liegt den Kreis der für die Wahlen zu den Konsumentenkammern berechtigigten Personen genau zu bestimmen, da ja schließlich jeder, ob Proletarier, ob Millionär, Konsument ist. Hartmann (Rudolstadt) und Lorenz (Hamburg) wollten die Konsumentenkammern so lange geforderten Arbeiterkammern angeschlossen sehen. Das Wichtigste, meinte Lorenz, sei freilich eine geschlossene Konsumentenorganisation herzustellen, wie sie durch die Konsumvereine repräsentiert

werde, und diese dann bei allen wichtigen Fragen der Lebensmittelversorgung des Volkes in ganz anderer Weise, als dies bisher geschehen sei, zu berücksichtigen. Feuerstein (Stuttgart) stellte sich auf den Standpunkt, man müsse von den Handelskammern fordern, daß sie den Konsumvereinen eine den Kleinhandelsausschüssen entsprechende Anzahl von Vertretern einräumen, wozu Vieth (Hamburg) erklärte, daß in Hamburg, wo der Handelskammer bereits eine Detaillistenkammer angegliedert sei, eine solche Forderung wohl Aussicht auf Durchsetzung habe. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Vorstand des Zentralverbands deutscher Konsumvereine auffordert zu erwägen, in welcher Form den Konsumenten eine ähnliche, von Staats wegen eingesetzte und anerkannte Vertretung geschaffen werden könne, wie sie die Landwirtschaft, der Groß- und der Kleinhandel und das Gewerbe seit langem besitzen. Über diese Frage ist in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau eine Diskussion eröffnet worden, deren Ergebnisse hier noch mitgeteilt werden sollen.

×  
 Ententekongreß Langsam bricht sich in  
 1916 allen Ländern durch den

Nebel chauvinistischer Verirrung der Geist der Vernunft und der Menschlichkeit Bahn. Der am 22. und 23. September in Paris abgehaltene Kongreß der Genossenschaften der Ententländer ließ, wenn auch seine Einberufung selbst einen Akt der Unfreundlichkeit gegenüber den *feindlichen* Genossenschaften darstellte, und trotz allerhand Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten, gemessen an früheren Äußerungen englischer und französischer Genossenschaftler immerhin einen großen Fortschritt erkennen. Vor allem war es ein Gedanke, der aus allen Reden und Beschlüssen hervorklang: daß nämlich der jetzige Krieg der Waffen nicht später in einem Wirtschaftskrieg seine Fortsetzung finden dürfe, unter dem letzten Endes doch nur die breiten Massen des Volkes in den einzelnen Ländern zu leiden hätten.

Professor Gide hielt eine Rede über die Bedingungen des künftigen Friedensschlusses. Die von ihm, Poisson, Pellizari, Pollit und Paulsen ausgearbeitete und vom Kongreß einstimmig angenommene Resolution empfiehlt Handelsverträge zwischen den alliierten Ländern, die eine Förderung des gegenseitigen

Verkehrs unter allen Formen (Transporte, Korrespondenzen, Einwanderungen, Naturalisierungen, Vereinheitlichung der Arbeiterschutzgesetze usw.) bezwecken und möglichst das Prinzip der offenen Tür unter diesen Staaten zur Geltung bringen sollen. Diese Handelsverträge sollen, sobald der Internationale Genossenschaftsbund den Augenblick dafür als gekommen erachtet, auf andere Länder ausgedehnt werden, jedoch nur auf solche, die sich bereit erklären ihre Differenzen durch ein internationales Schiedsgericht austragen zu lassen. Den gegenwärtig neutralen Ländern gegenüber soll in möglichst weitgehendem Maß das Prinzip der Meistbegünstigung zur Anwendung kommen. Über die Mittelmächte heißt es dann: »Was Deutschland, Österreich und deren Verbündete anlangt, so ist von jeder Idee eines systematischen Boykotts einer oder mehrerer Nationen, der keinen andern Zweck als deren kommerziellen Ruin hätte, abzusehen. Dagegen ist ihnen der freie Zutritt zu den Märkten der Ententländer nur dann zu gestatten, wenn sie geneigt sind gleich den alliierten Nationen vollständig den im 1. Abschnitt [Anerkennung internationaler Schiedsgerichte] stipulierten Bedingungen zuzustimmen.« Ferner wird in der Resolution die Schaffung neuer Industrien gewünscht, die der nationalen Tätigkeit einen größeren Aufschwung zu geben vermögen. Doch dürfe die Handelspolitik nicht danach trachten jedes Land vom Ausland unabhängig zu machen; an dem Grundsatz der Arbeitsteilung und der internationalen Zusammenarbeit aller Länder sei vielmehr festzuhalten. Eine Kritik dieser Resolution vom politischen und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus kann in dieser Rundschau, die lediglich der Genossenschaftsbewegung gewidmet ist, nicht gegeben werden.

Der Kongreß beschloß ferner, daß jede Nation ein Komitee ernennen solle, das mit der Einziehung von Beiträgen im eigenen Land zugunsten der Wiederherstellung der vom Krieg heimgesuchten Genossenschaften zu beauftragen sei. Die gesammelten Beiträge sollen dann von einem interstaatlichen Komitee verteilt werden. Endlich wurden noch zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine im Namen der auf dem Kongreß vertretenen Genossenschaften Großbritanniens, Schottlands, Belgiens, Italiens und Frankreichs den genossenschaftlichen Vereinigungen Rußlands.

Serbiens und Rumäniens, die wegen der Verkehrsschwierigkeiten sich nicht an dem Kongreß beteiligen konnten, ihre herzliche Sympathie ausdrückt, während die andere die Bildung eines internationalen statistischen Bureaus mit Handelscharakter empfiehlt, das den Anfang einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft zu bilden hätte.

× Kurze Chronik Die 5 großen Genossenschaftsverbände des Deutschen Reichs haben sich in einem Freien Ausschuß einen Sammelpunkt für Beratung allgemeiner genossenschaftlicher Fragen geschaffen. Dieses lose Gebilde, das die Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der beteiligten Verbände in keiner Weise beeinträchtigt, bringt eine engere Fühlungnahme der verschiedenen Genossenschaftsarten mit einander, stellt somit den ersten Versuch einer Zusammenfassung der genossenschaftlichen Kräfte dar. × Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Reichsverband deutscher Konsumvereine und der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften haben gleichlautend Eingaben an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts gemacht, in denen gegen die Errichtung eigener städtischer Verkaufsstellen Stellung genommen und im Gegensatz hierzu die Gründung von Einkaufsorganisationen gewünscht wird, die die durch den Kommunalverband oder durch die Kriegsgesellschaften bezogenen Waren in rationeller Weise an den Kleinhandel und die Verbraucherorganisationen verteilen. × Eine umfangreiche Kriegsfürsorge hat die Großeinkaufsgesellschaft für ihre Angestellten organisiert. Die zum Heeresdienst Einberufenen erhalten zunächst, wenn verheiratet, für 4 Wochen, wenn unverheiratet, für 2 Wochen den vollen Lohn ausgezahlt. Dann wird an die Familien ein Zuschuß zur öffentlichen Familienunterstützung gewährt, der seit dem 1. Oktober dieses Jahres für die Ehefrau 27 Mark und für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Mark beträgt. Alle Kriegsteilnehmer sind bei der Kriegsversicherung der Volksfürsorge versichert, und zwar ledige mit 3, verheiratete mit 6 Anteilen. Soweit möglich, wird die Krankenversicherung der Einbezogenen fortgesetzt, wobei die Gesellschaft die Beiträge zahlt. Insgesamt

wurden in den beiden ersten Kriegsjahren für die Kriegsfürsorge der Angestellten sowie die öffentliche Fürsorge 726 891 Mark aufgewandt. × Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat in ihrem am 30. Juni abgeschlossenen 17. Geschäftsjahr die Zahl ihrer Mitglieder um 16 000 auf 110 000 vermehrt und hat sich damit an die Spitze aller deutschen Konsumvereine gestellt. Der in 124 Verkaufsstellen erzielte Umsatz betrug 24,2 Millionen Mark gegen 17,8 Millionen im Vorjahr, wovon 6,9 Millionen (4,7 im Vorjahr) auf die Bäckerei entfielen. Nach Abzug der den Mitgliedern statutarisch zustehenden 5 % Rabatt ergab sich ein Reingewinn von 261 831 Mark, der den verschiedenen Fonds überwiesen wird. × Der Konsumverein Vorwärts in Dresden steht mit 72 000 Mitgliedern (2400 mehr als im Vorjahr) hinter der Berliner Genossenschaft zurück, übertrifft sie aber noch immer mit seinem nahezu 26 (im Vorjahr 23) Millionen Mark betragenden Umsatz. Dieser Verein besitzt 135 Verkaufsstellen, 33 Wohn- und Geschäftshäuser und 2 Bäckereien, die einen Umsatz von 5½ Millionen Mark hatten.

× Literatur Trotz der Papiernot erschien in unverändertem Umfang das Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine für das Jahr 1916. Die Einteilung ist die gleiche geblieben wie in den früheren Jahren. Der 1. Band enthält zunächst eine Reihe allgemeiner Artikel, aus denen die Arbeit Dr. A. Müllers über die Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Krieg und die von Heinrich Kaufmann gegebenen Übersichten über den Stand und die Entwicklung der 5 großen deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände, den Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1916 und über den Zentralverband deutscher Konsumvereine selbst hervorgehoben seien; diese Übersichten sind durch ein reichhaltiges Tabellenwerk ergänzt. Das letzte Kapitel des Jahresberichts bringt eine Darstellung der Entwicklung der dem Zentralverband angegliederten Verlagsgesellschaft. Es folgen sodann der Jahresbericht der Unterstützungskasse, der Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts, der Fortbildungskommission, der Jahresbericht der Großeinkaufsgesellschaft und endlich die Berichte über die Verhandlungen des diesjährigen Ge-

nossenschaftstages und der Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft. Im 2. Band findet sich alles vereinigt, was die einzelnen Revisionsverbände betrifft. Man kann das Jahrbuch des Zentralverbands wiederum als ein vorzügliches Nachschlagewerk für die gesamte deutsche Genossenschaftsbewegung auf das wärmste empfehlen. X Ein eigenartiges Stück Genossenschaftsbewegung, das jetzt noch ein gewisses aktuelles Interesse hat, wird uns in einer Schrift Die Entwicklung der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien von Władysław Tomaszewski geschildert /Posen, Winiewicz/. Diese von kirchlich-katholischer Seite, im Widerstand gegen den preußischen Staat, gegründete Bewegung geht in ihren Ursprüngen bis auf den Anfang der sechziger Jahre zurück. Sie umfaßt heute 3 Typen von Genossenschaften: Kreditgenossenschaften, Parzellierungsgenossenschaften und Einkaufs- und Absatzvereine unter der Firma Rolnik. Die Zahl der dem Schulze-Delitzschen System sich annähernden Kreditgenossenschaften betrug 1912 197 mit 121 875 Mitgliedern. Die Parzellierungsgenossenschaften haben vor allem die Aufgabe der Ausbeutung der kleinen Besitzer durch die Güterhändler Einhalt zu tun. 1911 bestanden 23 solcher Genossenschaften mit einem Geschäftskapital von 1 760 364 Mark. Die dem polnischen Verband angehörenden Einkaufs- und Absatzvereine zählten 1911-1912 7768 Mitglieder und vermittelten in dem genannten Jahr 1 039 862 Zentner Kohlen, 1 783 881 Zentner künstliche Düngemittel, 2 516 106 Zentner Getreide, 209 776 Zentner Kartoffeln usw. Sämtliche dem polnischen Verband angeschlossenen Genossenschaften, 287 an der Zahl, verfügten 1912 über 141 401 Mitglieder, 27 Millionen Geschäftsguthaben, 15½ Millionen Mark Reservefonds, 248 Millionen Spareinlagen. Der Krieg wird in die Wirtschaftsführung auch dieser Genossenschaften wohl schwer eingegriffen haben. X Das Kapital der organisierten Verbraucher ist der Titel eines populären Schriftchens, das Heinrich Peus in seiner Zweisprachigen Bibliothek, in deutscher Sprache und in Weltsprache (Ido) hat erscheinen lassen /Leipzig, Unesma/. Peus gibt darin Ratschläge über die Art der Beschaffung, Anhäufung und Verwendung des Kapitals durch die Konsumvereine.

## Sozialpolitik / Max Quarck

**Zivildienstpflicht** Unter dem 24. November brachte die Regierung beim Reichstag den Gesetzesentwurf über den vaterländischen Hilfsdienst ein, nachdem sie in nicht sehr geschickter Regie schon vorh. die Budgetkommission plötzlich ohne das Plenum berufen und sie gegen die Geschäftsordnung und Sitte des Parlaments sofort mit der Vorlage befaßt hatte. Die schnelle Vertagung des Reichstags vor 2 Wochen stellte sich jetzt erst recht als eine stark unüberlegte Maßregel dar. Erst in einer Plenarsitzung vom 25. November konnte nun das rasch wieder zusammenberufene Haus die 1. und 2. Lesung des Entwurfs zugleich auf die Tagesordnung einer Sitzung vom 29. November stellen. In den unverbindlichen Besprechungen der Budgetkommission hatte er inzwischen eine veränderte Gestalt erhalten. Die ursprüngliche Regierungsvorlage war ein Rahmengesetz, das jeden männlichen Deutschen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr zum vaterländischen Hilfsdienst in der Heimat verpflichtet. Seine einzelnen Bestimmungen sind hier in der Rundschau Politik (in diesem Band, pag. 1271) wiedergegeben worden. Der Bundesrat sollte die Ausführungsbestimmungen erlassen. Als Richtlinien für diese waren 6 Abschnitte beigefügt, die namentlich die Verwaltungsorganisation unter dem Kriegsamt zu ordnen suchten. Bei jedem Generalkommando im Reich sollten kriegsamtliche Stellen, und bei diesen Ausschüsse von je 1 Offizier, 2 höheren Staatsbeamten, 1 Unternehmer und 1 Arbeiter bestehen. Eine Beschwerdeinstanz mit ähnlicher Zusammensetzung sollte beim Kriegsamt fungieren. Nach einer öffentlichen Aufforderung zur freiwilligen Meldung sollte die Heranziehung zum Zivildienst durch Ausschüsse geschehen, die für jeden Bezirk eine Ersatzkommission zu bilden hätten. Arbeiter sollten ohne Kriegsschein, das heißt ohne eine Zustimmungsbescheinigung des Unternehmers oder des Ausschusses, bei der Ersatzkommission nicht mehr neubeschäftigt werden.

Der Reichstag hat bis in die Reihen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hinein die Möglichkeit und Wichtigkeit des Gesetzes anerkannt. Die Kriegslage rechtfertigte die Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung zum vaterländischen Hilfsdienst in der Heimat, in der niemand mehr müßig gehen

könne. Stillschweigend wurde wohl auch zugegeben, daß dem unregelmäßigen Verkehr mit Kriegslieferanten, die die Kriegskonjunktur dem Staat gegenüber ausnutzen, und der wilden Jagd auf dem Arbeitsmarkt eine gesetzliche Regelung im Gemeininteresse vorzuziehen sei. Nur konnte man bei der Eile der Aktion nicht an die sorgfältige Vorbereitung eines Gesetzes denken, das die völlige Umschaltung des Erwerbslebens hinter der Front vom System der Arbeitsfreiheit zum indirekten Arbeitszwang unter staatlicher Leitung im einzelnen regelte. Der Reichstag begnügte sich mit der Verwirklichung des Gedankens einer noch vollständigeren und sorgfältigeren Unterstützung der Landesverteidigung durch eine schnell entworfene Zwangsorganisation der Arbeit, die er im Sinn der bürgerlichen Mit- und Selbstverwaltung wie im Sinn des Industrie- und Arbeiterschutzes zu gestalten suchte. Er beschloß die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission von 15 Abgeordneten beim Kriegsamt als Beirat, an dessen Zustimmung für die Grundsätze der Ausführung die Zentralstelle gebunden sein sollte. Ferner sind die Ausführungsbehörden durch den Beitritt von Unternehmer- und Arbeitervertretern demokratisiert, die schiedsgerichtlichen Instanzen schärfer von einander getrennt und endlich einige materielle Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter getroffen worden. Die weitere Ausgestaltung des tiefeingreifenden Versuchs einer öffentlichrechtlichen Organisation der heimatischen Kriegsarbeit überließ der Reichstag der Erprobung durch die Praxis. Bemerkenswert war, daß sich zum erstenmal die drei gewerkschaftlichen Richtungen durch ihre Abgeordneten auf gesetzgeberische Vorschläge einigten, und daß sich eine Mehrheit des Reichstags vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie fand, die auf die Einfügung parlamentarischer Mitbestimmung und sozialer Selbstverwaltungskörper drang.

Am 2. Dezember wurde das Gesetz vom Reichstag verabschiedet. Interessanter noch als seine rasche legislative Erledigung wird bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit der nach ganz neuen Grundsätzen zu regelnden Fälle seine Handhabung sein.

× Deutsche Volkszählung 1916 ×  
Die deutsche Volkszählung vom 1. Dezember dieses Jahres versucht nach der Bekanntmachung und Verordnung des

Bundesrats vom 2. November zum erstenmal eine soziale Kriegsfeststellung zu machen. In der Haushaltsliste waren für jede Person Beruf, Stellung im Beruf und Art des Betriebes, in dem der Beruf ausgeübt wird, anzugeben, und zwar sowohl der zur Zeit der Zählung als auch der vor Ausbruch des Krieges geübte Beruf. Da die meisten voll arbeitsfähigen Männer im Felde stehen, dürfte die Volkszählung also hauptsächlich wertvolles Material über die berufliche Beschäftigung der Frauen vor und in dem Krieg sammeln. Nach den amtlichen Erläuterungen zur Haushaltsliste war die Art der Berufstätigkeit so genau wie möglich anzugeben, Sammelbezeichnungen, wie Eisenarbeiter, sind zu vermeiden. Es sollte vielmehr die besondere Art der Berufstätigkeit festgestellt werden, also Nietler, Dreher, Hobler, Schweißer usw. Bei der Berufsstellung wurde genau unterschieden zwischen Unternehmer, Geschäftsleiter, Bureau- und Aufsichtspersonal sowie Gehilfen, Arbeitern, Lehrlingen. Heimarbeiter mußten sich ausdrücklich als solche bezeichnen. Die Art der Beschäftigung war speziell als Kohlenbergwerk, Lokomotivfabrik, Papierhülsenfabrik usw. zu fixieren. Wenn diese Feststellungen bei dem beschränkten Zähleraufgebot, das infolge des Krieges diesmal nur zur Verfügung stand, einigermaßen zuverlässig gemacht wurden, so müssen sie das erste umfassende Material über die neue Frauenerwerbsarbeit, die der Krieg erzeugt hat, bringen. Für eine bessere Regelung dieser Frauenerwerbsarbeit in wirtschaftlicher und hygienischer Hinsicht müßten sie der Politik und Wissenschaft von höchstem Wert sein.

× Kriegsunterstützung und Armenpflege

× Das deutsche Gesetz über die Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 bestimmt in § 11b, daß den Familien der Heerespflichtigen, die sich der Fahnenflucht schuldig machen oder zu mehr als 6 Monaten Gefängnis verurteilt werden, der Anspruch auf Unterstützung verloren geht und sie der Armenpflege überwiesen werden, mit der ihnen gewisse Ehrenrechte entzogen werden. Die Unerträglichkeit dieses Rechtszustands bei der langen Dauer dieses aufreibenden Krieges, bei der solche Straffälle viel häufiger als früher vorkamen, veranlaßte den Bearbeiter dieser Rundschau an den Reichskanzler

eine Anfrage darüber zu richten. In der Sitzung vom 3. November 1916 ließ dieser darauf die Versicherung abgeben, daß Armenpflege an Stelle der gesetzlichen Reichs- und Gemeindeunterstützung immer erst mit der Verbüßung der Strafe durch den Kriegsteilnehmer eintrete, also durch Hinausschiebung der Strafvollstreckung und bedingte Verurteilung längere Zeit umgangen und durch Erlaß der Strafe ganz vermieden werden könne; ferner, daß künftig selbst bei Verbüßung der Strafe nicht mehr die Armen- sondern die Wohlfahrtspflege die Unterstützung der Familie übernehmen solle. Ein am nächsten Tag überraschend gestellter Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft den ganzen § 11b zu streichen wurde abgelehnt; er unterschied nicht zwischen den verurteilten Kriegsteilnehmern, die noch dem Heer angehören, und solchen, bei denen dies nicht mehr der Fall ist. Seine Annahme wäre nur als dringende Mahnung an die Reichsregierung nützlich gewesen den § 11b aus Eigenem besser zu gestalten und mit dem modernen Rechtsgefühl in Einklang zu setzen.

× **Kurze Chronik** Erhebungen aus den deutschen Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern einschließlich der Kriegsteilnehmer über die Sterblichkeit in den letzten Jahren wurden in der Budgetkommission des Reichstags am 20. Oktober mitgeteilt. Danach starben in jenen Städten auf 1000 Einwohner 1911 16,3, 1912 14,6, 1913 14,0, 1914 16,1, 1915 19,7, und im 1. Halbjahr 1916 (auf das ganze Jahr berechnet) 17,0 Personen. Der Unterschied zwischen dem letzten Friedensjahr und dem ersten Kriegsjahr beträgt 5,7 %. Bei den Säuglingen war das Verhältnis der im 1. Lebensjahr Gestorbenen zu der Gesamtzahl der Gestorbenen 1911 29,7 %, 1912 24,6 %, 1913 24,8 %, 1914 22,7 %, 1915 13,4 %, 1. Halbjahr 1916 11,5 %. Da die Sterblichkeit der Erwachsenen infolge des Krieges stieg, erscheinen die Zahlen etwas günstiger als die Verhältnisse in Wirklichkeit sind. Immerhin scheint die Reichswochenhilfe gut gewirkt zu haben. × Das Festungsgouvernement von Straßburg im Elsaß hat seit vorigem Jahr die Stadt in 14 Wohnungsaufsichtsbezirke mit je 1 militärischen Wohnungsausschuß geteilt, der aus 2 bis 3 Bürgern und 1 Sanitätsoffizier oder Zivilarzt besteht. Die Ausschüsse haben

regelmäßige Wohnungsinspektionen vorzunehmen. Sie haben 7014 Anwesen mit 26 553 Wohnungen besichtigt und 16 401 Beanstandungen erhoben, die sich auf 5090 Wohnungen bezogen. In 5458 Fällen ist eine Beseitigung des Übelstandes erreicht. Einsprüche wurden seitens der Betroffenen nur in 897 Fällen bei einem dazu bestimmten Ausschuß eingelegt, der die Beschwerde an Ort und Stelle prüft. × Durch Erlaß vom 4. November dieses Jahres hat der preußische Handelsminister in Aussicht genommen Offiziere der Pioniere und der Eisenbahn-, Telegraphen-, Kraftfahrer-, Luftschiffer- und Fliegertruppen, die im jetzigen Kriege ihre Felddienstfähigkeit verloren haben, trotzdem aber noch genügend körperliche und geistige Rüstigkeit besitzen, zum Vorbereitungsdienst für die Gewerbeaufsicht zuzulassen und zu Gewerberreferendaren ohne Prüfungen zu ernennen. Jedoch müssen die Offiziere das Reifezeugnis einer 9klassigen höhern Schule besitzen, mindestens 2 Jahre lang die Militärtechnische Akademie mit gutem wissenschaftlichen Erfolg besucht haben und sich als geeignet erweisen. × Die zuständigen Reichs- und Staatsinstanzen sollen nach Pressemitteilungen gewillt sein gegenüber Anträgen der Unternehmer des preußischen Bergbaus das Verbot unterirdischer Frauenarbeit streng aufrechtzuerhalten.

### Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Sparkassen** Staatssparkassen gibt es bereits in Rußland, Belgien, Luxemburg, Rumänien, ferner in Australien und anderen englischen Kolonien, aber auch in mehreren deutschen Bundesstaaten, nämlich in Oldenburg (Landesspar- respektive Ersparniskasse in Oldenburg und Birkenfeld), Braunschweig (Zentralsparkasse), Mecklenburg-Strelitz (Landessparkasse für das Fürstentum Ratzeburg), Sachsen-Meiningen (Herzogliche Landeskreditanstalt), Sachsen-Koburg-Gotha (Herzogliche Landesrentenbank in Koburg und Herzogliche Landeskreditanstalt in Gotha), Schwarzburg-Rudolstadt (Fürstliche Landeskreditkasse), Reuß jüngere Linie (Landessparkassen in Gera, Schleiz und Lobenstein), Lippe (Fürstliche Landesspar- und Leihkasse). Zu den staatlichen Sparkassen gehören auch die Postsparkassen, die namentlich in Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Italien, Schweden, Hol-

land, Finnland, Bulgarien, der Türkei, den Vereinigten Staaten von Amerika, Canada, Neuseeland und Japan zu finden sind.

Von den eigentlichen Staatssparkassen ist die größte die in Rußland. Auf Grund eines Erlasses vom 30. Oktober 1841 wurden, wie Dr. Max Seidel und Dr. Johannes Peitzner in ihrer kürzlich veröffentlichten sehr interessanten Studie über das Sparkassenwesen /Wien, Deuticke/ berichten, im Jahr 1842 bei den staatlichen Depositenkassen in Petersburg und Moskau Sparkassen eröffnet. Solche Sparkassen entstanden bald in fast allen Gouvernementsstädten. Durch Erlaß vom 1. Juni 1895 wurde das Sparkassenwesen neu geregelt. Die Sparkassen erhielten die Bezeichnung Reichssparkassen; das Reich übernahm die Garantie, die Verwaltung wurde zentralisiert, und es wurden Sparstellen bei den Eisenbahnhauptstationen, den Wolostverwaltungen und den staatlichen Branntweinniederlagen gestattet. Im Jahr 1911 gab es 7705 Sparkassen, die Zahl der Sparbücher betrug 7 972 000, die Einlagen betragen 1503 Millionen Rubel. Die meisten staatlichen Sparkassen sind Postsparkassen. Ihre Größe im Verhältnis zu den übrigen Sparkassen ergibt sich aus folgender Tabelle (nach dem Stand von 1910), in der bei jedem Land in der ersten Zeile die Postsparkassen nicht mitgezählt sind, während die zweite Zeile diese mit enthält (in Bulgarien sind es ausschließlich Postsparkassen):

Staat	Anzahl der Sparbücher	Einlagen Millionen Mark
Österreich	4 262 108	5 138,4
	6 467 811	5 333,7
Ungarn (1909)	1 149 251	1 792,2
	1 925 221	1 883,9
Italien	2 261 227	1 941,7
	7 704 917	3 378,3
Frankreich	8 283 000	3 186,1
	14 068 035	4 571,0
Großbritannien	1 827 460	1 067,9
	13 659 636	4 518,3
Finnland	291 603	184,9
	351 326	190,8
Niederlande	451 747	187,1
	1 961 780	464,2
Belgien	46 997	49,0
	2 855 546	830,7
Schweden	1 560 317	909,9
	2 117 654	961,9
Japan	7 507 249	307,6
	18 770 244	662,7
Bulgarien	280 775	36,5

Die Postsparkassen sind, wie aus dieser

Übersicht zu ersehen ist, sogenannte Kleinsparkassen, das heißt sie werden von *kleinen Leuten*, den Arbeitern, benutzt, die nur kleine Einlagen machen. In Japan kommt schon ein Sparbuch auf 2,7 Einwohner, in Deutschland auf 3 Einwohner. Aber in Japan kommen auf den Kopf der Bevölkerung nur 13 Mark Spareinlagen, auf ein Sparbuch nur 35 Mark, während in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 259 Mark Einlagen entfallen, auf ein Sparbuch 778 Mark. In Deutschland sind die Sparkassen in der Regel kommunale Einrichtungen. Hier gab es im Jahr 1913 bereits 3133 Sparkassen, 8425 besondere Sparstellen mit 23 872 000 Sparbüchern und 19 689 Millionen Mark Spareinlagen.

Nur Staatssparkassen gibt es in Luxemburg, mit 69 202 Sparbüchern und 49,8 Millionen Mark Einlagen (1910), und in Rumänien, mit 228 847 Sparbüchern und 50,6 Millionen Mark Einlagen.

Eine internationale Übertragbarkeit von Sparbüchern besteht zwischen einigen staatlichen Sparkassen, so zwischen der belgischen und der französischen, zwischen der belgischen und der niederländischen und zwischen der französischen und der italienischen.

×

**Kurze Chronik** Die preußische Regierung beantragt in einem Entwurf zur Regelung des Wohnungswesens, daß zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit ein Betrag von 20 Millionen Mark ausgesetzt wird, der zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlage bei gemeinnützigen Bauvereinigungen zu verwenden ist. In einem zweiten Gesetzentwurf verlangt sie die Bereitstellung besonderer staatlicher Mittel zur Übernahme der Gewähr für zweite Hypotheken gemeinnütziger Bauvereine.

×

### Gelstige Bewegung / Herman Kranold

Adams Lehmann † Dr. Hope Bridges Adams  
Lehmann ist vor einigen Wochen in München gestorben. Ihre Persönlichkeit, ihr reiches Vermächtnis an die Nachlebenden ist hier bereits von verschiedenen Seiten geschildert worden (siehe die Rundschauen Aus der Zeit, Sozialpolitik und Frauenbewegung, in diesem Band, pag. 1137 f., 1170 und 1173 f.), so daß nur noch andeutungsweise über ihre Bedeutung für die geistige Bewegung gesprochen sei. Diese liegt in ihrer hohen Be-



wertung der Erziehung für den menschlichen Fortschritt. Seitdem der Sozialismus sich von den Anschauungen der früheren ideologischen Sozialisten (wie Fichte und Fries) abgewandt hatte, war, besonders in der deutschen Bewegung, die Bedeutung der geistigen Entwicklung für den sozialen Aufstieg zum Teil unterschätzt worden. Adams Lehmann stemmte sich diesem Zug der Zeit entgegen; sie polemisierte nicht, aber sie zeigte, wie man, am sozialistischen Ziel orientiert, geistige Bewegung schafft. So war sie von Natur aus Bundesgenossin und Mitarbeiterin der Sozialistischen Monatshefte, die aus dem Sozialistischen Akademiker hervorgewachsen waren. So schuf sie 1908 in München die Versuchsschule, wie die Freie Schulgemeinde ein erster Schritt aus der unfruchtbaren bloßen Kritik zu schaffender Tat. So legte sie in vielen, menschlich ergreifenden Aufsätzen ihre Ideen und Erfahrungen nieder. Von ihren Beiträgen für die Sozialistischen Monatshefte erinnere ich nur an ihren Artikel Sexuelle Pädagogik (1907, 2. Band, pag. 749 ff.), in dem sie die Grundlinien einer von sozialistischem Geist getragenen Sexualerziehung zog, aber auch zeigte, wie schwer es im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung ist solche Ideen zu verwirklichen, und wie es deshalb gilt Kompromisse nicht blind zu verurteilen sondern an ihrem notwendigen Gelingen mit gütiger Hand mitzuhelfen. Die Bereitschaft zur Hilfe durch Tat war vielleicht ihre menschlich schönste Seite; was sie für die geistige Bewegung schuf, entströmte zuletzt dieser Quelle. Dieser edle, alles verstehende, aber gerade darum überall zur bessernden Tat antreibende Geist zeigt sich auch in ihrer geistvoll-originellen, den Leser merkwürdig fesselnden Studie Das wilde Heer (1908, 3. Band, pag. 1166 ff.): in der von Grund auf eigenartigen Durchdringung und Verbindung des Physischen und Psychischen, die warmherzig für den Körper sorgt, aber so, daß schließlich doch der Geist über alles hinweg sich an die Spitze schwingt: »Von Zeit zu Zeit müssen wir wieder jagen. Von Zeit zu Zeit muß das wilde Heer vorbeirauschen und uns im Sturm mitziehen.«

× Müller-Lyer † Noch ein anderes Opfer rissen die letzten Wochen aus der Phalanx der Träger geistiger Höherentwicklung der Menschheit. Kurz vor Vollendung sei-

nes 60. Lebensjahrs starb der Soziologe Dr. Franz Carl Müller-Lyer. Von Beruf ursprünglich Nervenarzt (er war ein Schüler Charcots und der Entdecker der jedem Physiologen wichtigen, nach ihm benannten optischen Täuschungen), gehörte seine Neigung von früh auf der Gesellschaftslehre. Bald hatte er sich von dem seit Büchners und Haeckels Anfängen Jahrzehnte lang grassierenden Sozialdarwinismus freigemacht. Und als dieser Schritt einmal getan war, ließ er in jahrelanger Muße, in wissenschaftlicher Arbeit sein Werk ausreifen. Ihn erschütterte tief die erdrückende Flut scheinbar planloser Fortschritte, und er bemühte sich einen Sinn in all diesem unendlichen Treiben zu finden und aufzuweisen. Er versuchte eine populäre (darum aber doch nie seicht aufklärerische) Philosophie der menschlichen Werte zu geben und zu zeigen, wie der höchste dieser Werte: wahres Menschenglück, erreicht werden kann. Er lehrte, daß bewußte, planmäßige Beeinflussung des Kulturprozesses (Kulturbeherrschung) diesem Ziel entgegenführen könne. Er glaubte, daß die vergleichende Betrachtung der Entwicklung und des Bestands der menschlichen Gesellschaft die Wege zur Kulturbeherrschung zeigen könne. Deshalb wurde er Soziologe. Seine soziologischen Arbeiten sind hier bereits in dem kurzen Nachruf in der Rundschau Sozialwissenschaften (in diesem Band, pag. 1282) genannt worden. Leider ist sein Werk unvollendet geblieben. Immerhin gibt das, was von ihm erschien, zum erstenmal einen geordneten Überblick über die Phänomene der Liebe, der Ehe, der Elternschaft, der Erziehung. Diese Bände stehen als soziologische Leistung, als Wegweiser durch so wichtiges und dorniges Gelände einzig da; und sie werden auch für den, der der positivistisch-utilitaristischen Philosophie Müller-Lyers ablehnend gegenübersteht, manche Lichter auf den Weg ins Dunkel der Zukunft werfen.

Müller-Lyer stand politisch, ohne organisierter Sozialdemokrat zu sein, der von den Sozialistischen Monatsheften vertretenen Auffassung nahe. Er hat bei uns sicherlich eine größere Beachtung verdient als sie ihm leider zuteil geworden ist.

× Kulturpolitik ×  
Wer auch in der Gegenwart nicht vergißt, daß wir in der Zukunft irgendwann einmal wieder mit unseren jetzi-

gen Feinden werden zusammenarbeiten müssen, fragt sich oft, wodurch bei so vielen Völkern der ungeheure Haß gegen das Deutschtum entstanden sei. Und diese Frage ist zugleich von der höchsten, auch praktischen Bedeutung, denn ihre Beantwortung ist eine notwendige Voraussetzung jeder, selbst der leisesten künftigen Kulturpolitik. Erst wenn wir die Wurzeln des Hasses gegen uns bloßgelegt haben, können wir ihm mit Aussicht auf Erfolg entgegenarbeiten. Eine große Reihe von Publikationen, die die Ursachen dieses Hasses zu ergründen versuchen, liegen uns denn auch vor.

Ganz besonders wichtig muß uns bei diesen Untersuchungen die Ansicht wohlwollender oder direkt deutschfreundlicher Neutralen sein, soweit sie uns mit klarer Kritik gegenüberstehen. Sie nehmen manches wahr, was uns selbst entgeht. Es erfreut uns, daß ihr Urteil über uns oft günstiger ausfällt als das unserer eigenen Landsleute, die sich kaum genug tun können (wenn sie Alldeutsche sind) den *knechtischen Sinn* der Deutschen in der Fremde oder (wenn sie radikale Sozialisten sind) den deutschen *moralischen Militarismus*, die deutsche *Rückständigkeit* (im Grunde unser Nichtenglischsein) immer wieder hervorzuheben. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß solche neutralen Urteile auch immer das Richtige treffen. Namentlich darf man sich durch sie nicht verleiten lassen Mängel oder Schwächen nun in besondere Vorzüge umzudeuten. Das geschieht zum Beispiel in manchen Schriften, die von schwedischen Autoren herrühren. Wir müssen sie, bei aller Sympathie mit ihrer Gesinnung, doch mit Vorsicht lesen und mehr als Anlaß zur Selbstbesinnung denn als letzte Wahrheit nehmen. Mit großem Interesse werden wir hören, was der Dichter Per Hallström über unser Volk auszusagen hat (Der Volksfeind /München, F. Bruckmann/). Vieles wird uns erquickern, bei manchem werden wir den Kopf schütteln. So, wenn wir lesen: »Deutschland ist den Geboten der Mode nicht gefolgt. Es hat gewagt sich ohne Parlamentarismus wohl zu befinden und hat reformiert und verbessert, ohne sein Schicksal freudig und demutvoll in die Hände derer zu legen, die Patentmedizinen annonciert hatten und also von Rechts wegen am Kopfkissen des Patienten hätten stehen müssen.« Diese Meinung ist, an den Tatsachen gemessen, nicht haltbar. Es ist wirklich kein Segen für Deutschland, daß es den

Parlamentarismus immer noch entbehrt. Und das hat sich namentlich jetzt im Krieg mit aller Deutlichkeit gezeigt: so sehr, daß selbst sehr weit rechts stehende Politiker ihre Ablehnung des parlamentarischen Regimes einer gründlichen Revision unterzogen haben und den Parlamentarismus als nationale Lebensnotwendigkeit zu empfinden beginnen. Wir haben uns gerade in den letzten Monaten lebhaft damit beschäftigen müssen (siehe über die notwendige Politisierung des deutschen Volkes zuletzt auch die Artikel Quessels, Peus' und Lindemanns, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1087 ff., 1191 ff., 1259 ff. und 1291 ff.), müssen daher jene Sätze als jeder Realität entbehrend abweisen.

Noch weniger einwandfreie Erkenntnisse lassen sich aus der umfangreichen Kompilation Heinrich Fränkels Deutschland im Urteil des Auslands früher und — jetzt /München, Georg Müller/schöpfen. Der Verfasser hat einen großen Stab berühmter Helfer aufgebeten, hat sich 3 Vorworte mitgeben lassen, aber die Sammlung des (vielfach interessanten) Materials ist planlos. Man weiß nicht recht, was Fränkel eigentlich will: Dem Haß, der im Ausland gegen die *deutschen Barbaren* herrscht, entgegenzutreten? Aber warum kommt er dann mit so alten Zeugnissen wie der Tendenzschrift des Tacitus (der etwa ebenso sehr an die wirklichen Germanen seiner Zeit gedacht hat wie Thomas Mann an den wirklichen Friedrich den Großen)? Irregeleitete Gefühle kann man mit Erfolg nicht dadurch bekämpfen, daß man eine mehr oder minder große Zahl günstiger ausländischer Zeugnisse über Deutschland aus der Vergangenheit und gute und schlechte Urteile aus der Gegenwart zusammenholt. Mindestens ist Fränkels Verfahren taktisch ganz verkehrt. Will man mit diesen Urteilen überhaupt etwas beweisen, so wäre es doch böse, daß sie gerade in der Gegenwart oft so ungünstig ausfallen, während es nach der Darstellung des Verfassers (allerdings ganz unrichtigerweise) so erscheint, als sei bis etwa zum Jahr 1800 im ganzen Ausland nur eine Stimme der Liebe und Achtung für Deutschland erschollen. Ein Versuch den Haß gegen Deutschland zu erklären ist kaum gemacht. Gerade das Kapitel, in dem das am leichtesten möglich wäre (wenigstens von einer Seite her), das über Italien, ist von geradezu kläglichster Dürftigkeit.

Und doch läßt sich gerade an manchen sehr intelligenten Italienern ein höchst charakteristischer Vorgang beobachten. Ein klassisches Beispiel ist der Genosse Ettore Marchioli von der offiziellen Partei. Er war im vergangenen Jahrzehnt lange Zeit Berliner Korrespondent des Avanti und konnte sich damals nicht genug tun in der Bekämpfung der Mär vom Eroberungsdurstigen pangermanistischen Deutschland. So, als er aus eigener täglicher Anschauung die deutsche Wirklichkeit sah. Als er aber nach Italien zurückkehrte und seine Informationen über Deutschland nur mehr aus der bürgerlich radikalen und sozialistischen Tagespresse bei uns bezog, ging er mit fliegenden Fahnen ins Lager der grimmigen Deutschenhasser über. Aus seinen zahlreichen Aufsätzen in der Critica Sociale läßt sich das ganz einwandfrei nachweisen. Solche Dinge darzustellen wäre eine lohnende Aufgabe, auch wo die Verhältnisse wieder anders liegen.

Trotzdem ist Fränkels Schrift nach anderer Seite hin anerkanntenswert. Er hat für sein Thema eine Art Büchmann geschaffen, der manchem gute Dienste leisten wird. Er hat auch philologisch gewissenhaft gearbeitet und hält durchweg auf einen anständigen Ton. Auch soll nicht verkannt werden, daß ein Werk, das hier allen Anforderungen genügte, die Kraft eines einzelnen bedeutend überstiege. Vielleicht fühlt gerade Fränkel sich angeregt in dieser Richtung, auf seiner zweifellos großen Stoffkenntnis weiterbauend, tiefer in die Dinge einzudringen. Daß die Frage wichtig ist, ist nicht zu verkennen. Ihr kommt kaum geringere Bedeutung zu als dem mutigen Kampf, den Avenarius und seine Mitarbeiter seit längerer Zeit gegen das Bild als Verleumder ausfechten.

Von Arbeiterkultur und Krieg handeln zwei eindrucksvolle Vorträge des Genossen Heinrich Schulz /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/. Manches, wie die Begründung der Forderung der Einheitschule, der reichsgesetzlichen Regelung des Schulwesens, der Unentgeltlichkeit des Unterrichts usw., gehört in seiner knappen Formulierung zum Erfreulichsten, was je von sozialistischer Seite über die Probleme geäußert wurde.

Beachtung verdient August Messers in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlichte Abhandlung Zur Psychologie des Krieges, die ernstesten Problemen mit feinem Taktgefühl und Sachkenntnis

nachgeht. Ich möchte sie denen, die unter dem Altweibertratsch unserer Tage leiden, recht herzlich als Stärkung empfehlen. Sie betont, ohne sie entscheiden zu wollen, die tiefe Bedeutung der Frage, »ob wirklich die höhere Kulturentwicklung und die gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen, besonders der industriellen Tätigkeit eine Abnahme oder gar ein Verschwinden der seelischen Faktoren, die zum Krieg führen, zur notwendigen Folge haben« und bringt einiges zur Beleuchtung dieses Problems bei. Eine solche Abhandlung, die der Irrationalität der Kriegsmotive liebevoll forschend nachgeht, hat einen ganz andern Wert als etwa die temperamentvolle Leitartikelsammlung Umfrieds Weltverbesserer und Weltverbesser /Zürich, Orell Füßli/, die immer wieder die höchstens halbe Wahrheit betont, daß der Krieg etwas Irrationales und deshalb nichts Rationelles sei. Die Berliner Freie Studentenschaft hat eine neue Folge ihrer Flugblätter an die deutsche Jugend erscheinen lassen /Jena, Diederichs/. Diese kurzen, gut gedruckten Ausschnitte aus Schleiermacher, Dostojewskij, Kierkegaard, Jean Paul, Fichte und Hölderlin werden manchem eine nachdenkliche Stunde verschaffen. Eine sympathische Ansprache Wilhelm Fischdicks zu einer Bismarckfeier Die studentische Aufgabe im Bismarckjahr /Marburg, Elwert/ fordert die Deutschen, insbesondere die Studentenschaft, zu innerer Einigkeit auf.

× Erziehung Bei der Besprechung der Schrift Dr. Ernst Hierls Die Entstehung der neuen Schule hatte ich in dieser Rundschau (1915, 2. Band, pag. 917) bemerkt, daß der Autor zu dem, gleichzeitig von mir besprochenen Vortrag Karl Lamprechts Neue Schule, neue Erziehung »ein reiches Material an Randbemerkungen zusammengetragen« habe. Dr. Hierl bemerkt nun in einer Zuschrift an die Redaktion: »Da mein Buch 1914, Lamprechts Vortrag 1915 erschienen ist, ist das unmöglich.« Zu dieser Erklärung habe ich zu bemerken: 1. daß danach allerdings von irgendeiner Abhängigkeit von Lamprecht nicht die Rede sein kann; 2. daß ich es bedauern würde, wenn meine Worte, ohne daß sie so gemeint gewesen sind, den Eindruck erweckt haben sollten, als wollte ich Herrn Dr. Hierl des Plagiats an Lamprecht in milder Weise beschuldigen; 3. daß diese Klarstellung des Tatbe-

stands an dem Urteil über die sachlichen Qualitäten der Schrift, wie ich es am angeführten Ort niedergelegt habe, natürlich nichts ändern kann.

Das Kriegsjahrbuch 1916 für Volks- und Jugendspiele /Leipzig, Teubner/ stellt eine höchst interessante Übersicht über diesen Gegenstand und die mannigfachen organisatorischen Leistungen dar, die dem löblichen Ziel einer Verbesserung der körperlichen Erziehung des deutschen Volkes dienen. Besonders fesselnd ist der Rückblick auf den nun 25 Jahre währenden Werdegang der Bewegung. Dagegen berührt der manchmal recht starke, in unangenehmem Sinn militaristische Beigeschmack einzelner Beiträge (der sich auch kaum des Beifalls der Militärs erfreuen dürfte) weniger angenehm; dadurch wird der guten Sache nur geschadet.

Ein außerordentlich verdienstliches Unternehmen ist das Buch *Der Wille siegt* von Hans Wärtz /Berlin, Elsner/. Der Verfasser sucht den zahlreichen Invaliden Mut zu machen, indem er ihnen an eindrucksvoll illustrierten Selbstbiographien Verkrüppelter zeigt, wie fester Wille aus diesen Unglücklichen zufriedene, selbständige und nützliche Menschen zu machen vermag.

Zur Erleichterung des Unterrichts an lateinlosen höheren Lehranstalten brachte B. Schinke ein ausgezeichnetes Verdeutschungsheft für fremden Sprachen entnommene Fachausdrücke heraus /Leipzig, Teubner/; es wendet sich nicht etwa gegen die Fremdwörter. Ein Beispiel überflüssiger und sinnloser Fremdwörterjagd ist dagegen Oskar Kresses Verdeutschung entbehrlicher Fremdwörter /Berlin, Rößler/. »Entbehrlich« ist dem Verfasser zum Beispiel das mit Grazie in das »Jenseitige«, das »Losgelöste«, das »Beziehungslose« verdeutschte Absolute.

Auf kleinem Raum drängt das Heftchen Notprüfungen während des Krieges /Berlin, Galle/ viel Material zusammen. Es enthält die einschlägigen Erlasse des Reichskanzlers und des preußischen Justiz- und Kultusministers bis zum 28. Juli 1915.

×  
Kurze Chronik Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat bis Anfang Juli 1916 441 000 Buchbände und 93 000 Zeitschriftenhefte an Heeresbüchereien abgegeben. Die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung hat für den gleichen Zweck im Jahr 1914-1915 266 000

Bände verteilt. × Von erfreulichen Fortschritten berichtet der 2. Jahresbericht über die Verwaltung der Deutschen Bücherei /Leipzig, Börsenverein der deutschen Buchhändler/. × In Berlin ist eine Weltkriegsbücherei gegründet worden. Ihre »Sammeltätigkeit erstreckt sich auf alle irgendwie mit dem Weltkriege zusammenhängenden Druckerzeugnisse der verbündeten Mittelmächte sowie des deutschen und feindlichen Auslandes«. In der Hauptsache hofft man auf Geschenke. Ob aber, neben den Pflichtexemplaren vieler Bundesstaaten (zum Beispiel Bayerns) und neben der freiwilligen, höchst notwendigen Steuer des deutschen Verlagsbuchhandels an die Deutsche Bücherei in Leipzig diese Sonderbelastung noch zu rechtfertigen ist, steht dahin. An sich sammelt ja die Deutsche Bücherei schon alles in Deutschland und in deutscher Sprache Erscheinende. × Der Berliner Studentenausschuß hat die alldeutsche, in Wien erscheinende Deutsche Hochschulzeitung zu seinem Publikationsorgan gewählt. × Eine Lateinische Jugendliga hat sich in Florenz gebildet. Sie will »die Bande zwischen den lateinischen Schwesternationen enger knüpfen«. Sie hat in Italien 10, in Frankreich 2 Zweigstellen errichtet und nimmt Mitglieder im Alter von 13 bis 21 Jahren auf.

×  
Literatur Die Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen in Leipzig hat eine neue Propagandaschrift erscheinen lassen /Leipzig, Thomas/. Gleichzeitig zeigen die geistigen Führer der Zentrale in zwei Musterbücherzusammenstellungen (1. Vom Balkan bis Ostasien, 2. Kriegswissenschaft) praktisch, was sie können. Diese Verzeichnisse sind wirklich Führer für den Laien und zeigen ihm, wo er das finden kann, was er sucht, und was er finden wird, wenn er ein Buch zur Hand nimmt, ohne von ihm Näheres erfahren zu haben. Solche Arbeiten sind pädagogisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Raphael Seligmann

Erkenntnistheorie Ein Buch Joseph Geysers, betitelt *Neue und alte Wege der Philosophie* /Münster, Schöningh/, stellt, wie im Untertitel vom Verfasser angegeben

wird, einen Versuch dar »die Grundlagen der Erkenntnis im Hinblick auf Edmund Husserls Versuch ihrer Neubegründung« einer Prüfung zu unterziehen. Schritt für Schritt geht Geysler den Husserlschen Ausführungen nach, bald zustimmend bald widersprechend, aber immer sachlich abwägend, und an entscheidenden Wendepunkten selbsttätig eingreifend. Manche seiner Einwände gegen die Husserlschen Behauptungen zeichnen sich durch eine ganz besondere Treffsicherheit aus. So vor allem, wenn er im Gegensatz zu Husserl die Unabhängigkeit des Seins gegenüber dem Bewußtsein nachzuweisen sucht. Jedoch soll hier auf die vielen in diesem Buch berührten Fragen der Erkenntnis nicht weiter eingegangen werden. Was in diesem Zusammenhang besonders interessiert, ist das Problem der Wahrheit bei Husserl, das Geysler in kritischer Beleuchtung behandelt. Wahrheit ist für Husserl zunächst etwas, das einem Sein an sich notwendig entspricht und parallel läuft, ohne je mit diesem Sein zusammenzufallen. Dem wird man kaum seine Zustimmung versagen können, da das Sein an sich weder wahr noch unwahr ist, die Wahrheit also als solche in ihm nicht enthalten sein kann, wiewohl sie von ihm unabtrennbar ist. Allein diese Wahrheit, die den Inbegriff von »Bedeutungen« und »Intentionen« darstellen soll, knüpft nach Husserl an keinen einzigen spontanen Akt des individuellen Bewußtseins an sondern schwebt über diesem als eine in sich begründete und auf sich selbst angewiesene Wesenheit. Die Erkenntnis der Wahrheit ist demnach keine aktive Stellungnahme des Subjekts sondern ein passives Teilhaben des individuellen Bewußtseins an einer Art platonischer Idee, die sich in einer diesem transzendenten Sphäre bewegt. Dabei will Husserl seltamerweise seine »Bedeutungen« und »Intentionen« ausdrücklich auf ein Bewußtseinszentrum bezogen wissen und streitet ihnen jede für sich selber bestehende Realität ab. Mit Recht macht demgegenüber Geysler geltend, daß, wenn einmal den »Bedeutungen« ein Sein zugeschrieben wird, sie ein solches entweder außerhalb oder innerhalb des Bewußtseins führen müssen; und da sie nach Husserl keinen Inhalt des individuellen Bewußtseins bilden, müssen sie reale Existenz jenseits dessen besitzen. Meines Erachtens muß die Kritik an Husserl an einem andern Punkt ansetzen. Es ist gegen eine derartige Auf-

fassung hervorzuheben, daß Wahrheit als freie Anerkennung des So- und Nichtandersonstseins in spontanen Akten des individuellen Bewußtseins wurzle (siehe meinen Artikel Vom Problem der Wahrheit, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1263 ff.).

× Wissenschafts-philosophie Die kleine Schrift Albert Görlands Die Hypothese /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/ gibt in Wirklichkeit bei weitem mehr als man nach dem Titel von ihr erwarten könnte. Vom Problem der Hypothese nimmt der Verfasser seinen Ausgangspunkt, gibt uns dann aber in knappen und scharf geprägten Zügen eine Art Philosophie der naturwissenschaftlichen Forschung, und zwar in einer Darstellung, die als Muster der Klarheit und Deutlichkeit dienen könnte. Görland gehört zur Cohenschen Schule (bekannt ist sein Index zum Cohenschen Hauptwerk), die in der vorliegenden Schrift entwickelten Gedanken fallen daher mit den Cohenschen zusammen. Es wird hier, wie gesagt, eine Philosophie der Wissenschaft, vor allem der Naturwissenschaft gegeben: Während die Natur für den unwissenschaftlichen Verstand ein zufälliges und loses Durcheinander von Phänomenen darstellt, erscheint sie dem wissenschaftlichen Verstand als eine einzige, in sich gefestigte Einheit und zwar als »Totalität der Abhängigkeitsverhältnisse meßbarer Größen«. Während es für den unwissenschaftlichen Verstand in seiner Natur ganz fertige, in sich abgeschlossene nebeneinanderliegende »Dinge« gibt, sieht der wissenschaftliche Verstand in der seinigen aufeinanderbezogene und der Messung zugängliche »Gegenstände«, die nie abgeschlossen und fertig vor ihm dastehen, sondern die sich Schritt für Schritt ihrem Abschluß in unendlicher Stufenreihe nähern. Denn der wissenschaftliche Verstand weiß wohl, daß jeder Gegenstand in der Natur, wie abgeschlossen er dem unkritischen Blick auch erscheinen mag, unzählige, vorderhand unbekannte und durch die Wissenschaft erst zu ermittelnde Eigenschaften in sich birgt, und daß infolgedessen der Gegenstand nicht vollkommen, nicht absolut Gegenstand ist sondern sich immer mehr, ad infinitum »vergegenständlichen« kann. Dieser »Gegenstand« befindet sich in einem beständigen Bezogensein und beständigem Bezogenwerden auf andere Gegenstände oder richtiger gesagt, der Gegenstand

ist im Grunde nichts anderes als eben der Ausdruck dieses beständigen Bezogenseins und Bezogenerwerdens. Um seine Eigenschaften zu ermitteln, gilt es daher seine Beziehungen zu anderen im System der Natur aufzufinden. Um zur Erkenntnis dieser Beziehungen zu gelangen, muß man 4 Stadien durchlaufen. Man beginnt mit der Beobachtung, die zeigt, daß etwas Unbekanntes aufgetreten ist, das jedoch auf Bekanntes bezogen werden kann (1. Stufe). Von der Grundvoraussetzung ausgehend, daß die Natur eine Totaleinheit von Abhängigkeitsverhältnissen darstellt, entwirft man dann ein Schema der Abhängigkeit zwischen der einen Reihe von Vorgängen und der andern, das heißt man stellt eine Hypothese auf (2. Stufe). Da aber dieses Schema sehr schwankender Natur ist, weil eben die Reihen der beobachteten Vorgänge noch nicht präzisiert sind und daher ins Unbestimmte zu verlaufen drohen, so gilt es sie sozusagen zu lokalisieren, zu vereinzelnd, an einer bestimmten Stelle zu fixieren. Dies wird durch den Versuch bewerkstelligt, der den gegenseitigen Abhängigkeiten Grenzen zieht (3. Stufe). Der Versuch aber liefert uns schon das Gesetz, das die 4. und letzte Stufe darstellt. Dieses kurze Referat über den Inhalt der Schrift mag genügen. Die Schrift selbst wird von jedem, dem wissenschaftliche Spekulationen nicht fremd sind, mit Interesse und Genuß gelesen werden. Die Kritik dieses Schemas hängt freilich von der Stellungnahme zum Cohenschen System überhaupt ab.

Metaphysik Seit geraumer Zeit erscheinen im Verlag der sogenannten Freien Straße zu Berlin in zwangloser Folge Hefte, die die Aufmerksamkeit philosophisch wie künstlerisch interessierter Leser beanspruchen können. In diesen Heften werden philosophische Gedanken entwickelt, die sämtlich brennende Fragen der Gegenwart zu ihrem Gegenstand haben: falls man unter Gegenwart nicht nur Interessen von momentaner Aktualität sondern auch solche von ewiger Gültigkeit verstehen will, die doch zu allen Zeiten und folglich auch in den unsrigen in ungeschwächter Kraft bestehen und wirken. Unter den Autoren sei ganz besonders des jungen Schriftstellers Franz Jung gedacht, der auf dem Gebiet der schönen Literatur bereits Beachtliches veröffentlicht hat (siehe auch

die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band, pag. 1336). Hier jedoch handelt es sich nicht sowohl um den Belletristen als vielmehr um den Philosophen; denn was uns der Verfasser hier an verschiedenen Essays und Betrachtungen bietet, zeugt von einer recht starken metaphysischen Intuition, die nach dem tiefern Grund, ja nach dem Urgrund der Dinge wühlt. Jung sucht nach einer Symbolik des Geschehens, nach jener innern Bedeutung, die sich hinter der Fassade der Begebenheiten und Handlungen verbirgt, und die das metaphysisch veranlagte Gemüt immer wieder zu neuen Lösungsversuchen reizt. Es ist immer der alte Plato mit seinen Ideen, will sagen mit dem nach menschlichem Ermessen vielleicht sinnlosen Sinn, von dem die Dinge unserer Umgebung und wir selber getragen werden, und ohne den die ganze Geschichte der Menschheit nichts weiter als eine wirre und zufällige Figurenverschiebung auf der Fläche eines riesigen Films wäre. Es ist mir nicht bekannt, ob der Verfasser sich seines Zusammenhangs mit Plato bewußt ist. Aber sicher bewegt er sich in diesen Bahnen. Es ist nur schade, daß er einen Stil handhabt, der selbst dem Hegelschen, was Unverständlichkeit und Verworrenheit anlangt, wenig nachsteht. Von den in Frage kommenden Aufsätzen seien namentlich die Reden gegen Gott, Du bist nicht krank, zur Beachtung empfohlen.

Kurze Chronik Die Königlich sächsische Gesellschaft der Wissenschaften hat eine Leibnizfeier in Leipzig veranstaltet, zum Gedächtnis des 200. Todestages des Philosophen. Wundt hielt einen Vortrag über Leibniz. Der Frankfurter Universitätsprofessor Hans Cornelius hat eine transzendente Systematik vollendet, in der er es unternimmt eine Theorie des wissenschaftlichen Erkennens im Gegensatz zur Kantischen Erkenntnistheorie zu begründen. Die Kantgesellschaft hat Vorträge veröffentlicht, die Professor Alfred Vierkant über Machtverhältnis und Machtmoral im Hinblick auf die Ethisierung der Machtwerte gehalten hat. Als Ordinarius der Philosophie an Stelle Erich Bechers geht Professor Alfred Brunswig aus München nach Münster. Die Universität Krakau hat Dr. Wladislaw Siemkowitz auf den Lehrstuhl für Philosophie berufen.

**Biologie / Adolf Koelsch**

**Lichtsinn** Es gibt eine Methode, um den Farbensinn eines Menschen, unabhängig von seinen persönlichen Angaben, zu untersuchen. Sie besteht in der Beobachtung der sogenannten pupillomotorischen Unterschiedsempfindlichkeit. Dieser Ausdruck besagt, daß es gewisse kleinste Lichtstärkenunterschiede gibt, die eben genügen, um eine merkbare Änderung der Pupillenweite hervorzurufen. Werden statt weißer farbige Lichter zur Bestrahlung des Auges benutzt, so hängt die Veränderung der Pupillenweite niemals vom Farbenwert des Lichtfluidums ab sondern nur von dem Helligkeitswert, den diese Lichter für unser Auge besitzen. Die Pupillenreaktion wird also beim teilweise oder total farbenblinden Auge andere Wege gehen als beim normalen, und eben daran wird man, ohne sich um die subjektiven Aussagen des Untersuchten kümmern zu müssen, erkennen können, wie es um seinen Farbensinn wirklich bestellt ist. Professor Carl von Heß in München, dessen Untersuchungen über den Farbensinn hoher und niederer Tiere in der vorigen Rundschau (in diesem Band, pag. 1179 f.) besprochen worden sind, und zwar im Zusammenhang mit Angriffen, die in neuerer Zeit gegen seine Lehre von der totalen Farbenblindheit der Wirbellosen und der Blaublindheit der Tagvögel erfolgt sind, sendet uns nun 3 neue Arbeiten zu, aus deren erster, betitelt Messende Untersuchungen zur vergleichenden Physiologie des Pupillenspiels (veröffentlicht im 90. Band von Graefes Archiv für Ophthalmologie), zunächst hervorgeht, daß es ihm nach vieljährigen Versuchen gelungen ist einen (jetzt von Zeiß gebauten) Apparat zu konstruieren, der die pupillomotorische Unterschiedsempfindlichkeit jedes beliebigen menschlichen und tierischen Auges unmittelbar am Objekt abzulesen erlaubt. Weiter ist der genannten Arbeit zu entnehmen, daß Heß diesen Apparat zur Untersuchung des Licht- und Farbensinns einer ganzen Anzahl von Tieren benutzt und solchermaßen die Ergebnisse seiner früheren Forschungen über die Sehqualitäten allerverschiedenartigster Lebewesen auf neuem Weg einer strengen Nachprüfung unterworfen hat. Das Hauptergebnis ist, daß hinsichtlich des Licht- und Farbensinnes der Säugetiere (Pavian, Katze, Hund und Kaninchen),

der Tagvögel und Kephelopoden alle früheren Beobachtungen in vollem Umfang bestätigt werden. Die Untersuchung der Pupillenreizwerte ergibt kein anderes Resultat als die Methoden von früher, erweitert aber die älteren Befunde über das Sehvermögen der Nachtvögel (Ohreule) dahin, daß diese Tiere zwar nicht total farbenblind sind, daß ihnen aber die farbigen Lichter auch bei höheren Lichtstärken viel weniger gesättigt, mehr mit Grau verhüllt erscheinen als uns unter gleichen Bedingungen«. Die zweite Arbeit Messende Untersuchung des Lichtsinnes der Biene (gedruckt im 163. Band von Pflügers Archiv für die gesamte Physiologie) benutzt den neuen Apparat, neben der Methode der farbigen Flächen, um auf beiden Wegen nochmals die Richtigkeit der Ansicht von der totalen Farbenblindheit der Bienen und zweier Tagschmetterlingsarten darzutun. Die dritte (unter dem Titel Neue Untersuchungen über Lichtreaktionen bei Tieren und Pflanzen in der Münchner Medizinischen Wochenschrift publiziert) zeigt, daß auch Muscheln und Seeigel sich bei Untersuchung der motorischen Reizwerte farbiger Gläser wie total farbenblinde Menschen verhalten. Diese dritte Abhandlung hat für Zoologen noch insofern besonderes Interesse, als in ihr nicht nur ein höchst merkwürdiger Akkomodationsapparat beschrieben wird, den Heß am Auge gewisser Würmer des Meeres entdeckt hat, sondern auch wichtige Angaben über die Lichtsinnesorgane der Seesterne vorgelegt werden. Während man bisher gewisse rote Punkte, die an den Armspitzen stehen, als Lichtsinnesorgane gedeutet hat, erweisen die Versuche, daß der Sitz der Lichtempfindlichkeit sich in den sogenannten Ambulacralfüßen befindet. Endlich wird auf Grund neuer Versuche abermals der Loebischen Behauptung von der Identität des tierischen und pflanzlichen Heliotropismus entgegengetreten. Es bleibt abzuwarten, was die neue Methode in den Händen der Widersacher des Münchener Gelehrten leisten wird. X

**Vogelzug** Wie stark durch die Tätigkeit der deutschen Vogelwarte Rossitten und die von ihr in großem Maßstab unternommenen Beringungsversuche heimischer Brutvögel die gesamte Vogelzugforschung, auch außerhalb Deutschlands, angeregt worden ist, erkennt man an der Fülle von Arbeiten, die in jüngster Zeit

dem Problem der Vogelwanderungen gewidmet werden. Gewiß sind manche rein kompilatorisch oder fallen vorläufig nicht in Betracht, weil sie die Sache entweder von einem zu allgemeinen oder zu lokalen Standpunkt aus behandeln. Aber wie viele Pfennige schließlich einen Taler ergeben, so summieren sich viele Einzelbeobachtungen allmählich zu einem Bild oder lassen sich doch, falls nur ein genügend kluger und erfahrener Rechenmeister dahinter kommt, zu vernünftigen Schlüssen ausbauen.

Ein solcher Rechenmeister ist der Zürcher Zoologe Dr. K. Bretscher, der unlängst unter den Titeln *Der Vogelzug im schweizerischen Mittelland* in seinem Zusammenhang mit den Witterungsverhältnissen und Vergleichende Untersuchungen über den Frühjahrszug der Vögel zwei wertvolle Arbeiten herausgebracht hat. Die eine ist im 51. Band der Neuen Denkschriften der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft, die andere im 36. Band des Biologischen Zentralblatts erschienen. Beide Arbeiten behandeln den Vogelzug in der Schweiz, mit besonderer Berücksichtigung des elsässisch-lothringischen Nachbarlandes, und suchen in erster Linie zu ermitteln, ob die von den ungarischen Ornithologen aufgestellten Behauptungen über die Abhängigkeit des Vogelzugs von Luftdruck und anderen Wetterbestandteilen auch für unsere westlichen Landstriche Gültigkeit haben. Das Material, worauf sich Bretscher stützt, besteht aus den Angaben der schweizerischen Beobachtungsstationen. Zwar ist mit dem Wort *Station* ein bißchen zu viel gesagt; denn ein irgendwie staatlich organisierter oder finanziell nur besonders unterstützter Beobachtungsdienst existiert im Schweizerland nicht. Immerhin ist über die ganze Schweiz ein verschiedenes dichtes Netz von Beobachtern zerstreut, die sich aus persönlichem Interesse freiwillig der Sache widmen und ihre Daten regelmäßig an eine amtliche Zentralstelle abliefern. So kommt man wenigstens in den Besitz von Material, dessen notwendig vorhandene Lücken jedoch durch die ausgezeichneten, über 12 Jahre sich erstreckenden Beobachtungen, die der elsässische Landesforstmeister Freiherr von Berg mit Hilfe eines organisierten Dienstes gesammelt hat, wieder einigermaßen ausgefüllt werden. Vorläufig haben sich aus den 10 000 Einzelbeobachtungen, die Bretscher verarbeiten konnte, Schlüsse ergeben, die

insofern von allgemeinerem Interesse sind, als sie für unsere Gebiete eine Abhängigkeit des Herbst- und Frühjahrszugs von der Lage und Tiefe der barometrischen Depressionen, den lokalen Luftdruckzuständen, der Richtung des Windes und überhaupt vom *Wetter*, falls es sich nicht um förmliches Unwetter handelt, nicht ergeben. Von den ungarischen Ornithologen ist derartige behauptet worden; sie haben in erster Linie eine besonders rege Beziehung zwischen Luftdruckzuständen und Vogelbewegung bemerken zu können geglaubt. Bretscher hat für unsere Gebiete von einer solchen Beziehung ebensowenig etwas entdecken können wie amerikanische Biologen für die ihrigen. »Die Vögel«, sagt er, »ziehen nicht, weil ihnen diese oder jene Lage der Depressionen zu Gebote steht und dann diese benützend, sondern sie wandern bei jeder ihrer Lagen, wenn die Zeit für ihre Wanderungen gekommen ist.« Sie ziehen bei höchstem wie bei niedrigstem Barometerstand, bei jeglichem Zwischengrad, sie ziehen bei Wind aus jeder beliebigen Richtung, ja nicht einmal bei Regen, Schnee, Nebel und Sturm sieht man die Vogelbewegung absolut stillestehen. Und das gilt nicht etwa nur für einzelne Formen, sondern es liegen hierfür Belege für zahlreiche Arten der Wanderer vor.

Dagegen hat sich eine eigentümliche Beziehung zwischen Temperatur und Wanderzeit feststellen lassen. Sie drückt sich darin aus, daß jeder Vogel zwar innerhalb weiter Wärmegrenzen den Zug vollzieht, daß aber jede Art eine besondere und besonders günstige Wärmelage bevorzugt, die von Bretscher einstweilen für Kuckuck, Singdrossel, Rauchschwalbe, Mehlschwalbe, Nachtigall, Bachstelze und Lerche ermittelt wurde. Für sie alle trifft zu, daß sie am liebsten an Tagen ziehen, an denen die mittlere Tagestemperatur sich entweder gar nicht oder fast nicht von der Morgentemperatur unterscheidet. Für jede Art liegt diese günstigste mittlere Tagestemperatur bei einem andern Wärmegrad, zum Beispiel für den Storch bei 4°, für den Kuckuck bei 7°, für die Nachtigall bei 11° usw. Auf die Zeit, in der diese zusagendste mittlere Tagestemperatur am wahrscheinlichsten eintritt, würde sich danach der Vogel mit seiner Zugshandlung einstellen. Sollte sich dieser Schluß als in allen Teilen richtig erweisen, so wäre damit nun allerdings eine Abhängig-



keitsbeziehung zwischen Vogelzug und Umweltverhältnissen festgestellt. Im großen und ganzen würde sich über doch die alte Auffassung bewahrt haben, daß der Vogelzug sehr wenig von äußeren Verhältnissen abhängig, sondern eine Triebhandlung ist, die durch im Tier selbst liegende Vorgänge und Veränderungen ausgelöst wird. Worin diese Veränderungen bestehen und an welchen Organen sie vorgehen, ob in dem Zentralnervensystem, den Geschlechtsorganen, im System der inneren Drüsen oder anderswo sonst, ist freilich noch vollständig schleierhaft; es müßten in dieser Hinsicht besondere Versuche angestellt werden, über deren Organisation Bretscher im Schlußkapitel der zweiten Arbeit einige Anregungen vorbringt.

× ×  
**Kurze Chronik** Gestorben ist am 19. September an den Folgen einer auf dem Schlachtfeld empfangenen schweren Verwundung Dr. Otto Schubert, Assistent am Botanischen Institut in Geisenheim am Rhein. Am 18. Oktober fiel der Assistent am Zoologischen Institut der Kieler Universität Dr. Paul Haase. × Aus Krakau meldet man den Tod des polnischen Geographen und Ethnographen Professor Stanislaus Gustawicz. Er erreichte ein Alter von 64 Jahren. × Das Haeckelarchiv in Jena ist eröffnet worden. Es ist im Erdgeschoß des neuen Universitätsgebäudes untergebracht und der Leitung Dr. Heinrich Schmidts unterstellt. Das Archiv soll sammeln und bergen, was mit Haeckels persönlichem Entwicklungsgang, seiner Lebensarbeit, den Kämpfen um die Entwicklungslehre und der Geschichte des Monismus zusammenhängt. Früher überließ man solche Arbeit der Nachwelt oder betrieb sie im stillen.

× ×  
**Literatur** In einer lesenswerten Broschüre Physiologie und Entwicklungsgeschichte / Jena, G. Fischer/, die aber in den gegenwärtigen Zeitläuften taube Ohren finden dürfte, tritt der Berner Privatdozent Alexander Lipschütz mit guten Gründen für die Notwendigkeit einer Reform des physiologischen Hochschulunterrichts ein. Die Physiologie müsse aus ihrer Abhängigkeit von der Medizin, deren Sonderinteressen sie heute allein zu dienen habe, losgelöst und zu einem selbständigen biologischen Lehrfach ausgebaut werden.

## Hygiene / Adolf Kraft

Biedert † Am 20. September starb in Darmstadt Professor Dr. Philipp Biedert. Er war am 25. November 1847 in Niederflörsheim in Rheinhessen geboren. Den Krieg 1870-1871 machte er als freiwilliger Militärarzt mit. 1877 siedelte er ins Elsaß über, zuerst als Oberarzt am Bürgerspital, dann als Kreisarzt in Hagenau. 1903 folgte er einem Ruf nach Straßburg als Medizinalreferent am Ministerium für Elsaß-Lothringen. 1912 trat er in den Ruhestand. Biedert war nicht nur ein vielbeschäftigter Krankenhaus- und konsultierender Arzt, er war auch erfolgreich auf wissenschaftlichem und literarischem Gebiet tätig. Er arbeitete besonders auf dem Feld der Pädiatrie. Bahnbrechend waren seine Arbeiten über die Verdauungsstörungen der Kinder. Wir verdanken ihm auch ein Lehrbuch der Kinderkrankheiten und ein Werk über das medizinische Wesen in Elsaß-Lothringen. Biedert ist ferner der Erfinder des Rahmgemenges und der Fermentmilch für Kinderernährung. Er zog aus diesen segensreichen Erfindungen keinerlei persönliche Vorteile sondern vermachte deren Erträge dem Verein für gemeinnützigen Grunderwerb.

× ×  
**Atmungsorganerkrankungen und Krieg** Der Krieg stellt an die Mannschaften so hohe Anforderungen, daß sie Krankheiten aller Art ausgesetzt sind. Die ungünstigen Einflüsse: übermäßige Anstrengung, Entbehren, Witterungsunbilden und natürlich traumatische Einwirkungen, gefährden selbstverständlich auch die Atmungsorgane. In der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 21. September 1916 teilte Professor Heinrich Hochhaus (dessen unerwartet früher Tod weiter unten mitgeteilt werden muß) seine Erfahrungen nach dieser Richtung mit. Genügende Beobachtungen über Zahl, Art und Verlauf der Krankheiten der Respirationsorgane, namentlich der Tuberkulose, liegen, wie er hervorhebt, gegenwärtig bereits vor. Sie wurden hauptsächlich in den Lazaretten angestellt. Allerdings kann man danach nicht einwandfrei die Gesamthäufigkeit aller in Betracht kommenden Krankheiten schätzen, da das Beobachtungsgebiet zu klein ist. Dagegen liefert die Kasuistik Anhaltspunkte über Auftreten, Entstehen, Verlauf, Komplikationen usw. bei den Lungenkrankheiten, die im Krieg entstan-

den sind. Der Verfasser unterzog zu diesem Zweck das Material der Militärabteilung des Augustahospitals, das über ein Jahr lang als Aufnahmestation für lungenkranke Soldaten dient, einer eingehenden Durchsicht. Die Zahl der beobachteten Fälle betrug bis Ende April 1200, und zwar waren davon an Lungentuberkulose 560 erkrankt, an Bronchitis 420, an Pneumonie 48, an Pleuritis 34, an Lungenschüssen 68. In 3 Fällen fanden sich Lungentumoren. Die meisten Erkrankten waren im Feld gewesen, ein Teil war schon im Ausbildungsdienst in der Garnison erkrankt oder auch unmittelbar nach der Einstellung zur Beobachtung überwiesen.

Die Zahl der Tuberkulosefälle ist am größten, und unter diesen sind die offenen Tuberkulosen mit 260 Fällen verhältnismäßig zahlreich vertreten. Das beweist allerdings nichts für die Häufigkeit dieser Zustände im Heer überhaupt, da alle Tuberkulosefälle, einschließlich der offenen, sofort nach der Diagnosestellung den Krankenhäusern zugewiesen werden, während das für die sonstigen Krankheiten durchaus nicht der Fall ist. Klinisch ist es wichtig zu wissen, wann die Tuberkulose erworben wurde. Es sind 3 Möglichkeiten denkbar: Infektion und Ausbruch der Krankheit im Krieg selbst, Wiederauftreten einer alten Tuberkulose, die vorher völlig zum Stillstand gekommen, also im klinischen Sinn geheilt war, oder Verschlimmerung eines nicht ausgeheilten Prozesses. Die Aufnahme der Krankengeschichten und die Sektionsbefunde ergaben, daß die Zahl der bereits vor der Dienststellung Erkrankten ziemlich erheblich war; an Tuberkulose oder tuberkuloseverdächtiger Pleuritis waren vorher 40 % erkrankt. Es starben 50 Kranke an Tuberkulose, die fast sämtlich obduziert wurden. In fast allen diesen Fällen lagen ausgedehnte ältere Veränderungen vor, meist kleinere oder größere Kavernen, deren Ursprung weit zurück in der Zeit vor dem Krieg lag. Es deckten sich also die Erfahrungen des Verfassers mit früheren Beobachtungen von Leschke, Schröder, Goldscheider, nach denen die Tuberkulose bei den Kriegsteilnehmern ein Rezidiv früherer, längst bestehender Erkrankungen der Lunge ist, insbesondere in den schweren, zum Tod führenden Fällen. Die Mehrzahl der Kranken gibt Überanstrengung und Erkältung als Ursache des Wiederausbruchs an. Die geschlossenen Tuberkulosen gehör-

ten fast durchweg den Initialerkrankungen, den sogenannten Spitzenkatarrhen, an. Die Patienten ließen sich ins Krankenhaus wegen ausgesprochener Lungensymptome aufnehmen, wie Husten und Auswurf, Schmerzen und Atemnot bei Anstrengungen, oder auch wegen völliger Unfähigkeit die erforderlichen körperlichen Leistungen zu bewältigen. Solche Kranke hatten teilweise schon bei der dienstlichen Ausbildung in der Garnison gänzlich versagt. Bei der Untersuchung ergab sich jeweilig, daß die Leistungsunfähigkeit nicht sowohl durch den Spitzenkatarrh als vielmehr durch eine allgemeine konstitutionelle Schwäche verursacht war. Meistens handelte es sich um hochaufgeschossene Leute mit langem, schmalem Thorax, dessen Ausdehnungsfähigkeit häufig erstaunlich gering war. Diese Beobachtungen sind sicher wegleitend für die Aushebungen. Mit Initialtuberkulose behaftete Kranke, die im Feld gewesen waren, wurden in die Heimat zurückgeschickt, entweder weil sie die Anstrengungen auf die Dauer nicht ertragen konnten, oder weil eine Erkältung, in selteneren Fällen, weil eine Hämoptoe hinzugetreten war. Die meisten aber hatten den Feldzug mit all seinen Strapazen Monate, ja ein Jahr lang gut überstanden, bis sie durch Überanstrengung oder einen zufällig auftretenden Bronchialkatarrh gezwungen wurden das Krankenhaus aufzusuchen. Nirgends war sicher festzustellen, daß die Lungentuberkulose im Feld frisch erworben worden sei. Ein Teil der mit Initialtuberkulose behafteten Kranken konnte so weit hergestellt werden, daß sie zum Garnisondienst fähig waren; die übrigen überwies man in der Regel einer Heilstätte.

Im allgemeinen ist nach der Beobachtung Hochhaus' die Zahl der Tuberkulosefälle nicht so groß wie man erwartete. Es scheint sogar, daß der Dienst im Feld mit der steten Bewegung in der frischen Luft für viele leichtere Fälle eher bessernd gewirkt hat.

Die Bedeutung der nicht tuberkulösen Bronchialerkrankungen scheint geringer zu sein als man annahm, wenn auch unter den Erkrankungen der Respirationsorgane im Krieg ebenso wie im Frieden die Bronchitiden bei weitem vorwiegen. Erkältung, Durchnässung und Staubeinatmung, Einatmen giftiger Gase, Verschüttung und Quetschung des Thorax bei der Explosion von Granaten werden meist als Ursachen angegeben.

Bei der Einlieferung des Patienten ins Krankenhaus war die Krankheit meist schon im chronischen Stadium; die Besserung machte deshalb nur langsame Fortschritte, und völlige Wiederherstellung war selten. Als besonders hartnäckig erwiesen sich die asthmatischen Katarrhe, deren Zahl erheblich war. Ein Versuch gebesserte Patienten dem Garnisondienst zuzuweisen mißlang. In allen solchen Fällen traten schwere Rückfälle ein. Die Kranken mußten deshalb als dienstuntauglich entlassen werden, und Höchsthaus ist der Ansicht, daß Asthmakranke, auch solche, die sich scheinbar wohl befinden, für den Dienst unbrauchbar sind.

Sind die Hochhusschen Beobachtungen auch nicht umfassend genug, um alle von ihm aufgeworfenen Fragen lückenlos zu lösen, so geben sie doch Anhaltspunkte zur Beurteilung derartiger Fälle und weisen den Weg zu richtigem Vorgehen.

×  
**Volks- und Kriegsfürsorge** In der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 14. September 1916 bespricht Dr. Adolf Gottstein (Charlottenburg) die Einwirkung der kommunalen Kriegsfürsorge auf die Volks- und Kriegsfürsorge. Man mußte erwarten, daß der Gesundheitszustand der weniger bemittelten Bevölkerungskreise sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen: der Sorge für im Feld stehende Angehörige, vermehrter Frauenarbeit, der eingreifenden Veränderung der wirtschaftlichen Lage, den Ernährungsschwierigkeiten usw., verschlechtern werde. Nach den Berichten der Armen-, Säuglings- und Schulärzte ist das aber nicht der Fall. Nach allen Beobachtungen, auch den durch Messungen und Wägungen gestützten, ist der Gesundheitszustand günstig. Völlig einwandfrei wäre natürlich nur eine zahlenmäßige Nachprüfung der Krankheits- und Sterblichkeitsbewegung nach Geschlecht, Alter, Beruf. Eine solche Arbeit ist indessen zurzeit nicht möglich. Doch können auch aus anderen Beobachtungen Schlüsse gezogen werden. So aus dem typischen Verlauf der Seuchen, bei denen der Prozentsatz der Todesfälle nach Lebensalter, Konstitution und sozialer Lage zu schwanken pflegt. Eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes müßte also in einer Erhöhung der Sterblichkeitsziffer zum Ausdruck kommen, die indessen im Winter 1915-1916 in Charlottenburg für Diphtherie und Scharlach

nur um ein geringes höher war als in den Vorjahren.

Einen weitem Maßstab für die Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse im allgemeinen bildet die Sterblichkeitsbewegung des weiblichen Geschlechts. Eine Zusammenstellung der Zahlen für die Altersgruppen vom 2. bis zum 60. Lebensjahr zeigt, daß eine merkliche Veränderung in den Sterblichkeitsverhältnissen im Lauf der Kriegszeit nicht eingetreten ist.

Gottstein hebt hervor, daß die erwartete Zunahme der Erkrankungen während des Krieges unter anderm durch die jetzt an vielen Orten für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern geschaffene Möglichkeit schneller und kostloser ärztlicher Behandlung verhindert worden sei. In Charlottenburg zum Beispiel mit seinen etwa 90 000 Haushaltungen haben jetzt rund 33 000 Anspruch auf unentgeltliche ärztliche Behandlung. Die Ärztwahl ist frei. Dadurch wird zugleich bewirkt, daß der Arzt früher aufgesucht und so wiederum der Widerstand gegen die Einweisung ins Krankenhaus und die Vornahme zweckmäßiger operativer Eingriffe beseitigt wird. Diese Erfahrungen werden auch dazu beitragen die Frage der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Angehörigen von Kassenmitgliedern in Fluß zu bringen.

×  
**Kurze Chronik** Am 11. September starb infolge eines Unfalls auf der Untergrundbahn Professor Georg Salomon in Berlin, 67 Jahre alt. Er wurde 1867 Assistent an der Frerichschen Klinik in der Berliner Charité und habilitierte sich 1879. Wissenschaftlich war er hauptsächlich auf dem Gebiet der pathologischen Chemie tätig. Er veröffentlichte unter anderm bemerkenswerte Studien über Glykogen. × In Wien starb im 67. Jahr Dr. Josef Pollak, ein bekannter Ohrenarzt und Spezialarzt für mehrere Krankenkassen. Er hat zahlreiche ohrenärztliche Arbeiten veröffentlicht, so über Operation am Paukenfell, über die elektrische Reaktion des Hörnerven und anderes mehr. × Der Herausgeber des Zentralblatts für Chirurgie Professor Dr. Emil Richter ist in Breslau gestorben. Er ist 79 Jahre alt geworden und hat das genannte Organ 26 Jahre lang herausgegeben. Von seinen wissenschaftlichen Arbeiten sei seine Allgemeine Chirurgie der Schußverletzungen erwähnt. × Am 26. Oktober starb Pro-

fessor Dr. Heinrich Hochhaus in Köln, im Alter von 56 Jahren. Er war Ordinarius an der Kölner Akademie für praktische Medizin und einer der ersten Vertreter seines Fachs, der innern Medizin. × Nach einer Veröffentlichung der Rheinischen Ärztekorrespondenz über die Kriegsverluste an ärztlichem Personal nach den Verlustlisten 1 bis 600 sind im gesamten deutschen Landheer und der Marine bisher gefallen 343, davon 104 aktive Militärärzte, 128 Ärzte des Beurlaubtenstands, 102 Unterärzte, 8 Zivilärzte; an Krankheiten gestorben sind 185, also zusammen 528. Schwer verwundet wurden 176, leicht verwundet 553. Vermißt sind 87. Die Gesamtsumme der Verluste beträgt also 1500. × In Berlin ist die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen. Im Juli 1916 starben von Kindern im Alter bis zu 1 Jahr im ganzen 210, gegen 410 im Juli 1915, also 11,26 % gegen 19,12 %. Als Ursachen werden die kühle Sommerwitterung und die erhöhte Säuglingsfürsorge angegeben. × Die Medizinische Fakultät der Universität Göttingen ist von Paul Ehrlich und von Esmarch mit je einem Legat von 10 000 Mark bedacht worden, das zur Errichtung einer Stiftung zur Unterstützung bedürftiger Medizinstudierender verwandt wird. × Ein Grundbesitzer aus Chantilly Ernest Heauné, der vor Verdun fiel, hat sein mehrere Millionen betragendes Vermögen dem Pasteurinstitut in Paris vermacht. × Im Prüfungsjahr 1914-1915 haben sich in Preußen 675 Kandidaten der ärztlichen Hauptprüfung unterzogen, von denen 617 bestanden. Davon legten 71 die ordentliche Prüfung, 453 die Notprüfung, 93 die Kriegsprüfung ab. Gegenüber dem Vorjahr bestand eine Abnahme in der Gesamtzahl der Kandidaten um 25,3 %, die Zahl der Kandidaten, die die Prüfung bestanden, fiel um 29,5 %. Die kreisärztliche Prüfung bestanden im Jahr 1915 9 Ärzte gegenüber 19 im Vorjahr und 25 im Durchschnitt der letzten 6 Jahre. Der zahnärztlichen Prüfung unterzogen sich 60 Kandidaten, von denen 54 bestanden, gegenüber 160 im Durchschnitt der letzten 6 Jahre. × Der Privatdozent an der Universität Jena Dr. Carl August Hegner wurde zum außerordentlichen Professor der Augenheilkunde dort ernannt. × Professor Dr. Martin Kirschner, Privatdozent und Oberarzt der Chirurgischen Klinik in Königsberg, wurde zum Ordinarius

und Direktor der genannten Klinik befördert. × Professor Dr. J. G. Mönckeb erg, Direktor des Pathologischen Instituts der Düsseldorfer Akademie für praktische Medizin hat einen Ruf als Nachfolger Chiaris im Ordinariat für pathologische Anatomie in Straßburg angenommen. × Als Nachfolger Pfeiffers auf dem Lehrstuhl für Hygiene geht der außerordentliche Professor Dr. Theodor von Wasielewski aus Heidelberg nach Rostock. × Als Nachfolger des Professors von Bergmann, der nach Marburg übersiedelte, ist Professor Leo Lichtwitz (Göttingen) zum Direktor der Innern Abteilung des städtischen Krankenhauses in Altona berufen worden. × In Wien habilitierten sich Dr. Paul Werner für Geburtshilfe und Frauenheilkunde, Dr. Karl Koffler für Kehlkopf- und Nasenkrankheiten, Dr. Klems Schopper für pathologische Anatomie und Dr. Karl Lindner für Augenheilkunde.

## KUNST

### Dichtkunst / August Döppner

Frug † Nach Perez und Scholem Alejchem ist nun auch Simon Samuel Frug in der Kriegszeit aus dem Leben geschieden. Er starb, 57 Jahre alt, am 20. September in Odessa. Er war ein jüdischer Lyriker, der vorwiegend in russischer Sprache dichtete, und dessen Dichtungen, vielfach in Musik gesetzt, auch in das russische Volk übergingen. Doch war er Zionist, im innerlichsten Sinn dieses Wortes, er war ein Dichter der Zionsliebe. Die Pogrome von 1881 und all das, was in seinem Heimatland gegen die Juden verübt wurde, haben wohl zur Steigerung seiner Sehnsucht beigetragen. Durch besondere Veranlagung wie durch den Ort, da er aufwuchs (er war in der jüdischen landwirtschaftlichen Kolonie Bobrowikut im Gouvernement Cherson geboren), hatte er ein intensives inneres Verhältnis zur Natur, und die Dissonanzen des jüdischen Daseins auf fremdem Boden und in einer feindlichen Umwelt mußten ihm besonders quälend zum Bewußtsein kommen. Wohl zu einem Teil, um sich davon zu befreien, ging er mit Inbrunst in das altjüdische Geistesleben ein, und so war es seine Mission (wie es in einem Aufsatz über Frugs Tragödie in der Zeitschrift *Der Jude* heißt) »die Schönheit und den Reiz der biblisch-haggadischen

Welt wiederzuschaffen«. Seine lyrischen und epischen Dichtungen, seine Balladen und Idyllen sind das Wort für die materiellen und geistigen Nöte und Hoffnungen des jüdischen Volkes, an dessen Zukunft er aus dem Geist der israelitischen Propheten heraus mit Inbrunst glaubte. Daher auch seine heiße Liebe zur hebräischen Sprache. Dem Jiddischen stellte er sich wohl verachtend entgegen, später fand er gleichwohl auch die Form dieser Sprache. Viele seiner russischen Lieder sind zu vielgesungenen jüdischen Volksliedern geworden. Am Tag seiner Beerdigung waren die jüdischen Schulen Odessas geschlossen.

× Sienkiewicz † Henryk Sienkiewicz ist am 15. November in Vevey am Genfer See, 70 Jahre alt, an einem Herzschlag gestorben. Mit ihm verlieren die Polen einen Dichter, den sie wegen der starken nationalen Tendenz seiner Schriften heiß geliebt hatten. Sein Name war aber weit über die Grenzen seines Vaterlands bekannt. Seit dem Erscheinen des Romans *Quo vadis?* gehört er der Weltliteratur an. (Dieses Buch, das mit seiner Fülle packender Bilder den Leser fesselt, ihn Scheußlichkeiten und Martyrium miterleben läßt, ist daher mit Recht in die Sammlung der Romane der Weltliteratur aufgenommen worden, die der Verlag Hesse & Becker in Leipzig in sauberen und wohlfeilen, empfehlenswerten Ausgaben herausbringt.) Auch seine anderen kulturhistorischen Romane, Die Kreuzritter, die Trilogie aus Polens Geschichte *Mit Feuer und Schwert*, *Die Sintflut*, *Pan Wolodyjowski*, ferner *Ohne Dogma*, *Die Familie Polaniecki* und eine Anzahl Novellen fanden große Verbreitung. Sie sind zum Teil von Bedeutung, ohne das Letzte auszuschöpfen. 1900 erhielt Sienkiewicz von seinem Volk ein Landgut geschenkt, 1906 wurde ihm der Nobelpreis zugesprochen. Seine Gesinnung war wohl im wesentlichen östlich orientiert. Daß auch er zuletzt gegen das deutsche Volk sich ausgelassen hat, ist der Kriegsverwirrung zuzuschreiben, die ihn aus einer Ideologie heraus die Wirklichkeit falsch sehen und beurteilen ließ.

× Verhaeren † Emile Verhaeren ist in seinem 62. Lebensjahr am 28. November einem Eisenbahnunglück zum Opfer gefallen. Mit ihm starb ein Dichter, der unsere wer-

dende Zeit verkörperte, der die Urkräfte des sozialen Geschehens fühlte, der wahre Dichter der Menge, der doch nicht so bald in diese Menge dringen wird. (Die belgischen sozialistischen Arbeiter haben ihn freilich als ihren Dichter empfunden, aber doch wohl nur in Teilen seiner Dichtung.) Die Kunst Verhaerens ging die Wege des Religiösen. Es war eine religiöse Weltanschauung, von der er in seinem *Rembrandtbuch* (übersetzt von Stefan Zweig /Leipzig, Inselverlag/) spricht: »In den Augen der Menge erscheint Rembrandt als ein Monstrum. Er lebt statt in der Wirklichkeit in der höhern und wunderbaren Welt, die seine Phantasie sich erschuf und die sein wahres Milieu wird. Die ewige Legende trinkt seine ganze Lebensstunde, seine irdische Zeit auf, um sie in eine ewige zu verwandeln.« Die ganze Wucht einer ausgesprochen sinnlichen Natur stürzt sich bei Verhaeren auf das Erlösungswort, jede Zelle in seinem Organismus scheint einzeln von der Sucht nach Aufstieg gezeißelt, es entladen sich in seiner Ekstase tausend Bilder, die Niederschläge seiner Sehnsüchte:

»Jählings diese unverständliche Gier  
Das dunkel hieratische Götzentier  
Zu sein vor der funkelnden Tempelschwelle  
Zu Benares, drohend in köstlicher Helle.

...  
Und dann vor diesem toten Prunk dem hohlen  
Und kleinen Menschen fluchen, der  
Noch töricht voll von schaler Hoffnung glutet,  
Indessen seine Seele doch in täglichem Symbole  
Am Kreuz nach den vier Abendenden sich verblutet.  
Eine Reihe der Verhaerenschen Werke ist ins Deutsche übersetzt. Stefan Zweig hat sie in schöner Weise nachgedichtet, sowohl die Gedichte wie die Dramen (siehe darüber auch diese Rundschau, 1910, 3. Band, pag. 1398 f.) wie die beiden herrlichen Bücher über Rembrandt und Rubens. All dies erschien im Inselverlag. Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen sein bedeutendes und programmatisch wichtiges Gedicht *Die Menge*, das hier (1910, 1. Band, pag. 230 ff.) in der Zweigischen Übertragung veröffentlicht wurde, und dessen erste Strophe so beginnt:

»In diesen Städten von schwarzem Basalt,  
Wo zaubrische Feuer dem Dunkel entlohen,  
In diesen Städten, wo mit Donnern und Drohen,  
Mit Schrei und mit Träne aus tausend Stimmen  
Die Menge sich ballt,  
In diesen Städten, die plötzlich sich krümmen,  
Wenn die Angst und der Aufstand sie rot überwältigt.  
Fühl' ich mein Herz vertausendfältigt,  
Fühl', wie sich's wandelt und weitet und füllt  
Und in jäher Ekstase fast überquillt.«

Auch dieser große Dichter konnte dem furchtbaren Schicksal des Krieges nicht standhalten. Er ließ sich von verfehlter Leidenschaft hinreißen, statt von oben die Menschen selber zu sehen. Wir werden die Verirrung seiner letzten beiden Jahre bald vergessen, aber in den nächsten Jahrzehnten das Große tiefer erkennen, das aus ihm uns gegeben wurde.

× Expressionisten Unsere Literatur hat seit 2 bis 3 Jahren eine höchst energische neue Sturm- und Drangperiode. Expressionismus heißt die Losung, Äternismus ist die neueste Flagge. In einer sehr spaßigen und gar nicht unernten Ersten Proklamation des Äternismus wird folgendes gesagt: »Unsere Bücher werden euch unfasslich sein, Bürger. Nicht für euch haben wir Alpen durchfressen von Monstruosität Delikatesse Neurose Luxus Orgie. Tiefst privat sind wir gegangen durch alle Bücher alle Bilder alle Frauen. Durchwühlt haben wir die Eingeweide der Millionenstädte und phosphoreszierenden Seelen. . . In uns ist alle Vergangenheit Gegenwart Zukunft. Alles muß durch uns hindurch. . . Durch erschütternde Stationen haben wir unsern Selbstmord geführt. Und daraus gemacht: Kunst Konzentration Extrakt Expression krassen Knall Artistokratie Entlarvung Creation definitive Definition Äternismus. Unsere Psychologie wird euch skandalisieren. Unsere Syntax wird euch asphyxieren. Wir werden eure großen Konfusionen belächeln, abstrakt und augurisch. Erhabene Konjunktive werden zerstäuben, Futura exacta narkotisch verdampfen, und je m'enfichistischer zergehen schaumige Duftbälle von Quintessenz. Das wird keine Affäre für Registratoren sein; es wird sein: Äternismus!«

Wenn ich dieses Manifest, trotz seinem Verfasser, der »Kübel von Hohn parat hält für Lobende«, in bürgerliches Deutsch übersetze, spricht es etwa folgendermaßen: Ihr Bürger seid reichlich schmutzige Leute. Denn gehen wir irgendeiner eurer nicht wenigen Äußerungen nach, so finden wir gewiß, daß sie sich unmittelbar um eure minderwertige Behaglichkeit drehen. Ehrlich zu handeln seid ihr nicht mehr fähig, denn eure Motive sind Papiergeld und Schuldverschreibungen sozialer Relationen, die ihr gewissenlos ausbeutet. Eure Skrupel und Ziele bezieht ihr aus sechster Hand. »Handle nach Vorschritt und tue un-

recht!« ist euer Leitmotiv. Damit baut ihr Häuser, Staaten, Tempel und Theater — und vergeßt nur ein kleines: den lieben Gott. Und dann soll es weiter heißen: Aber wir wollen den Äternismus. Wir wissen, daß über euren trüben Wassern das schwebt, was zeitlos ist, daß jenseits eurer Wünsche, Appetite und Tagesziele, jenseits eurer Moralitäten (die euch ja nötig sind) eine Seinseinheit besteht, die euch so unzugänglich ist wie einem Flächenverstand die Bewegung nach oben und unten, und die wir uns ertrötzen wollen. Das wird Kunst sein: Äternismus. Wir wollen endlich einmal, endlich nach Jahrtausenderttausenden, hinaus aus der eklen Stofflichkeit.

Das alles sei zugegeben. Wie aber ist die Ausführung? Ferdinand Hardkopf bringt in seinen Lesestücken /Berlin, Verlag Die Aktion/ den »Negativbazillus vom überletzten Boot«. Indes, bisher ist in diesen Büchern nur die Krankheitserscheinung zu sehen, die der Bazillus am Bourgeois bewirkt hat. Erst wenn dieser Verbrennungsprozeß beendet ist, könnte dieser gottgesandte Bazillus uns den Nullpunkt des Todes passieren und durch so vollkommene Negation das neue Positive, ein neues, uraltes, Kunstsein, einen Äternismus entstehen lassen. Übrigens, wenn die Menschen einst so weit sind, wollen sie und brauchen sie das Wort nicht mehr. Immerhin, die Arbeiten aus diesem geistigen Kreis geben (oder versprechen) neue Werte. Da ist als stärkster Sucher zuerst Franz Jung zu nennen. In seinem psychoanalytischen, teilweise genialischen Roman Opferung /Berlin, Verlag Die Aktion/ gibt es oft Sätze von größtem eigenen Erleben. Und bei Johannes R. Becher, der von 1914 bis 1916 3 Bände Gedichte herausgebracht hat /Leipzig, Kurt Wolff/, haben wir aufbegehrendes, bewußtes Wollen und eine unbändige Phantasie. Wie weit diese Menschen einst mit ihrem geistigen Sein ihr Wollen verwirklichen werden, liegt in der Zukunft.

Abseits stand der bei weitem reifste dieser Dichter: August Stramm. Er ist dem Krieg zum Opfer gefallen, und er hat Bedeutendes hinterlassen. Seine Dramen heißen: Sancta Susanna, Rudimentär, Die Heidebraut, Erwachen, Kräfte, Geschehen, Die Unfruchtbaren; sie sind sämtlich im Verlag Der Sturm in Berlin erschienen. Viele werden das Wesentliche dieser Dichtungen darin sehen, daß in ihnen alle Syntax aufgege-

ben wird. Eine spätere Zeit wird wohl anders urteilen, sie wird der Grundtatsache näherstehen: nämlich der Einbeziehung aller Geschehnisse des Weltalls, als erzeugt aus den Expressionen des Erlebenden, in das dramatische Geschehen. Ein Beispiel:

»ER [tastet um, reckt gewaltig die Hand in den Raum]: Ich!

DIE STRAHLER [hohnlachen schleudern]: Unsere Strahlen! Wir!

ER [ohne Rühren]: Ich!

EIN SCHATTEN [wälzt den Raum].

ER [hoch stark, eine Hand über den Augen, eine Hand in den Raum]: Erde!

DIE ERDE [rollt dämmert].«

Man erkennt den Willen geistige Erlebnisse ohne Umweg zu Fleisch zu machen und gleichzeitig alles Fleischliche zu Geist; die Souveränität der Seele festzustellen. Freilich kann solche Art einem sinnlich-unsinnlichen Gespenstertum verfallen. Bei August Stramm war das Eigene mächtig genug ihn davor zu bewahren. Wie es sein wird, wenn andere ihm auf diesem Weg folgen, mag dahingestellt bleiben. Phantasie ist nicht immer ein Helfer der Seele; es gibt eine Stufe, auf der sie ihr ärgster Feind ist.

×  
Hamsun Viele Wege führen nach Rom. Und alle zur Ewigkeit. Knut Hamsun geht einen der kürzesten. Es ist ein großes Schauspiel, das uns die Kunst der letzten drei Jahrzehnte bietet. Offenbarer als jemals wandelt der Geist durch die Zeiten. Er nimmt die seltsamsten Gestalten an, oder richtiger: er schimmert mit großartiger Einheit aus diesen seltsamen Gestaltungen. Und wieder zeigt sich als Wahrheit, daß Form und Thema viel gleichgültiger sind für das eine geistige Ziel als die Neutöner jeder Kategorie zugestehen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß beides unwesentlich ist. Es ist genau so notwendig wie es der neue Frühling für alles Lebendige auf dieser Erde ist. Aber es ist vielleicht nicht unwichtig immer wieder festzustellen, daß alle neue Form im Dienst einer Offenbarung steht.

Die Hamsunsche Kunst hat eine einfache Formel, mit der sie jeden gordischen Knoten zerhaut. Diese Formel heißt Natur. Hamsun ist ein leidenschaftlicher Phantast der Vornehmheit, doch seine Phantasmen sind Flügelschlag der Wirklichkeit und ihr eigentlicher Wert. Und wenn es scheint, als propagiere dieser Mann das Leben der

Erde, als rufe seine Skepsis gegenüber unseren Gesellschaftsbeziehungen, gegenüber aller Künstlichkeit in Fühlen und Denken nur die eine Forderung aus. Seid wahr gegen euch, und ihr seid glücklich!, so scheint dies nur sehr oberflächlichem Blick. Freilich ist sein erster Satz: Handelt und lebt nach den Gegebenheiten eures Leibes, eurer Fähigkeiten, eures Charakters! Aber das ist ihm die natürliche Voraussetzung zur vollen Ausnutzung unseres Materials für ein Sein nach anderen Gesetzen, und er schließt an diesen ersten den zweiten endgültigen Satz: Seid vornehm! Und das heißt: Setzt an die Stelle eures konventionellen Gewissens ein anderes: das Gebet, das Wort zwischen Ich und Gott; handelt so, daß ihr euch in eurer stillen Stunde nicht zu schämen habt! Seine drei letzten Romane, die, wie alle seine Werke, bei Langen in München erschienen, Die letzte Freude, Kinder ihrer Zeit und Die Stadt Segelfloß, sind reich ohne Ende. Das ist vielleicht das Tiefste seiner Form, daß er nicht von einem Schicksal, nicht von einem Weg erzählt, sondern daß man mit ihm durch die Gassen und Märkte der Erde wandert, auch in stiller Nacht mit den Sternen plaudert und im tausenden Wald mit den fallenden Ästen: mit seinen sehenden Augen und seinem tiefen Herzen. Die letzte Freude: vielleicht ist es »nichts als Sentimentalität und Stimmung und Verse und weiter nichts«? Vielleicht aber auch das letzte Land, die letzte Insel« bei dem letzten Menschen, der uns lieb hat? Oder ist es dies alles zusammen und noch einiges mehr? Der alte Hamsun geht in die Winterwälder, um große Eisen zum Glühen zu bringen, lebt monatelang in einer Torfgamme mit Madame einer Maus als Kameradin, versucht seine Sehnen an langen Märschen und seine Stimme gegen ein tosendes Unwetter — und registriert wehmütig den Respekt der Leute vor seinem Alter. Und wozu reicht schließlich noch sein bißchen Kraft? Dazu sich mit seiner Sehnsucht nicht lächerlich zu machen und dazu die Jüngeren und ihr Leben zu begleiten? Ja, es in seiner Brust zu umschließen, mit der Resignation seiner Wehmut zu betasten und die alten Eisen in jene ewige Weißglut zu hämmern, die wir Barniherzigkeit nennen. Um die anderen und um sich selber. Die anderen sind hier besonders die Lehrerin Fräulein Thorsen, die 27 Jahre alt werden mußte, um sich zu verlieren, und die

sich verlieren mußte, um sich zu finden. Und die, als sie ihren gesunden Leib endlich dem kräftigen Bauern in die Ehe brachte, doch noch nicht ganz gesund war. Denn sie konnte es nicht unterlassen die Wohnstube, die einst so hell und geräumig war, mit Bildern und Möbeln und Nippes zu schmücken. Wie heiß und beständig die alten großen Eisen geworden sind, zeigt das Buch Kinder ihrer Zeit mit seiner Fortsetzung Die Stadt Segelfoß. Hamsun glaubt daran, daß unsere Sehnsucht sich in Arbeit umsetzen läßt. Auch er zieht den Vorhang weg von den sozialen Relationen, dem Marionettenspiel der Sinne, dem dumpfen Daseinskampf in Alltagsportlönchen, er zeigt Abgründe und Ausblicke, und er macht es mit meisterlichem Hohn. Dennoch glaubt er an die Erde und steht dem »Alles oder nichts« fern. Oder er verzichtet darauf, um es zu erreichen. Denn er ist ein großer Schauer, und er schaut von hoher Warte.

× **Kurze Chronik** Auf dem Schlachtfeld fiel Armand Hoche in seinem 25. Lebensjahr. Er

war durch sein Gedichtbuch Charles Richets Fabeln in deutscher Umdichtung bekannt geworden. Er stammte aus einer alten Berliner Hugonottenfamilie.

× Der Österreicher Gustav Pawlikowski ist im Alter von 66 Jahren in Baden bei Wien gestorben. Er ist mit dramatischen, epischen und lyrischen Werken hervorgetreten; genannt seien die Tragödie Agnes von Meran und die Erzählung Die Raxhexe. × In Bologna starb der bedeutende Lyriker und Literaturhistoriker Olindo Guerrini, 71 Jahr alt. Seine Gedichtsammlungen Postuma, Polemica und Nova Polemica erregten durch ihren äußersten Radikalismus großes Aufsehen. Verdienstvoll war seine Sammlung romagnolischer Volkslieder. Er war auch Danteforscher.

× Den Nobelpreis für Literatur erhielten Romain Rolland und Verner von Heidenstam. Der Kleistpreis 1916 wurde Heinrich Lersch und Agnes Miegel verliehen. Es sei hier an die Studie Arthur Schulz' über diese Königsberger Dichterin (in den Sozialistischen Monatsheften, 1904, 1. Band, pag. 448 ff.) erinnert.

× **Literatur** Die Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/ hat sich von Professor Emil Sulger-Gebing eine Hauptmannbiographie schreiben

lassen. Das Buch ist normale Oberlehrerarbeit. Am Schluß des Vorworts heißt es: »Freilich erscheint mir auch ruhige, aber rückhaltlose Kritik überall da Pflicht, wo ich künstlerisch Verfehltes oder Minderwertiges zu erkennen glaube.« Man ist so beruhigt nach dieser Versicherung. So gut gemeint die Arbeit sicherlich ist, in dieser so lobenswerten gemeinverständlichen Sammlung hätte der größte lebende deutsche Dichter wohl auch anders gewürdigt werden können. × In der gleichen Sammlung erschien in 2. Auflage eine Geschichte der deutschen Lyrik seit Claudius, von Heinrich Spiero. Es ist eine gedrungene, populär-hilfreiche Übersicht über die wichtigsten Erscheinungen unserer Lyrik, bis Dehmel etwa und Agnes Miegel. Der Verfasser zeigt, daß man ein zuverlässiger Literarphilologe und dennoch modern sein kann. Dem Buch ist weiterhin Verbreitung zu wünschen.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Benzolkohlenwasserstoff** Die Hauptquelle des Benzols und seiner Homologen: des Toluols, des

Xylols und der sogenannten Solventnaphta (unter welchem Namen die zwischen 145 und 175° siedenden Benzolkohlenwasserstoffe zusammengefaßt werden), sind die Steinkohlengasanstalten und die Gewerbetekereien, aus deren Teerabfall bisher fast ausschließlich die verschiedenen Benzolkohlenwasserstoffe gewonnen wurden. Der Teer enthält aber verhältnismäßig nur geringe Mengen an Benzol usw.; denn bei der Vergasung von 1000 Kilo Steinkohle fallen zirka 50 Kilo Teer mit einem Gehalt von rund 0,75 Kilo Benzol und Homologe ab, während in den gleichzeitig gewonnenen rund 310 Kubikmeter Gas 10,85 Kilo Benzol usw. enthalten sind. Solange nur die Farbstoffindustrien die Hauptkonsumenten des Benzols waren, genügten die aus dem Teer abgeschiedenen Benzolmengen im allgemeinen. Die Verhältnisse änderten sich aber sehr erheblich, als mit der beginnenden Benzinknappheit in steigendem Umfang Benzol als Triebmittel für Verbrennungskraftmaschinen Anwendung fand und das Toluol zum Ausgangsmaterial sehr wichtiger Sprengstoffe wurde. Schon in den letzten Jahren vor dem Krieg wurde deshalb von verschiedener Seite der Vorschlag gemacht dem Leuchtgas seinen Benzolgehalt möglichst



vollständig zu entziehen. Bei den Gewerkekereien, bei denen das Gas Abfallprodukt ist und im wesentlichen nur zum Betrieb von Großkraftmaschinen Anwendung findet, wurden diese Vorschläge williger aufgenommen als in der Leuchtgasindustrie; denn hier ist es in erster Linie das Benzol, das dem Steinkohlengas seine Leuchtkraft verleiht. Seit der Einführung des Gasglühlichts Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sank die Anwendung offener Steinkohlengasflammen zu Leuchtzwecken so beträchtlich herab, daß es gar keinen Zweck mehr hatte das Benzol im Steinkohlengas zu belassen. Im Gasglühlichtbrenner wird nur die Verbrennungswärme des Gases ausgenutzt. Entzieht man dem Steinkohlengas das Benzol, so wird dessen Verbrennungswärme allerdings vermindert, aber doch nur im Verhältnis von 5500 zu 5250 Kalorien auf den Kubikmeter. Diese Verringerung spielt praktisch keine Rolle. Trotzdem wurde bis zum Ausbruch des Krieges dem Konsumenten fast ausnahmslos veritables *Leuchtgas* geliefert, und es wurde sogar noch in den Gasanstalten, die zu dem in Retorten erzeugten Steinkohlengas noch Wasser gas hinzumischten, dieses noch extra mit Benzol karburiert, damit in den etwa 100 Schnittbrennern, die auf eine Million Gasglühlichtbrenner kamen, Leuchtflammen erzeugt werden konnten. Das ist natürlich eine ganz ungeheuerliche Verschwendung gewesen, mit der aber sofort bei Ausbruch des Krieges Schluß gemacht wurde. Die Sperrung der amerikanischen Benzinzufuhr zwang zu allgemeiner Anwendung von Benzol in den Verbrennungskraftmaschinen, und vor allem mußte bei dem ungeheuren Munitionsverbrauch in diesem Krieg jedes Gramm Toluol nutzbar gemacht werden. Mit einem Schlag richteten sich deshalb alle größeren Gasanstalten darauf ein den Konsumenten ein benzolfreies Steinkohlengas zu liefern, und diese empfanden das auch kaum als eine Störung. Die Entfernung des Benzols aus dem Steinkohlengas respektive den Koks- ofengasen ist verhältnismäßig einfach, da Benzol und seine Homologe schon bei einer Abkühlung auf 0° kondensieren. In der Praxis hat sich aber die Auswaschung des Benzols aus dem Steinkohlengas mit hochsiedenden Ölen (Paraffinöl usw.) am zweckmäßigsten erwiesen. Diese Auswaschung geschieht in großen geschlossenen Zylindern, in

die das benzolhaltige Gas von unten einströmt, während von oben das Waschöl in fein verteiltem Zustand über Horden herabrieselt. Das in dem ersten Waschapparat mit Benzol angereicherte Öl gelangt in einen zweiten Wäscher, wo es weiter mit Benzol angereichert wird, und so fort, bis es kein Benzol mehr aufzunehmen vermag. Es gelangt dann in Ölerhitzer, die mit Dampfschlangen erwärmt werden, und in denen die Benzolkohlenwasserstoffe so gut wie vollständig wieder ausgetrieben werden. Die weitere Trennung der einzelnen Homologen des Benzols geschieht dann durch fraktionierte Destillation bei genau innegehaltenen Temperaturen.

Welche enorme Bedeutung die Gewinnung der Nebenprodukte bei der Kohlenvergasung hat, habe ich bereits früher in dieser Rundschau (1910, 2. Band, pag. 988 f.) sowie während des Krieges in meinem Artikel Die Regelung der Kohlenverbrennung (1915, 2. Band, pag. 887 ff.) auseinandergesetzt. Die Gewerkekerei ist durch sie überhaupt erst rentabel geworden. Trotzdem werden noch heute in England und in Amerika die weitaus meisten Gewerkekereien ohne Gewinnung der Nebenprodukte betrieben. In Deutschland dagegen ist es insbesondere der Initiative Dr. C. Ottos zu verdanken, daß schon im Jahr 1909 von den in Kokereien vergasteten Kohlen 82 % mit Gewinnung der Nebenprodukte verkokt wurden, gegen 30 % im Jahr 1900. Dementsprechend zeigt auch die Benzolgewinnung eine geradezu sprunghafte Entwicklung, wie die folgende Tabelle ausweist:

Jahr	Gewinnung (in Tonnen)				
	Benzol für die Farbenindustrie	hauptsächlich für Motorenbetrieb	für die Ausfuhr	Homologen	zusammen
1900	13 415	1 615	—	3 275	18 305
1909	19 670	15 015	910	8 650	44 245
1010	22 455	20 280	13 910	12 440	69 085
1911	23 270	23 325	19 805	13 320	79 720
1912	30 000	32 550	17 450	16 800	96 800
1913	43 000	45 000	22 000	23 500	133 500

× Kohlenprodukte Das Kaiser Wilhelm-Institut für Kohlenforschung hat bei seinen systematischen Forschungen nach den Eigenschaften der Kohle schon trotz der kurzen Zeit seines Bestehens überaus wertvolle Resultate erzielt. Dem Leiter des Insti-

tuts Geheimrat Fischer und seinen Mitarbeitern Dr. Gland und Professor Harris ist es gelungen durch Auslaugen mit flüssiger schwefliger Säure aus der Kohle ein dickflüssiges, goldgelbes Mineralöl von auffallendem Wohlgeruch zu gewinnen, dessen Eigenschaften von denen der bisher bekannten Teeröle abweichen. Die Ausbeute beträgt zirka  $\frac{1}{2}$  %. Auch durch die Behandlung mit Benzol unter Druck gelang eine Extraktion der Kohle, und zwar in noch erheblicherer Menge; es konnten bis zu 6 % herausgezogen werden, wovon allerdings nur der kleinere Teil aus Teerölen besteht. Ferner wurde durch Behandlung der Kohle mit überhitztem Wasserdampf ein Teer gewonnen, der Öle enthält, die dem Petroleum nahestehen (dazu noch Paraffin und Schmieröle). Auch dieses Produkt ist verschieden von dem, das durch Verkokung der Kohle erhalten wird. Noch wichtiger kann vielleicht die Entdeckung werden, durch die es möglich ist die Kohle als Ganzes in eine in Wasser lösliche Form überzuführen. Das ist durch Einwirkung von Ozon auf Kohle gelungen.

× Erdgasquellen Bei Bohrungen nach Petroleum wurden im Jahr 1908 bei Kissármas in Siebenbürgen erhebliche Mengen Erdgas entdeckt. Auf Grund der Erfahrungen an den amerikanischen Erdgasvorkommen, die eine überaus große wirtschaftliche und technische Bedeutung haben (in Pennsylvanien allein sind 30 000 Erdgasanlagen im Betrieb, die im Jahr 1913 rund 16 Millionen Kubikmeter Erdgas im Wert von 90 Millionen Dollar lieferten), entschloß man sich in Ungarn sofort zur rationellen Ausbeutung der wertvollen Erdgasquellen. Die Gewinnung und Verwertung des Erdgases wurde zum Staatsmonopol erklärt und eine systematische Verwertung gesichert. Bei fortgesetzter geologischer Untersuchung wurde festgestellt, daß von dem siebenbürgischen Becken zirka 515 Quadratkilometer erdgashaltig seien. Die Ausbeute wurde auf 72 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Im Jahr 1913 wurde eine 75 Kilometer lange Erdgasfernleitung von Kissármas nach der Stadt Torda fertiggestellt und in Betrieb genommen. Das Erdgas wird dort zum Betrieb der chemischen Fabrik der Ungarischen Solvaywerke sowie der Tordaer Zementfabrik ausgenutzt. Das Projekt einer 450 Kilometer langen Fernleitung nach Budapest scheiterte

an den enormen Kosten, die auf 24 Millionen Kronen veranschlagt wurden. Die ungarische Regierung bemüht sich aber energisch fremdes Kapital zur Nutzbarmachung der Erdgasquellen heranzuziehen. Der Krieg brachte die Verhandlungen ins Stocken. Im Juni dieses Jahres kam aber, wie hier bereits in der Rundschau Wirtschaft (1916, 2. Band, pag. 814) mitgeteilt wurde, die Gründung der Ungarischen Erdgasaktiengesellschaft zustande, an der die Deutsche Bank in erheblichem Umfang beteiligt ist. Der Deutschen Bank wurden 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas (auf 50 Jahre verteilt) überlassen. Die Gesellschaft hat demnach noch 400 Millionen Kubikmeter jährlich unterzubringen. Bei der Industriearmut Siebenbürgens ist das eine recht schwierige Aufgabe. Es wird sich zunächst also darum handeln in diesem Teil Ungarns neue Industrien zu schaffen und diesen die gewonnenen Energiemengen zur Verfügung zu stellen. Als solche Industrie kommt in erster Linie die elektrochemische in Betracht, deren Produkte am leichtesten hohe Frachtkosten vertragen. Es wird hier an die Errichtung von Stickstoffwerken (zur Erzeugung von Salpetersäure, Kalkstickstoff usw.), Aluminiumwerken, Elektro Stahlwerken gedacht. In der Tat wurde auch sofort nach Gründung der Ungarischen Erdgasaktiengesellschaft eine Ungarische Stickstoffdüngeraktiengesellschaft ins Leben gerufen, die eine Kalkstickstofffabrik errichten wird. Da sich die Holzverkohlungsindustrieaktiengesellschaft in Konstanz und die Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt am Main an der Kalkstickstoffgesellschaft beteiligen werden, so kann angenommen werden, daß neben dem Kalkstickstoff noch andere chemische Erzeugnisse hergestellt werden sollen, hauptsächlich wohl Formaldehyd und Cyanverbindungen. In erheblichem Umfang wird auch Elektrizität erzeugt werden, deren Fernleitung ja geringere Schwierigkeiten macht als die Fernleitung des Gases selbst. Über die Kosten, zu denen die Energieeinheit abgegeben werden wird, liegen zurzeit noch keine Angaben vor. Sicher werden sie aber erheblich höher sein als die Kosten der Wasserkräfte in Norwegen, an die man sofort denkt, wenn eine gewaltige Naturkraft neu erschlossen wird. Während nämlich in Norwegen die Kilowattstunde 0,43 Heller kostet, sind allein schon für die Bohrungsarbeiten (ohne Kosten für Fassung und Leitung

des Gases) 0,4 bis 0,6 Heller aufzuwenden, um das zur Erzeugung von 1 Kilowattstunde erforderliche Gas zu liefern. Immerhin wird aber auch die elektrische Energie wesentlich billiger zu erzeugen sein als durch die Verbrennung von Braunkohle oder gar Steinkohle direkt an deren Erzeugungsstellen.

× **Kurze Chronik** Der ordentliche Professor der Ingenieurwissenschaften an der Darmstädter Technischen Hochschule Dr.-Ing. Franz Niedner ist, 40 Jahre alt, als Kompanieführer auf dem Schlachtfeld gefallen. × Auf 3 Schiffen des neuen Bauprogramms der amerikanischen Marine sollen **Schiffskreisele** eingebaut werden, und zwar auf 2 Unterseebooten und einem Transportschiff von 10 000 Tonnen Gehalt. × Zur Erstickung von **Grubenexplosionen** bewährt sich nichtbrennbarer Staub. Nach einem Verfahren von Richard Cremer in Berlin werden die Streckenwände mit Kissen, Briketts, Stäben, aber auch Mauerwerk aus nichtbrennbarem Staub verkleidet. Von dem Explosionsdruck werden die Wände zu wirksamem Staub zermalmt, dieser wird dabei aufgewirbelt und kühlt die explosive Gas- oder Kohlenstaubmischung unter deren Entzündungstemperatur ab. × Der bisherige Bauamtmann **Kaspar Dantscher**, der sich bei der Erbauung der Kraftwerke an der Isar besonders betätigt hat, ist zum ordentlichen Professor für Wasserbau und Baukonstruktionslehre an der Technischen Hochschule in München ernannt worden.

## DIVERSA

### Neuerscheinungen

Deutsch und Französisch Es kann zuweilen auch einen Vorzug bedeuten, wenn man *weiblich-unpolitisch* urteilt, einen Vorzug für die richtige Betonung der geistig künstlerischen Grundelemente und der Verknüpfungen der Völker. In diesem Sinn ist die Widerspiegelung des Weltkriegs in einem feinen und originellen Frauengeist zugleich charakteristisch und allgemein interessant.

Annette Kolb, die durch ihren eigenartigen Roman Das Exemplar bei uns zu literarischer Geltung gelangte, ließ jetzt Briefe einer Deutsch-Französin erscheinen /Berlin, Reiß/. In jenem Roman

sich ihr eigenes geistiges Deutschfranzösentum in sehr glücklicher Weise. Annette Kolb ist deutscher Nationalität, sie stammt von einem deutschen Vater und einer französischen Mutter. Bei all ihrer treuen Liebe zu Deutschland liebt und versteht sie auch französisches Wesen und französischen Geist; nicht im Sinn der Verwaschenheit sondern in dem des Reichtums und der Weite hat sie, wie sie sagt, »zwei Vaterländer«. Muß der Krieg schon alle Menschen gemischter Rasse doppelt schmerzlich treffen, so noch viel mehr sie, die sich dieser zweifachen Liebe voll bewußt ist. Aber man muß durchaus nicht Deutsch-Franzose sein, um dem, was sie über die Beziehungen beider Nationen sagt, vollkommen zuzustimmen. »Nicht einmal das eine . . . nehmen sie wahr: . . . daß es in dem alten verjährten Sinn eine Dekadenz der Völker gar nicht mehr gibt, und daß alles Unvernunft ist, was sie von Germanen kontra Romanen, Romanen kontra Germanen hin- und herüber rufen, daß die Gefahr ganz anders heißt: Germanen ohne Romanen, Romanen ohne Germanen, weil [beide] außerhalb ihrer Gemeinschaft . . . gleicherweise von der eigenen Erfüllung sich entfernen müssen.« Oder, wie sie einmal aus einem Gespräch zitiert, das sie nicht lange vor dem Krieg in Paris mit einem Franzosen führte: »Und dann sind auch noch in unseren Städten genug Straßen, Fassaden und Mauer-schweifungen verschont geblieben, um zu bezeugen, wie identisch unsere Zivilisation gewesen ist. Es sind da Grabmäler und Brunnen, eine gewisse bemalte Madonna in Würzburg — o, wie verschwistert war unsere Kunst!« Und endlich: »Der große Deutsche vor der Zeit der großen Entfremdung war gerade dadurch eine so überbietende Erscheinung, daß er . . . sich spielend gleichsam auch der romanischen Vorzüge bemächtigte. . . Es war aber gerade sein Deutschland, das dabei seine glücklichste Entfaltung und seinen mächtigsten Ausdruck fand.« In einer (trotz einigen durchaus richtigen Bemerkungen doch zu Unrecht ablehnenden) Kritik des Kolbschen Buches in der Vossischen Zeitung vom 6. Dezember 1916 meint Marie von Bunsen: »Schon in Friedenszeiten sind Zwitterwesen nicht recht erfreulich, in der furchtbaren Kriegsnot . . . muß man Farbe bekennen, gilt nur entweder — oder, gilt nur für oder gegen. Ein Protestant-Katholik ist kein wertvoller Protestant

und kein zuverlässiger Katholik.« Ich meine; Die größten und freiesten Geister der Menschheit sind gerade solche »Protestant-Katholiken« gewesen; nicht dies und nicht jenes in beschränkter Ablehnung des Andersartigen, noch weniger in einer Preisgabe des Eigenen, vielmehr in einer innern Freiheit, die über alle äußeren Hemmnisse hinweg den Kern der Dinge erfaßte. (Vielleicht ist Marie von Bunsen, als sie jene Worte schrieb, der bedeutendste religiöse und ethische Umschöpfer des 19. Jahrhunderts, Julius Rupp, mit seiner Freien evangelisch-katholischen Gemeinde, unbekannt geblieben.) Wir sollten wirklich nicht die letzte amerikanische Mode: die Hetze gegen die *Bindestrücker*, nach Deutschland importieren. Wir sollten vielmehr erkennen, daß gerade die Treue zum eigenen Blut (nicht dessen Ablehnung) den Menschen zur Persönlichkeit und damit erst recht fähig macht für das Land seiner Wahl und seiner Pflicht mit Hingabe zu wirken. »Und glauben Sie nicht, daß ich weniger deutsch fühle als Sie. . . Nicht um ein Minus handelt es sich bei uns, sondern in den Zusätzen liegen unsere Konflikte. . . Falls diese Briefe mich überleben, wird man sie nicht wegen ihres Titels verhöhnen. Nur indem ich heute in Deutschland auch die französische Fahne hochhielt, gab ich außerdem die Gewähr, wie unverbrüchlich treu ich heute in Frankreich zu der deutschen stünde.« Die Zeit dieser Erkenntnis scheint noch nicht gekommen. Denn Marie von Bunsen glaubt wohl einen Tadel gegen Annette Kolb und den Reißchen Verlag auszusprechen, wenn sie meint: »In Frankreich, in England wäre es heute undenkbar, daß Franco-Allemands, Anglo-Germans öffentlich zur Sprache kämen, daß angesehene Verleger ein solches Buch brächten.« (Sie scheint sogar die Borniertheit der Dresdener Spießbürger in Schutz zu nehmen, die Annette Kolb aus dem Saal hinauslärmt, als sie in einem Vortrag im Januar 1915 neben den Hetzartikeln des *Matin* auch deutsche Zeitungserzeugnisse, die durch ihr niedriges Niveau der deutschen Sache schaden, dem gerechten Urteil übergab.) In einem schönen Aufsatz über den Haß schrieb jetzt Eduard von Keyserling (im Tag vom 8. Dezember 1916): »Jetzt ist die Luft Europas von furchtbarem Hasse verbittert, zwischen Volk und

Volk tun sich Abgründe auf, die unüberbrückbar scheinen. Und dennoch, es muß eine Zeit wiederkommen, in der die Völker mit einander statt wider einander gehen, eine Zeit, in der sie wieder gemeinsam an den Aufgaben der Kultur arbeiten. Diese Zeit muß kommen, soll nicht der tiefste Sinn des menschlichen Daseins in Widersinn verkehrt werden. Wird hier dem Deutschen mit seinem Bedürfnisse des Verstehens und seiner Unfähigkeit des Sichabschließens, wird ihm da nicht vor anderen die Aufgabe zufallen zerrissene Bande wiederanzuknüpfen, abgebrochene Brücken wiederaufzubauen, wird er es nicht sein, der in den Völkern wieder das Bewußtsein weckt, daß das menschliche Dasein ein großes, gemeinsames Gut, das Menschsein eine große gemeinsame Aufgabe ist?«

Ist es in der Tat so schwer zu begreifen, daß kraftvolles nationales Gefühl oder gar ein unverrückbar klares politisches Eintreten für die der produktiven Kraft des Volkes entsprechende Machtentfaltung nach außen sich auch mit absoluter Gerechtigkeit, mit voller Erkenntnis der großen Qualitäten anderer Nationen vereinen können? Ja, vereinen müssen, weil beides im Grunde den gleichen Quellen entspringt: historischem Denken, einem Pflichtbewußtsein, das sich selbst mit der Gesamtheit identifiziert, und endlich dem Persönlichkeitsstolz, der die eigene Natur dem andern gegenüber ganz selbstverständlich hochhält? Diese Gesinnung hat jedenfalls in denjenigen Organen ihre Stätte, die, wie etwa die Sozialistischen Monatshefte, die Bedeutung des Nationalen auch schon in Friedenszeiten erkannt, für die eigene Nation auch schon in Friedenszeiten gearbeitet und es deshalb nicht nötig hatten (wie die, die vor dem Krieg national indifferent oder gar überlegen-ablehnend waren) nun lärmend eine geistige Spionenriechelei zu betreiben. Endlich (und darin liegt die politische Bedeutung der Sache) sollten wir nie vergessen, daß wir im Interesse der Zukunft Deutschlands zwischen den uns jetzt feindlichen Nationen unterscheiden müssen. Erst wer das versteht, zeigt sein politisches Vermögen. Unter diesem Gesichtspunkt scheinen mir die Ausführungen der so ganz unpolitischen Annette Kolb doch von erheblichem Wert zu sein. WALLY ZEPLER